

LandInForm

Magazin für Ländliche Räume

AUSGABE 4.16

Effizienter bewässern _ 32

Botschafter für den Wandel _ 38

Neustart für den ELER _ 44



**Selbstbestimmt
zu Hause alt werden**

Inhalt



Seite 32 __
Effizienter bewässern



Seite 38 __
Botschafter für den Wandel



Seite 44 __
Neustart für den ELER

Für das Netzwerk

INSIDE

- 05** __ Wettbewerb „Gemeinsam stark sein“
- 05** __ LandInForm Spezial: Solidarische Landwirtschaft

DAS WAR

- 06** __ Bundesweites LEADER-Treffen
- 07** __ Fachwerkstatt Demokratie stärken
- 07** __ Marktplatz für Dörfer
- 07** __ Planspiel Mobilität im ländlichen Raum
- 08** __ Tagung Landwirtschaft im Klimawandel
- 09** __ Transferbesuch zu EIP-Agri
- 09** __ Workshop für Operationelle Gruppen

DAS KOMMT

- 10** __ Dezentrale Schulungen zu Naturschutz im ELER
- 10** __ DVS beim Zukunftsforum 2017
- 10** __ Netzwerktreffen Dorf – mobil in Dorf und Region
- 11** __ Tiergerechte Haltung und Stallbau
- 11** __ Berater beraten Berater
- 11** __ Schulung für Regionalmanager

Im Fokus

EINFÜHRUNG

- 12** __ INTRO
- 14** __ Niemand hat ausgedient
- 17** __ Wohnumfeld und Versorgung im Alter

ANALYSEN UND KONZEPTE

- 20** __ Was braucht eine „Heimat für alle“?
- 22** __ Selbstbestimmt altern
- 24** __ Nachbarschaftshilfe statt Seniorenheim

ZU HAUSE

- 26** __ Wertschätzen
- 28** __ Sich helfen lassen – Interview
- 29** __ Neue digitale Welt
- 30** __ Nicht allein – Interview
- 31** __ Per App bei Tante Emma einkaufen



ab Seite 12 __

Selbstbestimmt und zu Hause alt werden

Gut leben im Alter – das heißt für viele, möglichst lange selbstständig und in den eigenen vier Wänden zu bleiben. Wie ländliche Regionen ältere Menschen dabei unterstützen können, möchten wir mit unserem Fokus schlaglichtartig beleuchten.

Aus der Praxis

- 32 __ Effizienter bewässern
Demonstrationsbetriebe erproben technische Neuerungen für Freilandgemüse – und geben ihre Erfahrungen weiter.
- 34 __ Karrierefibel bündelt Ausbildungsstellen
- 36 __ Vom Grenz- zum Begegnungsraum

Prozesse und Methoden

- 38 __ Botschafter für den Wandel
Um dem demografischen Wandel zu begegnen, haben viele Gemeindeverwaltungen inzwischen eine Entwicklungsstrategie auf Papier gebracht. In der Verbandsgemeinde Daun tragen zwei WEGE-Botschafter die Strategie zu den Menschen.

Forschung trifft Praxis

- 40 __ Ländlich, touristisch, elektromobil

Perspektiven

BILDUNG UND FORSCHUNG

- 42 __ Regionalentwicklung durch eine junge Brille sehen

POLITIK UND GESELLSCHAFT

- 44 __ Neustart für den ELER
Für viele ist die zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik zu einem unüberschaubaren Regelungsdschungel geworden. Es ist Zeit für einen Reset, sagt der Freistaat Sachsen und wird dabei ganz konkret.
- 46 __ Windkraft zu Gemeinwohl – Interview

PARTNER UND EXPERTEN

- 47 __ Kooperation macht stark
- 48 __ Die Position: Zeit für die Kultur-Abrissbirne?
- 49 __ Leserbrief

Service

- 50 __ angelesen
- 51 __ angekündigt
- 52 __ Termine



Liebe Leserinnen und Leser,

Aktiv, zufrieden, gesund. Alt sein und trotzdem jung bleiben, das ist das gängige Bild Älterer in den Medien. Das stimmt natürlich nicht. Je älter wir werden, desto langsamer, vergesslicher und gebrechlicher werden wir auch. Die gute Nachricht ist, dass dieser Prozess immer später einsetzt. Mehr frei verfügbare Zeit bringt Freiheit. Freiheit, den eigenen Interessen zu folgen, sich vielleicht auch gesellschaftlich zu engagieren. Denn Qualifikationen und Fertigkeiten enden nicht mit dem Berufsausstieg. Auch Anerkennung und Wertschätzung spielen weiter eine wichtige Rolle. Deshalb ist der Ruhestand häufig ein Unruhestand. Jeder dritte Rentner engagiert sich ehrenamtlich – Tendenz steigend. Dabei wird der Aktionsradius zwar häufig enger, aber eben auch die Kontakte im direkten Umfeld. Gerade im ländlichen Raum – einem oftmals überschaubaren und von Nähe geprägten Umfeld – gibt es viele Möglichkeiten, sich ehrenamtlich zu betätigen.

Die Menschen mit passenden Angeboten abzuholen, ist hier die Aufgabe. Dazu lohnt es sich zu fragen, was sie eigentlich machen wollen und wie groß der Arbeitsaufwand sein darf. Wichtig ist es aber auch, herauszufinden, was sie brauchen, um im Alter gut leben zu können. Zu beiden Themen gibt es in diesem Heft viele Projektbeispiele. Neben dem klassischen Bürgerbus, Dorfladen, dem Betrieb von kulturellen Einrichtungen oder der Vermittlung von Patenopas und -omas zur Kinderbetreuung geht es auch um ganzheitliche Konzepte wie Barrierefreiheit, neue Wohnformen, Nachbarschaftshilfe und Begegnung.

Wenn die Babyboomer, die momentan zwischen 50 und 60 Jahre alt sind, in Rente gehen, wird sich noch einmal der Fokus verschieben. Das Internetcafé, das den Senioren heute den Zugang zu digitalen Medien erleichtert, ist dann überflüssig. Für diese Generation gehören bereits Medien, Computer und Internet zum Leben dazu. Kommunikation und die damit verbundenen Möglichkeiten werden eine andere Rolle spielen, Telemedizin und Assistenzsysteme dazu beitragen, noch länger selbstbestimmt zu leben – auch in ländlichen Räumen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und eine schöne Weihnachtszeit.

Jan Swoboda

Impressum

LandInForm –
Magazin für Ländliche Räume
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 12 500 / ISSN: 1866-3176

Herausgeber:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), Bonn
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS),
Redaktion: Anja Rath, Isabella Mahler,
Andrea Birrenbach, Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)

Titelbild: bowie15 / 123rf.com
Rückseite: Andreas Hermsdorf / pixelio.de

Gestaltung: MedienMélange: Kommunikation!
www.medienmelange.de

Druck: MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern / Westfalen

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn
Telefon: 0228 6845-3461, -3974, -3435, Fax: 0228 6845-3361
E-Mail: landinform@ble.de,
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei unter
www.land-inform.de

Anmerkungen der Redaktion:
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.

Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert. Zuständige Verwaltungsbehörde: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Kürzel der DVS-Autoren:
Andrea Birrenbach: abb, Jan Freese: jaf, Stefan Kämper: stk, Simon Keelan: sik, Moritz Kirchesch: mok, Isabella Mahler: ima, Stephanie Müller: stm, Dagmar Nitsch: dan, Natascha Orthen: nao, Jost Pütz: jop, Anja Rath: arh, Christian Rößler: chr, Bettina Rocha: ber, Jan Swoboda: jas, Anke Wehmeyer: awr, Monika Wohler: mow

Neues aus der DVS

„GEMEINSAM STARK SEIN“: SIEGER STEHEN FEST

Die Siegerprojekte des DVS-Wettbewerbs „Gemeinsam stark sein“ werden im Januar beim Zukunftsforum in Berlin prämiert. Die DVS präsentiert sich zudem vom 20. bis zum 29. Januar 2017 auf der Internationalen Grünen Woche (IGW).

Die Spannung steigt, noch ist Geduld nötig: Am 25. Januar 2017 werden die Gewinner des Wettbewerbs „Gemeinsam stark sein“ ausgezeichnet. Die Preisverleihung findet ab 19.30 Uhr in Halle 4.2 auf der IGW statt. Die fünfte Auflage des DVS-Wettbewerbs stand unter dem Titel „Lebensqualität für alle“. Gesucht wurden beispielhafte und originelle Projekte, die die Lebensqualität in den ländlichen Gebieten erhöhen und soziale Inklusion erleichtern. Die Bundesländer wählten 24 Projekte in die Finalrunde. Das Themenspektrum reichte vom öffentlichen Dorffitnessraum, über eine Senioren-Selbsthilfegemeinschaft, bis hin zu einem inklusiven Musik- und Tanzprojekt, das Kinder, Jugendliche und Erwachsene

aller Couleur zusammenbringt. Ebenso vielfältig wie die Themen war die Herkunft der Finalisten: Die Projekte stammen aus 13 Bundesländern.

2 000 Mal abgestimmt
LEADER- und ILE-Akteure aus ganz Deutschland haben online über die Projekte abgestimmt. Dabei kamen mehr als 2 000 Stimmen zusammen. Nun sind die Sieger ausgezählt. Die am besten bewerteten Projekte stehen beim Abendempfang des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) im Rampenlicht: Hier werden die Gewinner bekanntgegeben und ausgezeichnet. Als Preis erhalten sie die Produktion eines Image-Films sowie Schulungen und Seminare mit Themen ihrer Wahl.

Wettbewerbsbroschüre ab Januar

Zeitgleich mit der Preisverleihung veröffentlicht die DVS eine Broschüre über die diesjährige Wettbewerbsrunde mit der Zusammenfassung aller Projekte. Ab Ende Januar 2017 kann sie über die Website der DVS bestellt werden und steht zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Die DVS bei der IGW

Bei der zehntätigen IGW stellt sich die DVS am Gemeinschaftsstand des BMEL in Halle 4.2 vor. Wir informieren dort über künftige DVS-Veranstaltungen und unsere Publikationen. [chr]

So glücklich sahen die Gewinner von 2013 aus: Die „Teeniegruppe im Generationennetzwerk Berggau“ hat den Wettbewerb beim letzten Mal gewonnen und sich den Preis in Berlin abgeholt.



SERVICE:

Weitere Informationen:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/wettbewerb

KONTAKT:

Christian Rößler, DVS
Telefon: 0228 6845-3554
christian.roessler@ble.de

Fotos: Ingo Heine / BMEL (oben), Josef Decker (unten)



KONTAKT:
Bettina Rocha, DVS
Telefon: 0228 6845-3882
bettina.rocha@ble.de

Die Solidarische
Landwirtschaft Bonn
bei der Kartoffelernte
auf dem Hanfer Hof

LANDINFORM SPEZIAL IN ARBEIT

Im März 2017 erscheint ein neues LandInForm Spezial zum Thema „Gemeinschaftlich getragene Landwirtschaft“. Das Magazin beleuchtet alte und neue Konzepte einer Lebensmittelerzeugung, die eine enge Bindung zwischen landwirtschaftlichem Betrieb und Verbraucher zur Basis hat. Es stellt Beispiele der relativ neuen, sogenannten Solidarischen Landwirtschaft, vor, präsentiert aber auch Modelle einer gemeinschaftlichen Bewirtschaftung von Land durch Hof- oder Betriebsgemeinschaften. Wie immer stehen einzelne Betriebe, ihr individueller Ansatz und die Menschen, die sich dafür stark machen, im Fokus von LandInForm Spezial. [ber]

Das war

ÜBER GRENZEN HINWEG – IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Transnational und gebietsübergreifend kooperieren –
das war der Fokus des bundesweiten LEADER-Treffens 2016 in Blaubeuren.



Ideen entwickeln,
um Grenzen
zu überschreiten:
zum Beispiel
entlang des
Donauradwegs.

In LEADER über die eigene Grenze hinaus zu kooperieren, ist eine Herausforderung. Langfristig wirkt es sich aber sehr positiv auf die Region und die Akteure aus. Viele Lokalen Aktionsgruppen (LAG) in Deutschland müssen sogar ein Teil ihres Budgets für Kooperationsprojekte einsetzen. In Hessen sind es beispielsweise zehn Prozent des Gesamtbudgets, in Bayern sind es 0,4 Millionen Euro. In Sachsen-Anhalt stehen den Regionen zusätzlich zu ihrem Grundbudget unbegrenzt Mittel zur Kooperation zur Verfügung.

Am Anfang bedeutet Kooperation viel Engagement und Einsatz, eine umfassende Administration und Kommunikation – alles in allem gilt es also, viel Zeit zu investieren, die bei Managements von LEADER-Regionen häufig knapp ist. Aber: Gerade weil Kooperationsprojekte länger brauchen bis sie antrags- und umsetzungsfähig sind, kann nicht früh genug an sie gedacht werden.

Anschauliche Beispiele

Mehr als 200 LEADER-Akteure aus Deutschland, Österreich, Luxemburg und Spanien konnten deshalb am ersten Tag des diesjährigen bundesweiten LEADER-Treffens konkrete Anregungen für Kooperationsprojekte sammeln: anhand von Beispielprojekten zu ausgewählten Themen der Regionalentwicklung wie touristische Routen, Mobilität und historisches, kulturelles und natürliches Erbe. Neben dem Kennenlernen ging es darum, eigene Kooperationsideen zu entwickeln

sowie potenzielle Partner zu treffen. Daneben gab es Exkursionen in die Regionen der LAGs Brenzregion, Schwäbisches Donautal und Oberschwaben.

Mit einem Überblick über Kooperationsprojekte der letzten Förderphase startete der zweite Tag: Die meisten Kooperationsprojekte drehten sich um das Thema Tourismus; und es war sehr beliebt, mit einer benachbarten Region zu kooperieren – sowohl innerhalb Deutschlands als auch darüber hinaus. Etwas absurd mutet es dabei an, dass Kooperationen zwischen Bundesländern oftmals komplizierter sind als eine Zusammenarbeit von Regionen aus unterschiedlichen EU-Mitgliedsstaaten. So hat die LAG Moselfranken aus Rheinland-Pfalz kein gemeinsames Entwicklungskonzept mit einer anderen deutschen Region, sondern mit der LAG Miselerland aus Luxemburg erstellt. Daraus gehen inzwischen diverse transnationale Kooperationen hervor.

Verschiedene Vorgaben

In Deutschland gibt es 13 verschiedene Kooperationsvorgaben. Diese sowie die aus Österreich und Luxemburg wurden vorgestellt – und welche Rolle die Europäischen Vernetzungsstelle (ENRD Contact Point) bei Kooperationen spielt. Ein Fazit: Regionen sollten sich gleich am Anfang mit den Vorgaben in ihrem eigenen, als auch mit denen im Partnerland vertraut machen. Sonst kann es leicht passieren, dass eine Anbahnungsreise durchgeführt wird, deren Kosten die LAG nicht – oder nur zu einem kleinen Teil – erstattet bekommt. Das ist für viele LAG-Kassen eine Herausforderung. Nur in Sachsen-Anhalt müssen sich die Akteure darüber keine Gedanken machen: Dort stehen in einem landesweiten Topf jeder LAG 3500 Euro für eine Projektanbahnung innerhalb Deutschlands und 8000 Euro innerhalb Europas zur Verfügung.

Suchen und finden

Zum Finale präsentierten sich auf der Kooperationsbörse Projekte, die noch auf der Suche nach möglichen Partnern sind. So sucht beispielsweise die LAG „Rund um den Fläming Skate“ gezielt Partnerregionen zum Thema Leerstand und Leerstandmanagement. Auch der Jakobusweg, der bereits seit mehreren Förderphasen als LEADER-Kooperationsprojekt mit Regionen aus ganz Europa umgesetzt wird, bleibt ein aktuelles Thema für grenzübergreifende Zusammenarbeit. [awr]



SERVICE:

Die Dokumentation
gibt es online unter
[www.netzwerk-laendlicher-
raum.de/leader-treffen](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader-treffen)

KONTAKT:

Anke Wehmeyer, DVS
Telefon: 0228 6845-3841
anke.wehmeyer@ble.de



i

SERVICE:
Dokumentation und
weitere Infos:
[www.netzwerk-laendlicher-
raum.de/demokratie](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demokratie)

KONTAKT:
Stefan Kämper, DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de

#BCDEMOKRATIE

Was sind eure Themen, wer eure Akteure und Zielgruppen? Und vor allem: Wie können sich unsere Stärken sinnvoll ergänzen? Diese Fragen richteten das Bundesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement (BBE) und die DVS an Mitglieder sogenannter „Lokaler Partnerschaften“ und LEADER-Aktionsgruppen. Ein Fazit aus der Fachwerkstatt, die am 21. und 22. November 2016 in Bad Blankenburg stattfand, ist: In einigen Regionen arbeiten die Akteure der beiden Programme gut zusammen – so auch in der gastgebenden Region Saalfeld-Rudolstadt. In anderen hingegen kennen sie sich gar nicht.

Demokratie lebt von Gegensätzen

Diskutiert wurden neun Themen in einem sogenannten Barcamp, das Social Media einbindet: Unter dem Hashtag #bcdemokratie konnte man der Fachwerkstatt live auf Twitter folgen. Es wurde deutlich: Die Demokratie vor Ort lebendig zu halten, ist anspruchsvoll. Um die Menschen dazu zu gewinnen mitzumachen, reicht die Gesinnung nicht – es muss um Inhalte gerungen werden. Demokratie lebe von Streit, so ein Ergebnis der abendlichen Talk-Runde. [stk]

DISKUSSIONEN AUF DEM MARKTPLATZ

Der Marktplatz war schon immer für den Austausch von Informationen und für Diskussionen da. Solch einen Ort der Kommunikation bot die DVS in Kooperation mit dem Bundesverband Lebendige Dörfer e.V. und dem Forum Ländlicher Raum Brandenburg rund 80 Teilnehmern: Am 27. und 28. September 2016 standen in Brandenburg an der Havel beim „Marktplatz für Dörfer“ die Themen Beteiligung, Kommunikation, Integration und Kooperation auf dem Programm.

In Arbeitsgruppen setzten sich die Teilnehmer mit vielen Aspekten der vorgegebenen Themenbereiche auseinander, darunter auch mit der Planung eines Dorffests und der Frage, wie es gelingen kann, alle Vereine mit ins Boot zu holen. Außerdem gab es wie im Jahr zuvor viel Zeit, um Erfahrungen auszutauschen und um Netzwerke zu knüpfen. [mok]

i

SERVICE:
[www.netzwerk-laendlicher-
raum.de/dorf](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/dorf)

KONTAKT:
Moritz Kirchesch, DVS
Telefon: 0228 6845-3968
moritz.kirchesch@ble.de



SERVICE:
Weitere Informationen:
[www.netzwerk-laendlicher-
raum.de/planspiel](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/planspiel)

KONTAKT:
Moritz Kirchesch, DVS
Telefon: 0228 6845-3968
moritz.kirchesch@ble.de

ALLE BUSLINIEN GESTRICHEN – WAS NUN?

Was passiert, wenn in einem Dorf die letzte Busverbindung eingestellt wird? Diesem fiktiven Szenario in „Musterdorf“ stellten sich über 40 Teilnehmer beim Planspiel der DVS in Kooperation mit den Lokalen Aktionsgruppen Burgwald-Ederbergland, Lahn-Dill-Bergland, Marburger-Land und Lahn-Dill-Wetzlar. Gemeinsam mit Experten von Verkehrsverbünden diskutierten die Teilnehmer bei der Veranstaltung „Mobilität in ländlichen

Regionen sichern“ am 6. September 2016 in Stadtlendorf, wie sich Abhilfe schaffen lässt. Vertreter von Kommunen und aus dem Regionalmanagement, die bereits ein Mitfahrssystem in ihrer Region aufgebaut hatten, steuerten ihre Erfahrungen bei. Die Ideen, die sich aus den Gesprächen ergaben, flossen anschließend in ein Konzept ein. Die Teilnehmer hielten darin Ansätze fest, die helfen können, ein Mitfahrssystem zu organisieren

und zu finanzieren. Abschließend befassten sich die Teilnehmer mit der Umsetzung und dem nötigen Marketing.

Insgesamt ist der Versuch, ein komplexes Thema als Planspiel erlebbar zu machen, gelungen. Dabei war es eine große Herausforderung, die Mitspieler stets an das fiktive Szenario zu erinnern, da sie immer wieder von der konkreten Problematik in ihrer eigenen Region eingeholt wurden. [mok]

Bewässerung wird
in der Landwirtschaft
voraussichtlich
eine immer größere
Rolle spielen.



Das war

WIE STELLT SICH DIE LANDWIRTSCHAFT AUF DEN KLIMAWANDEL EIN?

Dieser Frage gingen rund 80 Teilnehmer bei
einer DVS-Tagung am 12. und 13. Oktober in Bonn nach.

Projekte, Initiativen und Strategien, die sich mit dem Klimawandel auseinandersetzen, wurden bei der Kooperationsveranstaltung der DVS mit dem Verband der Landwirtschaftskammern vorgestellt. Auch erste Projekte der Europäischen Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri) konnten präsentiert werden.

Große Herausforderung Klimaschutz

Als Einführung beleuchtete Bernhard Osterburg vom Thünen-Institut das internationale Pariser Klimaabkommen von 2015 und bezeichnete den Klimaschutz als große Herausforderung für die Landwirtschaft. Auch wenn Deutschland ein landwirtschaftlicher Gunstandort bleibe, so seien Risiken des Klimawandels insbesondere in Extremereignissen,

sommerlichem Wassermangel und erhöhten Anforderungen an den Bodenschutz zu sehen. Chancen sieht Osterburg in einer verlängerten Vegetationsperiode sowie im Anbau neuer Sorten und Kulturen.

Ekkehard Fricke von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen beschrieb im Veranstaltungsteil zu Bewirtschaftungsanpassungen anschaulich die Wirtschaftlichkeit der Bewässerung verschiedener Ackerbaukulturen und prognostizierte einen steigenden Wasserbedarf der Landwirtschaft in den kommenden Jahren. Wie man mit Hilfe einer gezielten Depotdüngung nach dem sogenannten CULTAN-Verfahren den Einsatz von Stickstoff reduzieren und das Feinwurzelwachstum unterstützen kann, erläuterte Dr. Karl-Müller Sämman von der Agentur für Nachhaltige Nutzung von Agrarlandschaften (ANNA). Diese Technik ist in den vergangenen Jahren weiterentwickelt worden, sei aber im Hinblick auf die Schlagkraft noch zu optimieren, so Sämman.

Die Artenvielfalt nutzen

Der zweite Veranstaltungsteil rückte die Kulturpflanzen in den Blickpunkt. Dr. Carl Vollenweider von der Dottenfelder Bio-Saat GmbH berichtete von einer Projektidee im Rahmen von EIP, bei der es in Zukunft um die Erforschung von Getreidepopulationen gehen soll. Vollenweider ist der Ansicht, Biodiversität lasse sich nutzen, um die Landwirtschaft an den Klimawandel anzupassen. Populationen, die aus mindestens fünf Sorten oder Linien bestehen, seien grundsätzlich anpassungsfähiger als reine Sorten, sodass Anbaurisiken minimiert werden können.

Einen globalen Blick präsentierte Dr. Hannah Jaenicke vom Kompetenzzentrum Gartenbau und ging in ihrem Vortrag vor allem auf vernachlässigte Kulturpflanzen ein. In Zeiten des Klimawandels müsse man auch auf Diversifizierung setzen, um die Nahrungsmittelsicherheit weltweit zu gewährleisten. Dabei gebe es nicht eine einzige Lösung,

um sich auf den Klimawandel einzustellen, sondern viele verschiedene Ansätze könnten zum Ziel führen. Globale Klimamodelle seien für Landwirte irrelevant, letztendlich zählten die kleinklimatischen Bedingungen vor Ort.

Fortsetzung folgt

So bunt das Programm war, so vielfältig war auch die Teilnehmerstruktur mit Vertretern aus Forschung, Verwaltung, Verbänden und Praxis aus dem gesamten Bundesgebiet. Viele der Teilnehmer beschäftigten sich überwiegend mit einem Spezialgebiet innerhalb des Themenspektrums Klimawandel. Erklärtes Ziel der Veranstaltung war, Fachleute verschiedener Fachrichtungen sowie Praktiker zusammenzubringen und somit integrativ und fachübergreifend zu diskutieren. Eine Umfrage unter den Teilnehmern ergab, dass 95 Prozent von ihnen bei der Tagung neue Kontakte knüpfen konnten. Für einen weiteren erfolgreichen Diskurs zum Thema Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel wird es erforderlich sein, Aktivitäten zu bündeln und Netzwerkarbeit anzustoßen. Die DVS begleitet diesen Prozess gerne und plant bereits eine Folgeveranstaltung im Frühjahr 2018, dann zum Thema Klimaschutz/-anpassung und Tierhaltung. [sik]



Johannes Frizen, Präsident des Verbandes der Landwirtschaftskammern (VLK) und Dr. Christine Natt, Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), hielten ein Grußwort.



SERVICE:
Tagungsdokumentation unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/klimaanpassung

KONTAKT:
Simon Keelan, DVS
Telefon: 0228 6845-3091
simon.keelan@ble.de

EIP SERVIERT ALTERNATIVE ZUR HÜHNERSUPPE

Im Rahmen der ELER-Fördermaßnahme Europäische Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri) laufen immer mehr Projekte an – auch in Hessen und Thüringen. Dort trafen sich EIP-Akteure im September, um bei einem Transferbesuch Projekte vor Ort kennenzulernen.

In acht von zwölf Bundesländern, die EIP im ELER programmiert haben, werden inzwischen Projekte umgesetzt, insgesamt wurden bundesweit 72 Projekte bewilligt. Bei dem Transferbesuch in Hessen und Thüringen besuchten 18 Teilnehmer drei Projekte vor Ort und lernten weitere über Vorträge kennen.

Neue Vermarktungswege für Althühner

Eines von insgesamt drei Exkursionszielen war der Bioland-Hof der Familie Eisenach im hessischen Guntershausen-Baunatal. Dort befasst sich die OG „Biohuhn“ mit der Vermarktung von Althühnern und Brudertieren. Dieses Thema beschäftigt die Biobranche schon lange, denn das Fleisch von Legehennen lässt sich bislang nur schlecht verkaufen. „Das Futter eines Biohuhns ist mit Sicherheit besser, als die Nahrung manch eines Verbrauchers“, sagt Betriebsleiter Eckhardt Eisenach. Nun soll beim Verbraucher das Bewusstsein und damit die Nachfrage für das komplette alte Huhn als Lebensmittel geweckt werden. Statt klassischen, aber auch etwas aus der Mode gekommenen Gerichten wie Hühnersuppe und Hühnerfrikassee, hat die OG das asiatisch

anmutende Convenience-Produkt „Hühnerbrust Sous-vide“ aus dem Fleisch von Legehennen entwickelt. Die Teilnehmer des Transferbesuchs durften das Gericht verkosten und bewerteten es sehr positiv. Künftig will die OG eine Produktmarke entwickeln und eine eigene Vermarktungsschiene etablieren.

Milch mit hohem Anteil ungesättigter Fettsäuren

Ein weiteres Besuchsziel war die Herzgut Landmolkerei eG in Rudolstadt. Sie sieht ihre Chance in der Entwicklung von Produkten für gesundheitsbewusste Menschen und hat in Zusammenarbeit mit der Universität Jena die noch nicht bewilligte OG „Trinkjoghurt für Schwangere, stillende Mütter und Kinder zur Sicherung der Versorgung mit mehrfach ungesättigten n-3 Fettsäuren“ gegründet. Durch eine Extraportion Raps im Futter der Kühe können Landwirte den Anteil an ungesättigten Fettsäuren in der Milch steigern.

Auch die Gesundheits- und Haltungsbedingungen in der Schweineaufzucht und -mast waren Themen der Veranstaltung, eine Maststallanlage in Thüringen wurde besichtigt. [nao]

Mit der Entwicklung des Convenience-Produkts „Hühnerbrust Sous-vide“ möchte die OG „Biohuhn“ die Vermarktung von Legehennen-Fleisch verbessern. Die Teilnehmer des Transferbesuchs probierten das Gericht.



SERVICE:

Infos und Dokumentation:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/service/veranstaltungen/dvs-archiv/2016/eip-exkursion/

KONTAKT:

Natascha Orthen, DVS
Telefon: 0228 6845-3268
natascha.orthen@ble.de



SERVICE:

Weitere Informationen:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip-og

KONTAKT:

Bettina Rocha,
Natascha Orthen, DVS
Telefon: 0226 6845-3882, -3268
bettina.rocha@ble.de
natascha.orthen@ble.de

VIELE THEMEN, VIELE FRAGEN

Beim ersten bundesweiten Workshop für Operationelle Gruppen (OG) und Innovationsdienstleister machten sich rund 100 Teilnehmer ein Bild von der Vielzahl der EIP-Agri-Projekte.

Auf einem Marktplatz zeigten etwa 60 Poster bewilligte und noch nicht bewilligte Projekte aus dem Bereich der Europäischen Innovationspartnerschaften (EIP). Vier Workshops boten außerdem Methodentrainings an, um kreatives Potenzial zu erschließen, Wissen strukturiert zu sammeln, Projekttexte medienwirksam zu überarbeiten sowie Projekte selbst zu evaluieren.

Deutlich wurde bei den Diskussionen während der Veranstaltung Mitte November in Bonn, dass der völlig neue Förderansatz EIP-Agri an Antragssteller wie Verwaltungsbehörden hohe Anforderungen stellt und für Unmut sorgt. Das eigentliche Anliegen von EIP-Agri, Praxis und Forschung besser zu verbinden, wurde jedoch sehr positiv und zukunftsweisend bewertet, zumal einzelne Landwirte erstmalig Forschung mitgestalten können und dafür auch entlohnt werden. [ber]

Das kommt



SERVICE:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/naturschutzmiteler

KONTAKT:
Jan Freese und
Simon Keelan, DVS
Telefon: 0228 6845-3477
und -3091
jan.freese@ble.de/
simon.keelan@ble.de

NATURSCHUTZ MIT ELER – DEZENTRALE SCHULUNGEN

Wir schulen – Sie organisieren vor Ort. Nach diesem Motto bietet die DVS auf Wunsch eine eintägige Veranstaltung an. Dabei geht es um Fördermöglichkeiten von Naturschutzmaßnahmen in der Agrarlandschaft, insbesondere um Projektförderung und Investivmaßnahmen. Es sollten mindestens acht Personen aus unterschiedlichen Einrichtungen teilnehmen und Interesse an einer Projektbeantragung und -trägerschaften mitbringen. [jaf]



SERVICE:
Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2017
Smarte ländliche Räume, Digitalisierung, soziale Dorfentwicklung, regionale Identität, aber auch neue Wohnformen und der Umgang mit Rechtsextremismus sind einige der Themen der 24 Begleitveranstaltungen. Das Zukunftsforum findet am 25. und 26. Januar 2017 in Berlin statt.
www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de

Mehr zur DVS-Veranstaltung:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum

KONTAKT:
Stefan Kämper, DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de

PLÄDOYER FÜR EINEN ELER-NEUSTART

LEADER-Regionen leben von der Beteiligung der Bürger. Das immer komplexer werdende Regelwerk des ELER wirkt jedoch für viele Bürgerprojekte wie eine Vollbremsung. Diese Entwicklung bestätigen die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage der Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen (BAG LAG): Die bürokratischen Hürden führen dazu, dass mögliche und oftmals ehrenamtliche Projektträger aus Angst, etwas falsch zu machen, keine Förderanträge mehr stellen. Eine grundlegend neue Förder- und Kontrollphilosophie mit deutlich weniger Regeln ist notwendig, wenn auch in Zukunft Akteure aus den Regionen als wichtige Zielgruppen erreicht werden sollen.

So soll es nicht weitergehen!

In ihrer Veranstaltung im Rahmen des Zukunftsforums 2017 nimmt die DVS gemeinsam mit der BAG LAG und der Agrarsozialen Gesellschaft die ausufernde Bürokratie unter die Lupe: Gleich zu Beginn wirft die Comedy Company einen satirischen Blick auf die LEADER-Förderung. Anschließend werden die Autoren des vom Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft veröffentlichten Papiers zur „Neuausrichtung der ELER-Förderung nach 2020 (ELER-RESET)“ Rede und Antwort stehen. Das Papier macht Vorschläge für eine echte Vereinfachung der ELER-Förderung (siehe dazu auch S. 44–45).

Diskutieren Sie, welchem der zentralen Kritikpunkte in der Praxis wie begegnet werden kann, um den LEADER-Ansatz wieder attraktiv zu machen: am 26. Januar 2017 in Berlin. [stk]



NETZWERKTREFFEN DORF – MOBIL IN DORF UND REGION



KONTAKT:
Moritz Kirchesch, DVS
Telefon: 0228 6845-3968
moritz.kirchesch@ble.de

Wie kann ich ohne eigenes Auto meine Einkäufe erledigen? Wie komme ich zum Arzt? Ende März / Anfang April 2017 möchten wir gemeinsam mit dem „Zukunftsnetz Mobilität NRW“ und der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung bei einem Workshop mit Exkursion zeigen, wie sich die Region Rhein-Sieg diesen Fragen annimmt. Die Teilnehmer erfahren, welche Lösungen bereits umgesetzt werden und welche Ideen es für die Zukunft gibt. [mok]





TIERGERECHTE HALTUNG UND STALLBAU



SERVICE:
Weitere Informationen
demnächst unter:
[www.netzwerk-laendlicher-
raum.de/stallbau](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/stallbau)

KONTAKT:
Bettina Rocha, DVS
Telefon: 0228 6845-3882
bettina.rocha@ble.de

Die Haltung von Tieren, deren Fleisch auf den Tellern der Verbraucher landet, ist seit Jahren ein Dauerbrenner in den Medien. Heute beschäftigen sich nicht nur Landwirte und Konsumenten mit artgerechter Nutztierhaltung. Durch die zunehmende öffentliche Aufmerksamkeit, die das Thema erfährt, haben es auch der Handel, Politiker und Verbände entdeckt und möchten agieren. Auch die europäische Förder-

politik hat sich des Themas angenommen. Das Agrarkreditprogramm, mit dem in Deutschland bisher überwiegend Stallbauten finanziert wurden, verlangt nun höhere Standards in der artgerechten Nutztierhaltung, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen. Nur wer diese erfüllt, erhält noch Förderung. Der in Kooperation mit dem Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften

ausgerichtete DVS-Transferbesuch „Tiergerechte Haltung und Stallbau“ führt im März 2017 zu Betrieben in Thüringen und Bayern, die hinsichtlich der Haltungsbedingungen beispielhafte Stallbauten geplant oder bereits realisiert haben. Die Teilnehmer können die Schweine- und Geflügelbetriebe vor Ort besichtigen und mit den Betriebsleitern und den Stallbauberatern diskutieren. [ber]



Thomas Muchow von der Stiftung Rheinische Kulturlandschaft erklärt beim Transferbesuch Biodiversität im Acker im Juni 2016, wie sich Naturschutzmaßnahmen in landwirtschaftliche Betriebe integrieren lassen.

BERATER BERATEN BERATER

Die gesellschaftlichen und gesetzlichen Ansprüche an Natur-, Wasser- und Tierschutz wachsen. Landwirtschaftliche Berater stehen vor der Herausforderung, Landwirte dabei zu unterstützen, von dieser Entwicklung zu profitieren. Wie aber können Umweltthemen in alle landwirtschaftlichen Beratungsbereiche integriert werden? Ein DVS-Workshop für Landwirtschaftsberater unterschiedlicher Disziplinen vom 14. bis zum 15. März 2017 wird sich mit dieser Frage beschäftigen. Begleitet von Moderatoren sollen die Teilnehmer in einem Workshop an praktischen Lösungsmöglichkeiten arbeiten. Dabei wird den landwirtschaftlichen Beratern viel Raum zum gegenseitigen Austausch gegeben. [sik]



SERVICE:
Weitere Informationen
demnächst unter:
[www.netzwerk-laendlicher-
raum.de/beratung](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/beratung)

KONTAKT:
Simon Keelan, DVS
Telefon: 0228 6845-3091
simon.keelan@ble.de

SCHULUNG FÜR REGIONALMANAGER

Über 100 Teilnehmer haben 2016 eine Regionalmanager-Schulung der DVS besucht – und die Nachfrage hält weiter an. Die DVS veranstaltet deshalb vom 7. bis 10. Februar 2017 in Leipzig einen weiteren Durchgang der Schulungen. Sie richten sich an Regionalmanager sowie Mitglieder Lokaler Aktionsgruppen und kommunaler oder regionaler Netzwerke.

Regionalmanager müssen sehr unterschiedliche lokale und regionale Prozesse begleiten und dabei in verschiedenen Handlungsfeldern agieren. Die Erwartungen an sie sind hoch. Die DVS-Schulung bietet praxisorientierte Inhalte und fördert den Dialog und Erfahrungsaustausch zwischen den mehr und den weniger

erfahrenen Regionalmanagern. „Alte Hasen“ und Teilnehmer, die neu im Berufsfeld des Regionalmanagements sind, können gleichermaßen von der Schulung profitieren.

Qualifizierte Trainer werden sechs Schulungsmodule anbieten, die jeweils eineinhalb Tage dauern. Jeder Teilnehmer kann sich deshalb für maximal zwei Module anmelden. Die Themen der Module sind: Moderation im Netzwerk, Öffentlichkeits- und Medienarbeit, Social Media in der Öffentlichkeitsarbeit, die Rolle des Regionalmanagers, Beratung von Projektträgern sowie Vergaberecht für Regionalmanager. Bei großer Nachfrage wird die DVS die Schulung wiederholen. [stk]



SERVICE:
Programm und Anmeldung:
[www.netzwerk-laendlicher-
raum.de/schulungen](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/schulungen)

KONTAKT:
Stefan Kämper, DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de

IM FOKUS Selbstbestimmt zu Hause alt werden



IM FOKUS

Selbstbestimmt und zu Hause alt werden

Gut leben im Alter – das heißt für viele, möglichst lange selbstständig und in den eigenen vier Wänden zu bleiben. Wie ländliche Regionen ältere Menschen dabei unterstützen können, möchten wir mit unserem Fokus schlaglichtartig beleuchten.

Informationen zu weiteren Projekten zum Thema „Alt werden“ finden Sie unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/altwerden





Fotos: goethea; Jozef Polc; Rulan Huzau; Tatiana Gladstikh; Anna-Mari West; 36839467; Tatiana Gladstikh; dindberndt; Cathy Teitel; dindberndt; eduardo; Jozef Polc; Kyrill Glinin; Michael Graym; Ramon Espelt; Gergely; Sytyphotographs; Weimannimages; Brand Gohm / 723.rf.com



Die 88-jährige Doris Ebert widmet sich der Klosterkirche von Lobenfeld. Viele Senioren sind – wie sie – aktiv und wollen mitgestalten.

Lobenfeld hat 1000 Einwohner und einen Bäckerladen. Einmal in der Woche öffnet die Bücherei der Kirchengemeinde. Es gibt keinen Arzt, keine Schule, aber zwei Kneipen in dem badischen Örtchen. Und einen besonderen Schatz: Das Kloster aus dem 12. Jahrhundert. Die Hüterin dieses Schatzes heißt Doris Ebert. Sie ist 88 Jahre alt. „Bei mir sieht kein Tag wie der andere aus“, sagt Doris Ebert lachend. Seit Jahrzehnten widmet sie sich ehrenamtlich der Klosterkirche, dokumentiert deren kulturhistorische Besonderheiten, hat mehrere Schriften veröffentlicht und führt die Besucher fachkundig durch die Anlage. „Für private Dinge habe ich keine Zeit“, sagt sie mit einem Augenzwinkern.

Teilhabe ermöglichen

Doris Ebert gehört zu den rund 400 Männern und Frauen über 85, die das Institut für Gerontologie der Universität Heidelberg im Auftrag des Generali Zukunftsfonds für die Generali Hochaltrigenstudie umfassend zu ihren Lebensperspektiven befragt hat. Der Befund der Heidelberger Wissenschaftler: Auch im höchsten Lebensalter geht der Wunsch nach Mitgestaltung nicht zurück.

„Die Möglichkeit, nicht nur umsorgt zu werden, sondern selbst Sorge für andere tragen zu können, ist gerade für Menschen mit altersbedingten Einschränkungen ein zentrales Daseinsmotiv“, sagt der renommierte Altersforscher Prof. Andreas Kruse, der die Studie mit seinem Heidelberger Team erarbeitet hat. 61 Prozent der Befragten im Alter zwischen 85 und 98 Jahren geben an, dass sie besondere Erfüllung im Engagement für andere Menschen empfinden. Das Bedürfnis, weiterhin gebraucht zu werden, nennen 60 Prozent als außerordentlich wichtiges Lebensmotiv. Weit mehr als die Hälfte (65 Prozent) der Hochbetagten packt in der Familie noch mit an, die Hälfte (49 Prozent) unterstützt Angehörige finanziell.

Es ist also höchste Zeit für ein neues, ein differenziertes Bild des Alters. Denn noch immer sind es Stereotypen, die unsere Wahrnehmung des Alters prägen. Da ist auf der einen Seite der scheinbar ewig junge „Best Ager“, den Medien und Werbung in Zeiten des demografischen Wandels für sich entdeckt haben und der uns – stets lächelnd die Nordic-Walking-Stöcke schwingend – in Zeitschriften und Broschüren begegnet. Und da ist auf

Niemand hat ausgedient

Der Generali Zukunftsfonds widmet sich den Fragen der demografischen Entwicklung. Ein Fazit seiner regelmäßigen Studien ist: Wir brauchen ein modernes Altersbild.

[VON UWE AMRHEIN]

der anderen Seite der pflegebedürftige, kranke, vereinsamte und von Altersarmut bedrängte Mensch: der Versorgungs- und Problemfall. Beide Bilder verstellen den Blick auf die wahren Herausforderungen und Potenziale des Alters.

Mitgestalten

Altersforscher wie Kruse sind sich einig, dass zu einem erfüllten Altern beides gehört: einerseits das Annehmen und der bewusste Umgang mit einer zunehmenden Verletzlichkeit und andererseits das Ausschöpfen der sich erst im Alter entwickelnden Potenziale und Ressourcen. Diese besonderen Kompetenzen alter Menschen entfalten sich außergewöhnlich stark auf dem Land, weil es gerade dort auf eine subsidiäre und von bürgerschaftlichem Engagement getragene Sicherung von Lebensqualität ankommt.

Werden tatkräftige Alte in ländlichen Strukturen besonders gebraucht? Diese Frage ist klar mit Ja zu beantworten. Nicht zufällig sind die rund 220 Seniorengenossenschaften in Deutschland überwiegend in ländlichen Räumen aktiv. Die Technische Hochschule Nürnberg hat herausgefunden, dass 67 Prozent der in solchen verbindlichen Formen der Nachbarschaftshilfe tätigen Menschen älter als 65 Jahre sind. Menschen wie Doris Ebert sind also keinesfalls Exoten. Bürgerbusse, Dorfläden, kulturelle Einrichtungen und Bildungsangebote auf dem Land weisen durchweg einen hohen Anteil betagter Menschen als Initiatoren und als zupackende Unterstützer auf.

Sind die aktiven Alten also Lückenbüßer für eine ausgedünnte öffentliche Infrastruktur? Müssen auf dem Land die Rentner ran, weil sich der Staat zurückzieht? Diese These

klingt politisch gut, der Ansatz greift aber aus Sicht der Altersforschung deutlich zu kurz. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Ländliche Strukturen bieten alten Menschen genau jene Chancen zur Teilhabe, die sie benötigen, um ihrem Anspruch, die Gesellschaft mitzugestalten, gerecht zu werden.

Generali Altersstudie

Und in einer Gesellschaft des längeren Lebens wächst dieser Anspruch. Längst hat die steigende Lebenserwartung dafür gesorgt, dass mit dem Renteneintritt eine vollwertige Lebensphase bei überwiegend hoher Leistungsfähigkeit und -bereitschaft beginnt.

Die 2013 erstmals erschienene Generali Altersstudie weist das anhand zahlreicher Daten nach. Im Unterschied zur zuvor erwähnten Hochaltrigenstudie nimmt →

Im Rahmen der Generali Altersstudie 2013 wurden 65- bis 85-Jährige befragt:

In welchem Bereich sind Sie ehrenamtlich tätig?

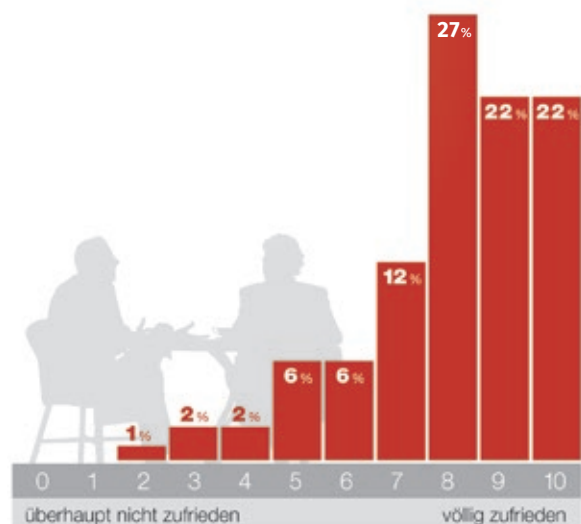


45 %

sind in mindestens einem der Bereiche engagiert.

Quelle: Generali Zukunftsfonds

Wie zufrieden sind Sie mit den Beziehungen und Kontakten, die Sie zu anderen Menschen haben?



diese repräsentative Untersuchung im Vierjahresabstand die Lebenssituation der 65- bis 85-Jährigen in den Blick. Das Institut für Demoskopie Allensbach befragt dafür mehr als 4 000 Menschen der genannten Altersgruppe in Deutschland zu allen Lebensbereichen – von Gesundheit, über das Wohnen, die familiäre Situation, das Einkommen bis hin zum bürgerschaftlichen Engagement.

Die Ergebnisse: Die 65- bis 85-Jährigen fühlen sich im Durchschnitt zehn Jahre jünger als es ihrem tatsächlichen Lebensalter entspricht. Sie führen mehrheitlich ein aktives, zufriedenes und abwechslungsreiches Leben. Im Durchschnitt sind die 65- bis 85-Jährigen an rund fünf Tagen pro Woche außer Haus unter-

wegs, jeder dritte (32 Prozent) sogar täglich. Fast jeder zweite 75- bis 79-Jährige ist noch aktiver Autofahrer. Zum Vergleich: 1985 war es jeder zehnte.

Die Generation der 65- bis 85-Jährigen blickt mehrheitlich zufrieden auf ihr Leben. Auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht zufrieden) bis 10 (völlig zufrieden) stufen 57 Prozent der Befragten ihr Leben mit 8 oder mehr ein. 63 Prozent bewerten die eigene wirtschaftliche Lage als gut bis sehr gut. Im Durchschnitt verfügen die 65- bis 85-Jährigen über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von rund 2 200 Euro, mehr als jeder zweite wohnt in der eigenen Immobilie. Die Familie hat für die Älteren einen hohen Stellenwert. 38 Prozent unterstützen ihre Kinder zehn bis 19 Stunden wöchentlich.

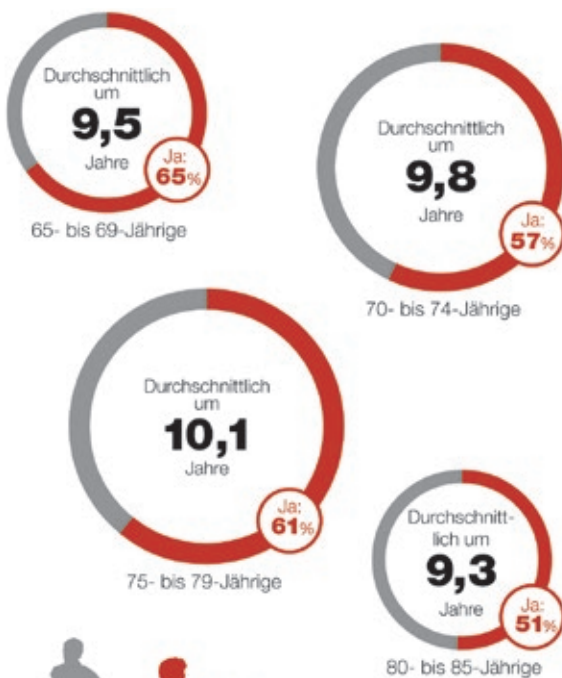
Alter hat Potenzial

45 Prozent der 65- bis 85-Jährigen engagieren sich gesellschaftlich, etwa im kirchlichen Umfeld sowie

in Freizeit-, Sport- und Kultur-einrichtungen, durchschnittlich rund vier Stunden pro Woche. Damit ist die ältere Generation die bei Weitem engagierte Altersgruppe. Besonders bemerkenswert: 23 Prozent der engagierten Älteren haben ihr Engagement erst mit 65 oder später begonnen. Viele von ihnen (41 Prozent) können sich eine Ausweitung ihres Engagements gut vorstellen.

Es lässt sich also empirisch feststellen, dass das Potenzial des Alters und die Verantwortungsbereitschaft älterer Menschen eine tatsächliche Chance im demografischen Wandel darstellt. Eine Chance, die es besonders im ländlichen Raum zu nutzen gilt. Doris Ebert setzt sich keine Frist. Sie betrachtet „ihr“ Kloster als lebenslange Aufgabe und sie spürt, dass sie dabei selbst gewinnt. „Ich gehöre wohl zu den Menschen, die schlecht Nein sagen können. Das Gute dabei: Es hält frisch.“

Fühlen Sie sich jünger, als Sie tatsächlich sind und wenn ja, um wie viele Jahre?



SERVICE:

Mehr Informationen zu den Altersstudien unter

www.generali-altersstudie.de
www.zukunftsfonds.de
generali-deutschland.de/wissen/generali-hochaltrigenstudie/



KONTAKT:

Uwe Amrhein
Generali Zukunftsfonds
Telefon: 030 311619-7799
Mobil: 0151 64921497
uwe.amrhein@generali.com
www.generali-zukunftsfonds.de

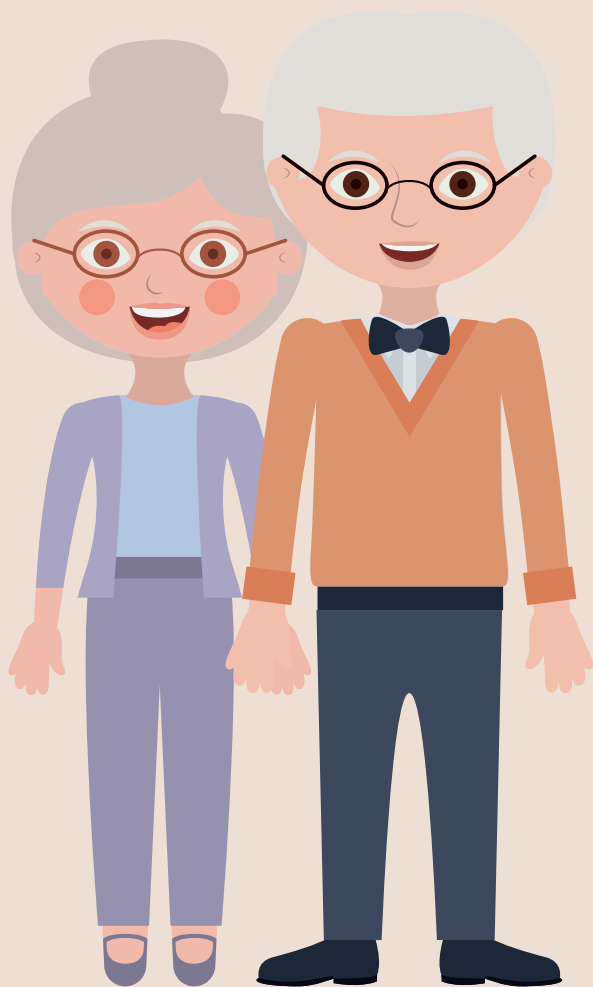
Wohnumfeld und Versorgung im Alter



Wie bewerten ältere Menschen ihr Wohnumfeld und die Versorgung dort? Dieser und ähnlichen Fragen geht der Deutsche Alterssurvey nach. Sind die Herausforderungen auf dem Land größer als in der Stadt? [VON SONJA NOWOSSADECK]

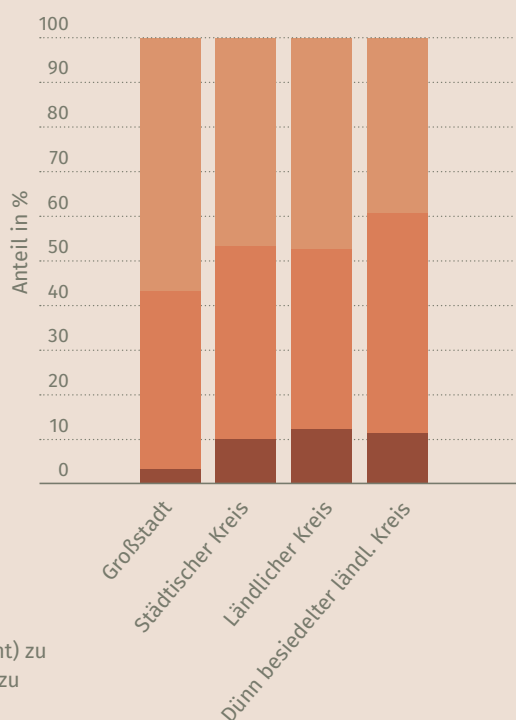
In vielen ländlichen Kreisen entfaltet der demografische Wandel eine besondere Dynamik, auch aufgrund der Abwanderung junger Menschen in die Städte. Dann wird das Leben zunehmend von älteren Menschen und ihren Bedürfnissen geprägt. Mehr Ältere – das bedeutet auch, mehr Menschen, die eine oder mehrere chronische Krankheiten haben. Sie müssen ihren Alltag mit funktionalen Einschränkungen gestalten und benötigen dafür ein Wohnumfeld, das ihren Bedürfnissen gerecht wird. Im Rahmen des Deutschen

Alterssurveys 2014 (DEAS 2014) wurden über 6000 40- bis 85-Jährige unter anderem zu den Themen Wohnen, Wohnumfeld und Nachbarschaft befragt. Als älteste Altersgruppe wurden dabei die 70- bis 85-Jährigen zusammengefasst. Diese Älteren sind in besonderer Weise auf ein altersgerechtes Wohnumfeld angewiesen: Im hohen Alter konzentriert sich der Aktionsradius vieler Menschen stärker auf die Wohnung und das unmittelbare Umfeld. Wie lebt es sich also auf dem Land, wenn man über 70 ist? →



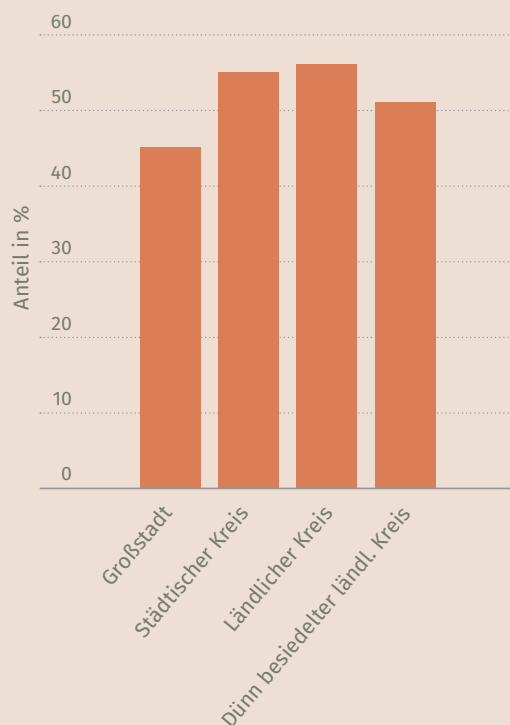
Versorgung ist oft ein Problem

Es ist nicht immer komfortabel, als älterer Mensch den Alltag in einer ländlichen Umgebung zu meistern. Ländliche Kreise haben häufig eine Infrastruktur, die größere Entfernungen und weniger Wahlmöglichkeiten beim Einkauf und bei der medizinischen Versorgung mit sich bringt sowie ein eingeschränktes Angebot des öffentlichen Nahverkehrs. Regionale Unterschiede in der Versorgung wurden bereits in früheren DEAS-Erhebungen beobachtet. Diese Unterschiede sind nicht verschwunden und so wird die Versorgungssituation von Älteren in städtischen und ländlichen Kreisen auch 2014 unterschiedlich bewertet. Offenbar haben insbesondere dünn besiedelte Landkreise eine Versorgungsinfrastruktur, die für Ältere problematisch sein kann. Dies zeigt sich vor allem im Vergleich zu den Stadtbewohnern: Dass es in ihrem Wohnumfeld genug Einkaufsmöglichkeiten gibt, wird von 57 Prozent der 70- bis 85-jährigen Großstädter voll und ganz bestätigt, bei den Bewohnern dünn besiedelter Landkreise sehen das nur 39 Prozent so (siehe Grafik). Ähnliches ist für die Versorgung mit Ärzten und Apotheken zu beobachten. Auch hier sind ältere Großstädter viel häufiger der Meinung, ausreichend mit diesen medizinischen Leistungen versorgt zu sein (57 Prozent) als die in dünn besiedelten Landkreisen wohnenden Älteren (36 Prozent). Noch



- trifft genau zu
- trifft eher (nicht) zu
- trifft gar nicht zu

Bewertung der Aussage „Es sind genug Einkaufsmöglichkeiten vorhanden.“ durch 70- bis 85-Jährige nach Kreistyp des Wohnorts



70- bis 85-Jährige, die enge und sehr enge Kontakte zu ihren Nachbarn angeben, nach Kreistyp des Wohnorts

Quelle: DEAS 2014

ausgeprägter sind die Differenzen bei der Einschätzung des öffentlichen Nahverkehrs: Während 66 Prozent der ältesten Großstädter ihre Wohngegend als gut angebunden an den öffentlichen Nahverkehr betrachten, sind dies von den in dünn besiedelten ländlichen Kreisen Lebenden gerade einmal 29 Prozent.

Mobilitätseingeschränkte sind kritischer

Wenn die Beweglichkeit außerhalb der eigenen vier Wände durch gesundheitliche Probleme beeinträchtigt ist, kann das Wohnumfeld den eigenen Alltag einfacher oder eben auch beschwerlicher machen. In den Analysen des DEAS 2014 wurden daher auch diejenigen 70- bis 85-Jährigen betrachtet, die angaben, in der Fortbewegung außerhalb der Wohnung eingeschränkt zu sein. Diese Gruppe bewertet die Möglichkeiten für das Einkaufen, die medizinische Versorgung und den öffentlichen Nahverkehr im Wohnumfeld kritischer als Gleichaltrige, die diese Einschränkungen nicht haben. So stimmen 51 Prozent der Älteren ohne Mobilitätseinschränkung vollständig der Aussage zu, dass es im Wohnumfeld genug Einkaufsmöglichkeiten gibt, aber nur 38 Prozent derjenigen, die sich außerhalb der Wohnung nicht so gut fortbewegen können. Wenn diese Gruppe in einem dünn besiedelten ländlichen Kreis lebt, ist der Wert noch geringer (31 Prozent). Ähnlich verhält es sich bei der Bewertung der Versorgung mit Ärzten und Apotheken. 49 Prozent der 70- bis 85-Jährigen ohne Einschränkungen sehen die Versorgung im Wohnumfeld als ausreichend an, aber nur 38 Prozent der Älteren mit Mobilitätseinschränkungen. 44 Prozent der ältesten Altersgruppe ohne Mobilitätseinschränkungen bewerten ihre Wohngegend als gut an den Nahverkehr angeschlossen. Dieser Anteil sinkt auf 35 Prozent für 70- bis 85-Jährige, die sich außerhalb der Wohnung nur mit Einschränkungen bewegen können und auf nur 18 Prozent, wenn diese Mobilitätseingeschränkten in einem dünn besiedelten ländlichen Kreis leben.

Wohnsituation oft gut

Die kritische Bewertung der Versorgung bedeutet aber nicht, dass der Wohnstandort als schlecht empfunden wird. Es gibt eine hohe Anpassungsfähigkeit, auch an eine ungünstige Versorgungslage. Ein defizitäres Infrastrukturangebot kann oft durch die Suche nach Alternativlösungen kompensiert werden, wie beispielsweise durch Nachbarschaftshilfe. Wenn der Supermarkt im Ort schon seit Jahren geschlossen ist und der Bus in die nächste Stadt nur zweimal am Tag fährt, dann können gegenseitige Hilfen in der Nachbarschaft den Alltag gerade auch der Älteren erleichtern. Dafür sind gute nachbarschaftliche Kontakte eine wichtige Basis. Dieses Potenzial ist zumindest für etwa die Hälfte der Älteren auf dem Land zugänglich: Auf die Frage, wie eng die Kontakte zu ihren Nachbarn sind, gaben 52 Prozent aller 70- bis 85-Jährigen enge oder sogar sehr enge Kontakte zu den Nachbarn an (siehe Grafik). Der Prozentsatz lag bei Älteren in ländlichen Kreisen (56 Prozent) und in dünn besiedelten ländlichen Kreisen (51 Prozent) höher als bei den Älteren in Großstädten (45 Prozent).

Fragt man Menschen in der zweiten Lebenshälfte nach einer Bewertung ihrer Wohnsituation, so fällt das Ergebnis überraschend eindeutig aus: Im Vergleich aller Altersgruppen bewerteten die ältesten Befragten mit 92 Prozent ihre Wohnsituation am häufigsten als gut oder sehr gut. Für diese positive Bewertung macht es kaum einen Unterschied, ob sie in einem städtischen oder ländlichen Umfeld leben. Die Älteren wohnen häufig schon sehr lange in ihrer Wohnung, oft in Wohneigentum, sie kennen ihre Nachbarn und fühlen sich wohl im vertrauten Umfeld. Daraus resultiert oft eine enge Bindung an die Wohnumgebung. Das zeigen auch die Daten des DEAS 2014: Etwa die Hälfte der 70- bis 85-jährigen Befragten (47 Prozent in ländlichen Kreisen und 48 Prozent in städtischen Kreisen) stimmte der Aussage „Ich fühle mich mit der Wohngegend verbunden“ voll und ganz zu. Weitere 45 Prozent der Landbewohner und 43 Prozent der Stadtbewohner stimmten der Aussage zum Teil zu. Das heißt, über 90 Prozent der 70- bis 85-jährigen gaben eine Verbundenheit mit der Wohngegend an, sowohl in den Städten als auch auf dem Land.

Es gibt eine Reihe von Gründen, die das Leben auf dem Land auch im Alter attraktiv machen. Naturnähe, enge Kontakte im Umfeld, das Gefühl von Sicherheit und die Möglichkeit, im eigenen Haus zu wohnen, gehören dazu. Wer diese Vorteile des Landlebens schätzt, wird auch versuchen, sich mit den Besonderheiten, beispielsweise einem geringeren Infrastrukturangebot, zu arrangieren. Solange dies gelingt, erleben Ältere auch auf dem Land eine hohe Lebensqualität und Zufriedenheit mit ihrer Wohnsituation.

SERVICE:

Zum Weiterlesen oder online Stöbern

Mahnke, K., Wolff J.K., Simonson, J., Tesch-Römer, C. (Hrsg.), 2017: *Altern im Wandel. Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS)*. Springer Fachmedien, Wiesbaden. www.link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-12502-8

Im November 2016 neu erschienen: *der siebte Altenbericht der Bundesregierung* www.siebter-altenbericht.de



KONTAKT:

Sonja Nowossadeck
Deutsches Zentrum für Altersfragen
Telefon: 030 260740-63
sonja.nowossadeck@dza.de

Was braucht eine „Heimat für alle“?

Der Landkreis Hof will zur „Heimat für alle“ werden. Deshalb hat er auch seine Senioren nach ihrer Meinung gefragt. Die Antworten zeigen neue Wege auf.

[VON ELKE REBERT-FRIEDRICH UND JESSICA SCHÖNSTEIN]

Im Landkreis Hof hat die Seniorenpolitik einen hohen Stellenwert. In dem bayerischen Landkreis mit seinen 27 Kommunen leben mehr als 96 000 Menschen, davon sind rund 31 000 Einwohner älter als 60 Jahre. Damit gehören etwa 32 Prozent der Bevölkerung zur Generation 60 Plus. Mit diesem Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt der Landkreis laut Daten des bayerischen Landesamtes für Statistik mehr als zehn Prozent über dem bundesweiten Durchschnitt, der etwa 21 Prozent beträgt.

„Alle“ fragen

„Wir wollen gute Angebote für Jung und Alt schaffen. Eine erfolgreiche Senioren- und Inklusionspolitik ist uns wichtig“, sagt Landrat Dr. Oliver Bär. Er sowie die Bürgermeister der 27 Landkreiskommunen setzen sich gemeinsam dafür ein, die Lebensqualität für alle Generationen in ihrer Heimat zu erhöhen. Seit Herbst 2015 hat deshalb jede Stadt und Gemeinde sowie jeder Markt des Landkreises einen Ansprechpartner vor Ort installiert – die sogenannten kommunalen Senioren- und Behindertenbeauftragten. Sie engagieren sich für die gesellschaftliche Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung von älteren Menschen sowie von Menschen mit Behinderung. Eine wichtige Aufgabe der ehrenamtlichen Interessenvertreter ist es, Anliegen und Wünsche aus der Bevölkerung aufzunehmen und in politische Gremien zu transportieren sowie die Bevölkerung mit den entscheidenden Akteuren zu

vernetzen. Zudem nehmen die Beauftragten direkten Einfluss auf die seniorenpolitische Gesamtplanung für den Landkreis Hof – das sogenannte Seniorenpolitische Gesamtkonzept.

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung „Seniorenpolitik im Landkreis Hof“ im September 2015 sprachen sich die Senioren- und Behindertenbeauftragten für eine Zusammenarbeit in mehreren Bereichen aus und gründeten verschiedene Arbeitsausschüsse. In diesen werden aktuell beispielsweise ein neuer Seniorenwegweiser für den Landkreis und eine digitale Checkliste zur barrierefreien Ortsbegehung erarbeitet. Auch eine einheitliche Befragung der Generation 60 Plus – Plus steht für alle weiteren Interessierten – wurde beschlossen. Im Arbeitsausschuss „Seniorenbefragung“ arbeiteten kommunale Senioren- und Behindertenbeauftragte bis Mitte 2016 einen qualitativen Fragebogen sowie ein Konzept für die Befragung aus.

Breites Meinungsbild

Gestartet wurde die Fragebogenaktion Anfang Juli 2016, der Rücklauf sollte innerhalb zweier Monate erfolgen. Die Ergebnisse werden gesammelt und gebündelt, um in der nächsten Zeit direkte Handlungsempfehlungen für die Kommunen und den Landkreis Hof abzuleiten. Ziel der Befragung ist es, die Lebensqualität durch aktive Bürgerbeteiligung im Landkreis

zu verbessern. Deshalb gibt es in den Fragebögen viel Platz für eigene Ideen, Erfahrungen und Vorschläge zu den Themen Barrierefreiheit und Nahversorgung, Verkehrsanbindung und Mobilität und zur persönlichen Lebenssituation. Die Initiatoren erhoffen sich ein möglichst breites Meinungsbild mit Anregungen, nach dem sie die Senioren- und Inklusionspolitik im Landkreis Hof ausrichten können.

Einzelne kommunale Rückläufe von über 30 Prozent lassen vielversprechende Ergebnisse erwarten. Die Beteiligungsraten zeigen deutlich, wie wichtig eine direkte Ansprache der Bevölkerung ist. Ob die Fragebögen über das Gemeindeblatt an alle Haushalte verschickt oder an öffentlichen Orten wie beispielsweise in Rathäusern, Arztpraxen, Einkaufszentren oder der örtlichen Bäckerei ausgelegt wurden – über die Art und Weise der Verteilung der Bögen entschied jede Kommune selbst. Allgemein hat eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit und eine Präsenz der kommunalen Beauftragten die Beteiligungswerte erheblich steigen lassen.

Erste Ergebnisse und Konsequenzen

Mehr als 3300 Bürger haben geantwortet. Etwa 70 Prozent der Antworten kamen von der Bevölkerungsgruppe der 60- bis 79-Jährigen. Der älteste Teilnehmer wurde im Jahr 1911 geboren und ist somit stolze 105 Jahre alt. Der Fragebogen beginnt mit Fragen zum Wohnumfeld, beispiels-



- 1 Die Einwurfboxen zur Seniorenbefragung wurden auch an öffentlichen Orten wie Bäckereien platziert. Das führte zu einer hohen Beteiligung.
- 2 Die Senioren- und Behindertenbeauftragten der Landkreiskommunen organisieren Ortsbegehungen zum Thema Barrierefreiheit.

weise zu Wohnformen und dem Wunsch nach Unterstützung dabei, die Wohnung barrierefrei zu gestalten: Haben Sie Ihre Wohnung oder Ihr Haus bereits barrierefrei umgebaut? Benötigen Sie Beratung oder finanzielle Unterstützung bei der barrierefreien Umgestaltung Ihrer Wohnung oder Ihres Hauses? Die Ergebnisse machen deutlich, dass das Thema „Barrierefreies Wohnen zu Hause“ noch weiterer Öffentlichkeitsarbeit bedarf. Nur jeder Vierte hat seinen Wohnraum umgestaltet. Obwohl eines oder mehrere Hilfsmittel im Alltag, wie Rollator, Gehstock oder Hörgerät, bereits vorhanden sind, interessieren sich nur 20 Prozent aller Befragten für eine Beratung oder finanzielle Unterstützung zu einem barrierefreien Umbau. Mit steigendem Alter gewinnt dieses Thema an Bedeutung.

Auf die Frage nach ihrer Mobilität geben rund 47 Prozent der Befragten an, den eigenen PKW als Fortbewegungsmittel zu nutzen. Gefragt wurde zudem nach Verbesserungsvorschlägen in Bezug auf die Verkehrsanbindung. 52 Prozent wünschen sich Verbesserungen ihrer Verkehrsanbindung und Mobilität, eine Mehrheit von 65 Prozent spricht sich dafür aus, den bedarfs-gesteuerten Verkehr wie lokale Fahrdienste und das Bürgerbusangebot zu verbessern. Der Landkreis hatte das Thema „Bürgerbus“ bereits vorab aufgegriffen und Anreize gesetzt: Seit 2016 bezuschusst er die Anschaffung und den barriere-

freien Umbau von Bürgerbussen mit jeweils 5000 Euro. Der Umbau der Busse ist notwendig, da es derzeit keine finanzierbare Möglichkeit gibt, ab Werk einen vollumfänglich barrierefreien Kleinbus zu erwerben. Obwohl der Bedarf vor allem in den ländlichen Räumen groß ist und das bundesweite ÖPNV-Netz bis 2022 barrierefrei ausgebaut werden soll, wird die Nachfrage seitens der Hersteller nicht ausreichend bedient. Die Senioren- und Behindertenbeauftragten des Landkreises Hof sehen darin ein großes Hemmnis für gelingende Inklusion und haben diese Schwierigkeiten bereits vor Spitzenverbänden der Seniorenvertretungen zur Sprache gebracht.

Die Befragten wurden außerdem dazu aufgerufen, ihren Ort hinsichtlich der vorhandenen Barrierefreiheit zu beurteilen. Es gab Fragen dazu, ob ausreichend Sitzbänke sowie öffentliche und barrierefreie Toiletten vorhanden sind, ob die Gehweggestaltung barrierefrei ist und ob es ein Blindenleitsystem gibt. Das Ergebnis: Rund 34 Prozent der Befragten bewerten die Barrierefreiheit am Ort als schlecht. Hier besteht also ein großer Handlungsbedarf. Die Senioren- und Behindertenbeauftragten planen, hierzu ab 2017 flächendeckend Ortsbegehungen in den Landkreiskommunen durchzuführen. Sie wollen barrierefreie Orte kennzeichnen und den konkreten Handlungsbedarf aufzeigen.



Auftakt

Das Projekt „Befragung der Generation 60 Plus“ im Landkreis Hof soll nur den Auftakt einer erfolgreichen Zusammenarbeit von kommunalen Senioren- und Behindertenbeauftragten im ländlichen Raum bilden. Auf dem Weg zur „Heimat für alle“ sind bereits Fortsetzungsprojekte geplant: Aktuell wird im Rahmen eines gemeinsamen Arbeitsausschusses „Barrierefreie Ortsbegehung“ eine App zur Erfassung von barrierefreien Infrastrukturen erarbeitet. Diese soll künftig unter anderem auch im Rahmen von Ortsbegehungen Anwendung finden.



KONTAKT:
Elke Rebert-Friedrich
Landratsamt Hof
Telefon: 09281 57-0
landkreisentwicklung@landkreis-hof.de
www.landkreis-hof.de

Selbstbestimmt altern

Die Gemeinde Legden im westlichen Münsterland stellt sich mit dem Projekt „Älter werden im ZukunftsDORF – Leben und Lernen über Generationen“ selbstbewusst dem Thema Altern im ländlichen Raum.

[VON FRANK BRÖCKLING UND ANJA RATH]



Für viele Deutsche ist es ein Angstthema: der demografische Wandel. Seit 1972 ist die natürliche Bevölkerungsentwicklung rückläufig. Laut den Vereinten Nationen hatte Deutschland damals als erstes Land weltweit mehr Sterbefälle als Geburten zu verzeichnen. Spürbar ist dieser Trend insbesondere im ländlichen Raum. Dass Gemeinden sich auf die bevorstehenden Herausforderungen vorbereiten können, möchte Legden mit einem Vorreiterprojekt beweisen: Die Projektbeteiligten sind davon überzeugt, dass sich innovative und kreative Lösungen und Strategien zum Wohle aller finden lassen.

Neue Ansätze finden

Die Gemeinde liegt im Westmünsterland in Nordrhein-Westfalen. In ihren beiden Ortsteilen Legden und Asbeck beschäftigt man sich schon seit etwa zehn Jahren mit der demografischen Alterung. Zwar zeigt die Einwohnerzahl seit Jahren einen positiven Trend – sie ist von rund 5200 im Jahr 1975 auf die heutigen etwa 7300 gestiegen – jedoch hat sich das Durchschnittsalter in den letzten 25 Jahren von 35,3 Jahren im Jahr 1990 auf 40,9 Jahre im Jahr 2015 erhöht. Wie in vielen Dörfern wird der Anteil der Generation 65 Plus in den kommenden Jahren deutlich ansteigen. Der Bürgermeister und der Rat der Gemeinde wollen strukturwirksame Projekte umsetzen, die Antworten auf die Zukunftsfragen ländlich geprägter Räume finden. Als Grundlage erarbeitete im Jahre 2014 das Beratungsunternehmen farwick + grote für die Ortskerne Legden und Asbeck das integrierte Handlungskonzept „ZukunftsDorf Legden“.

Dazu wurden zwei Teilziele entwickelt: Legden soll zu einem „Mehrgenerationendorf“ werden und gleichzeitig als „Zukunftslabor“ agieren. Um das vorhandene kreative Potenzial für den Gesamtprozess zu nutzen, sollen möglichst alle Menschen im Dorf mitgenommen werden. Beim Mehrgenerationendorf steht der Dialog zwischen Alt und Jung im Fokus: Das menschliche Miteinander soll gefördert und besonders den jungen Menschen Zukunftssicherheit vermittelt werden. Ziel des Zukunftslabors ist es, dass alle Menschen in Legden und Asbeck so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben führen können. Dazu sollen dörfliche Kompensations- und Begleitstrategien besonders für ältere Menschen und Menschen mit Handicaps entwickelt werden. Das gemeinsame Motto ist: „Leben und Lernen über Generationen“.

Elf Module

Seitdem hat sich in Legden vieles bewegt. Es gibt konkrete regionale Bausteine, deren Inhalte von Gesundheit über Innenentwicklung und Nahmobilität bis zu Teilhabe, Wissen und Begegnung reichen. Außerdem macht das „ZukunftsDorf“ Barrierefreiheit zum Thema, denn mit der alternden Bevölkerung ändern sich die Ansprüche an die Umgebung. Viele Wohnungen und Häuser werden den zukünftigen Anforderungen nicht gerecht. Im Rahmen des Bausteins „Neue Wohnformen – Bauen im Bestand“ demonstrierte die Gemeinde 2012, wie altersgerechtes Wohnen aussehen kann. Dazu mietete sie für ein Jahr eine Wohnung, die im Zuge eines barrierefreien Neubaus durch private Investoren zur Verfügung stand, richtete sie als Musterwohnung ein und bot interessierten

- 1 Der historische Ortskern von Legden ist barrierefrei – und damit für alle Generationen begehbar.
- 2 Seit 2016 lädt der zentral gelegene Dahliengarten zum Verweilen und Begegnen ein.
- 3 In der Musterwohnung gibt es keine Stolperfallen, sondern einen Duschsitz und ein automatisch, höhenverstellbares Bett.



Besuchern Führungen an. Begleitend wurde aufgezeigt, wie eine solche Gestaltung mit ortsansässigen Handwerksbetrieben umgesetzt und wie sie finanziert und gefördert werden kann. In der Folge sind bisher drei neue barrierefreie Bauprojekte in Legden entstanden.

Beim Baustein „Barrierefreier Ortskern“ stand das sichere Erreichen aller für das tägliche Leben wichtigen Einrichtungen im Fokus. Legden profitiert aufgrund seiner kleinen Größe von kurzen Wegestrecken innerhalb des Ortszentrums. In mehreren Bauabschnitten wurde die Hauptstraße im Ortskern erneuert und zu einem Platz mit nutzerge- rechten Flächen für alle Verkehrsteilnehmer umgestaltet. Sie bieten Fußgängern einen geschützten Bereich, geben Orientierungsmöglichkeiten und gewährleisten Querungssicherheit für alle Altersklassen.

Parallel dazu stellte sich der Bürgerbus Heek-Legden e.V. gemeinsam mit dem Kreis Borken und der „Regionalverkehr Münsterland GmbH“ die Frage: „Wie komme ich zum barrierefreien Ortskern?“ Inzwischen bietet der Verein, der bereits den Bürgerbus in der Region betreibt, ein „BürgerAuto“ an: ein Elektro-Auto, das bei Bedarf angefordert werden kann. Auch das Modul „Innen leben – Neue Qualitäten entwickeln“ beschäftigt sich mit der Strukturentwicklung – konkret einem interkommunalen Flächenmanagement. Als Grundlage identifizierte ein beauftragtes Planungsbüro die Potenziale für die Innenentwicklung. Es kam zu dem Ergebnis, dass in Legden etwa 75 Hektar im Innenbereich bebaut werden können. Um zu sondieren, inwieweit

sich diese Potenziale nutzen lassen, wurden die Eigentümer befragt. Die Ergebnisse sind auf der Website des Projekts einsehbar.

Viele arbeiten mit

Überhaupt setzt das Zukunftsdorf auf Transparenz. Der wesentliche Erfolgsfaktor ist, die Bürger vor Ort zu beteiligen. Für jedes Modul werden konkrete Ansprechpartner benannt, die sich im Rahmen des Vorhabens vernetzt haben. So finden sich zu jedem Baustein Kontaktmöglichkeiten: zur Gemeinde, aber auch zum Bürgerbus-Verein, der Gemeinschaft Behinderter und ihrer Freunde Legden-Asbeck („Integration älterer Menschen mit Handicap“), der St. Franziskus Hospizbewegung („Der Friedhof, Ort der Erinnerung und Begegnung“) und einer Hausärztin („Gesund älter werden“ sowie „Telemedizin“).

Welche Wünsche oder Ziele Legden konkretisieren will, um im Zukunftsdorf ein selbstbestimmtes Altern zu ermöglichen, darüber sprechen möglichst viele. Bürger, Unternehmen, Vereine, Hochschulen, Ärzte, Kirche und Kommunen kommen bei Workshops, Arbeitskreisen und Sitzungen zusammen oder tauschen sich in informellen Gesprächen aus. So nahm der barrierefreie Ortskern im Rahmen einer Planungswerkstatt mit drei externen Büros und vielen Bürgern Gestalt an.

Sobald konkrete Projekte gefunden sind, müssen sie natürlich auch geplant, der Zeitrahmen, die Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten konkretisiert und die Mitarbeit von Ehrenamt, aber auch die Instandhaltung nach der Umsetzung benannt werden.

Gute Voraussetzungen

Zwei Aspekte waren für den Gesamtprozess hilfreich. Zum einen gehört die Gemeinde seit 2010 der LEADER-Region Kulturlandschaft Ahaus – Heek – Legden (AHL) an. Die drei Kommunen verfügen damit über ein Budget, mit dem sie innovative Projekte unterstützen können. Unter anderem konnte eine Projektkoordinatorin mit LEADER-Unterstützung eingestellt werden, die den Prozess in der Startphase begleitete. Der zweite Aspekt ist, dass Legden im Gebiet der Regionale 2016 „ZukunftSLAND verbindet“ liegt, – die Regionale ist ein Strukturförderprogramm in Nordrhein-Westfalen – da lag der Projektname „ZukunftSDORF“ auf der Hand. Also arbeiten LEADER- und Regionale-Akteure nun gemeinsam. Dabei ist die Stärkung des Gemeinschaftsgefühls eine ebenso wichtige Errungenschaft, wie die erhöhte Lebensqualität im Dorf. Zudem konnte das Vorhaben weitere Unterstützung gewinnen, beispielsweise Gelder aus der Städtebauförderung des Landes.

Viel erreicht – bitte nachmachen

Legden sieht sich auf dem richtigen Weg, um zukünftige gesellschaftliche Herausforderungen zu meistern. Dafür war es wichtig, sich dieses Themas offensiv anzunehmen und zusammen mit den Bürgern Ideen umzusetzen. In Legden hat „Ärmel aufkrempeln und anpacken“ Tradition.

Im Herbst wurde der mit LEADER-Mitteln finanzierte Dahliengarten eröffnet: ein barrierefreier, alle Sinne ansprechender Begegnungsgarten für Jung und Alt, der auf rund 4 000 Quadratmetern mit Rasenflächen, Beeten, Bänken und Bücherschrank zum Verweilen im Ortskern einlädt. Gepflegt werden die namengebenden Dahlienbeete durch ein ehrenamtliches Team.



KONTAKT:
Friedhelm Kleweken
Bürgermeister der Gemeinde Legden
Telefon: 02566 910-0
kleweken@legden.de
www.zukunftsdorf-legden.de

Nachbarschaftshilfe statt Seniorenheim

Im niedersächsischen Dorf Dötlingen sollte 2012 ein Seniorenheim gebaut werden. Die Bürger waren dagegen – sie erarbeiteten stattdessen ein Konzept, das auf Nachbarschaftshilfe setzt. [VON INA SCHÄFER]

Die Planungen des Investors, der einen Wohn- und Pflegekomplex errichten wollte, gingen den Dötlingern zu schnell. Deshalb gründeten sie eine Bürgerinitiative gegen das Vorhaben. Durch den Widerstand erkannten die Verantwortlichen im Gemeinderat und den Fachausschüssen, dass nicht unbedingt ein Seniorenheim die Lösung sein muss, wenn eine Gemeinde mit rund 6200 Einwohnern überaltert. Schließlich trat eine andere Frage in den Vordergrund: „Wie können wir unsere Gemeinde zukunftsicher für die unterschiedlichen Generationen und deren Bedürfnisse machen?“ Die Gemeindeverwaltung rief die Bürger im Auftrag des Gemeinderates deshalb zu Workshops auf, um gemeinschaftlich nach Antworten zu suchen.

Drei Säulen für unkomplizierte Hilfe

„Wohnen und Leben im Alter in der Gemeinde Dötlingen“: Zu diesem offen formulierten Thema trafen sich rund 50 Bürger, Politiker aller Fraktionen, die Verwaltung sowie Vereine und Einrichtungen, die Senioren begleiten, um herauszufinden, wie Wollen und Können unter einen Hut gebracht werden könnten. Ehrgeizig waren die Vorstellungen dieses Arbeitskreises: alle mitnehmen, die unterschiedlichen Bedürfnisse und Geldbeutel berücksichtigen und dabei das Miteinander stärken.

Unterstützt vom Institut für partizipatives Gestalten (IPG) aus Hüntlosen erarbeitete der Arbeitskreis bei regelmäßigen Treffen eine ganze Palette von Handlungsmöglichkeiten. Ein Drei-Säulen-Konzept mit den Bereichen „Nachbarschaft leben“, „Wohnen gestalten“ und „Pflege organisieren“ ist daraus

entstanden, in einem Entwicklungskonzept wurden die Aufgaben und Ziele festgehalten. Zur Umsetzung haben sich im November 2014 der Verein „wi helpt di“ und die Genossenschaft „wi helpt di – wohnen eG“ gegründet, die sich jeweils eigenverantwortlich um themenspezifische Aufgaben kümmern.

Bürger helfen den Vereinsmitglieder

Der Entstehungsprozess des Drei-Säulen-Konzepts wurde von der Gemeinde Dötlingen organisiert und finanziert. Weiterhin hat die Gemeinde zum 1. März 2015 für die Dauer von zwei Jahren eine Halbtagskraft eingestellt, die die Koordination des Projektes übernimmt. Die Mitarbeiterin sitzt im Rathaus und ist die zentrale Anlaufstelle für ältere Bürger und deren Angehörige, sie nimmt für den Verein Anfragen und Hilfsgesuche entgegen und organisiert die Unterstützung.

Der Verein wi helpt di kümmert sich um das Handlungsfeld „Nachbarschaft leben“. Im Vordergrund stehen die unkomplizierte Hilfe im Bedarfsfall sowie die Förderung von Gemeinschaft. Voraussetzung für eine Inanspruchnahme der Leistungen ist eine Mitgliedschaft im Verein wi helpt di. Obwohl der Verein erst seit November 2014 besteht, hat er schon 165 Mitglieder. Für die Hilfeleistung zahlen die Klienten eine Aufwandsentschädigung. So wird nicht nur den Bürgern mit Unterstützungsbedarf geholfen, sondern die 19 Helfer, darunter zahlreiche Rentner, einige Berufstätige, ein Arbeitssuchender und eine Schülerin, verdienen sich etwas dazu.

Vornehmlich sind Bürger für den Verein aktiv, die kürzlich in den Ruhestand gegangen sind und nun hilfsbedürftigen Mitbür-

gern etwas von ihrer freien Zeit schenken möchten. Andere Helfer möchten ihre Einnahmesituation verbessern. Vorteil dieser ehrenamtlichen Tätigkeit ist, dass die Einsatzzeit flexibel gehandhabt werden kann. Den Klienten werden fünf Euro pro Stunde (für Spaziergänge und Unterhaltung) oder zehn Euro pro Stunde (für Unterstützung im Alltag) in Rechnung gestellt. Davon werden den Helfern vier beziehungsweise acht Euro pro Stunde ausgezahlt. Der Differenzbetrag verbleibt in der Vereinskasse, zur Deckung von Ausgaben wie Versicherungen.

Herausforderung Bürokratie

Anfang 2015 wurden zunächst die organisatorischen Grundlagen geschaffen. Dazu gehörte, Formulare vorzubereiten, beispielsweise für die Vereinbarung mit den ehrenamtlichen Mitarbeitern, ein Laptop sowie eine Software für die Verwaltung und Abrechnung der Vermittlungen anzuschaffen. Die bürokratischen Hürden stellten eine große Herausforderung für den Verein dar: etwa der Abschluss von Versicherungen und die Klärung verschiedener Rechtsfragen, beispielsweise für die Fahrdienste. Parallel dazu begannen die ersten Vermittlungen im Rahmen der Nachbarschaftshilfe.

Nach dem Rechten sehen, zum Arzt begleiten und spazierengehen

Die Einsatzgebiete der Helfer sind vielfältig: Um möglichst lange selbstständig in der eigenen Wohnung leben zu können, wird von den meisten Klienten eine Hilfe für die Bewältigung des Alltags gesucht. Dazu gehören gemeinsame Fahrten zum Einkauf, eine helfende Hand im Haushalt oder eine Begleitung zum Arzt. Im Vorder-



- 1 Die Helfer von wi helpt di sorgen mit ihrer Unterstützung dafür, dass Senioren länger zu Hause leben können: Ina Schäfer (Gemeinde Dötlingen) mit Alma Gerbers (ehrenamtliche Mitarbeiterin) und Inge Brandt (Klientin), Wiltrud Buchholz (2. Vorsitzende wi helpt di e.V.) und Heinz Brandt (Klient).
- 2 Für wi helpt di engagiert sich eine große Gruppe von Ehrenamtlern.

grund steht für den Verein, dass der Klient immer selber mit in die Tätigkeit eingebunden wird und so aktiv bleibt. Eine Vermittlung von Haushaltshilfen erfolgt daher nicht.

Ein paar Beispiele dafür, in welchen Bereichen die Helfer aktiv sind: Um ihre körperliche Fitness zu erhalten, wird eine 94-jährige Dame bei Spaziergängen begleitet. Eine andere Bürgerin freut sich, wenn sich an einem Nachmittag in der Woche eine Mitarbeiterin von wi helpt di um ihre demente Mutter kümmert, indem sie bei Kaffee und Kuchen für ein Gespräch da ist. Es wenden sich auch Angehörige an die Anlaufstelle im Rathaus, wenn sie in den Urlaub fahren möchten. Sie wünschen sich für den im Haushalt lebenden Elternteil einen täglichen Besuchsdienst und genießen dann beruhigt die Ferien, denn sie wissen, dass einmal täglich jemand zu Hause nach dem Rechten sieht.

Neben der Vermittlung von Hilfen bietet der Verein einmal im Monat einen öffentlichen Spielenachmittag an. Weiterhin ist die Einrichtung eines Telefonkreises und einer „Dötlinger Einkaufstour“, zu der sich Interessierte anmelden können und an einem Wochentag für eine Fahrt zum Einkauf abgeholt werden, geplant.

Bisher gibt es nur positive Rückmeldungen der Projektbeteiligten. Sicherlich gibt es noch viele Bürger, die die Hilfeleistung durch den Verein in Anspruch nehmen könnten, sich jedoch scheuen, Unterstützung anzunehmen. Aus diesem Grund hat der Verein vier Informationstafeln in der Gemeinde Dötlingen installiert. Dort wird mittels Flyern und Handzetteln auf die Angebote des Vereins hingewiesen. Außerdem ist der Verein bemüht, sich bei Veranstaltungen in der Gemeinde mit einem Informationsstand vorzustellen.

Es geht weiter

Die wi helpt di – wohnen eG arbeitet derzeit an ihrem ersten Wohnprojekt, das in Dötlingen realisiert werden soll. Auf einem etwa 6700 Quadratmeter großen Grundstück sollen 13 Wohneinheiten entstehen und durch das Konzept und die Lage integrativer Teil des Dorfs werden.

Die beiden ersten Säulen des Konzepts, „Nachbarschaft leben“ und „Wohnen gestalten“, werden somit bereits konkret umgesetzt. Zum Thema „Pflege organisieren“ gibt es schon viele Ideen und die Projektgruppe hat den Flyer „Ich möchte Zuhause wohnen bleiben!“ erarbeitet. Die Kontaktdaten

professioneller Hilfsangebote, wie etwa ambulante Pflegedienste, werden bei Bedarf weitergegeben. Das Ziel ist, dass Pflegebedürftige die Gemeinde nicht mehr verlassen müssen.

So wird das Projekt wi helpt di Schritt für Schritt weiterentwickelt. Damit sich die für die verschiedenen Säulen Aktiven nicht aus den Augen verlieren, treffen sie sich einmal im Monat zu einem gemeinsamen Erfahrungsaustausch. In dieser Runde werden zudem neue Ideen entwickelt und auf den Weg gebracht. Hilfreich für das Projekt ist auch, dass die Politiker der Gemeinde Dötlingen die dauerhafte Besetzung einer Stelle für den Aufgabenbereich „Demografischer Wandel“ beschlossen haben.



KONTAKT:
Ina Schäfer
wi helpt di und
Gemeinde Dötlingen
Telefon: 04432 950141
info@wi-helpt-di.de
www.wi-helpt-di.de



Die sogenannten Gastgeberinnen engagieren sich im Mehrgenerationenhaus Radebeul und geben dem Haus dadurch ein Gesicht.

Wertschätzen

Ältere Menschen treffen sich gerne miteinander. Viele engagieren sich auch für andere, beispielsweise in einem Mehrgenerationenhaus oder indem sie Familien unterstützen. Allerdings muss der Rahmen stimmen, wie ein Beispiel aus Sachsen zeigt. [VON ANJA RATH]

Dass Oma und Opa vor Ort sind und sich um ihre Enkel kümmern können, ist nicht mehr selbstverständlich. Manche Familien suchen deshalb händeringend nach Unterstützung. So auch eine Familie aus Radebeul: Die Eltern, beide Musiker, benötigten außerhalb der Schulzeiten eine Betreuung für ihre vier Kinder. „Ich habe im Lauf der Jahre einen massiven Bedarf bei den Familien festgestellt“, sagt Maria Berg-Holldack von der Familieninitiative Radebeul in der gleichnamigen Kreisstadt in Sachsen, die seit 1994 ein Familienzentrum betreibt. Es ist eines von bundesweit rund 450 zertifizierten Mehrgenerationenhäusern (MGH). Die Familieninitiative hat 2011 das landesweite Pilotprojekt „Familien profitieren von Generationen“ initiiert. Insgesamt 16 MGH nahmen von 2012 bis 2014 daran teil: In Radebeul wurde das Projekt „Zeitgeschenk(t)“ gestartet. Dabei haben ehrenamtlich tätige Paten die Familien unterstützt.

Anspruchsvoll und anstrengend

Tatsächlich fand sich für die sechsköpfige Musikerfamilie 2012 eine Patin: die damals 59-jährige Ursula Meier*, die am Wochenende als Altenpflegerin arbeitet. Ein Motiv, Patin zu werden, war die im Rahmen des Projekts angebotene Aufwandsentschädigung. „Hierzulande sind viele Frauen im Vorruhestand darauf angewiesen,

Geld zu verdienen“, sagt Berg-Holldack. An mehreren Tagen in der Woche begleitete Ursula Meier die schulpflichtigen Kinder am frühen Morgen – und kam dann für mehrere Stunden am Nachmittag nochmals, manchmal bis in den Abend hinein. Solch eine Betreuung brauchen viele Familien, aber die zerstückelten Arbeitszeiten sind unattraktiv. Ursula Meier kombiniert ihre Patenaufgaben mit anderen Terminen.

Die Familie und ihre Unterstützerin haben die Patenschaft nach dem Ende des Pilotprojekts zu einem Dienstleistungsverhältnis weiterentwickelt. „Die Familie wollte ihre Patin behalten. Sie kannte die Kinder und wusste, wie das Miteinander funktioniert“, so Berg-Holldack.

Sich einfinden zu können und eigene Erfahrungen einzubringen ohne zu bevormunden, das macht einen guten Paten aus. Deshalb gehörten auch Schulungen zum Projekt der Familieninitiative: neben einem Erste-Hilfe-Kurs vor allem im Bereich Kommunikation. „Patin sein, heißt, sich auch ein Stück zurückzunehmen“, sagt Maria Berg-Holldack. „Mit Kindern zu arbeiten, kann zudem nervenaufreibend sein und fordert eine hohe Flexibilität. Sich in eine Familie einzuleben und einzufühlen, das liegt nicht jedem.“

Auch der zweiten Patin aus dem Projekt der Familieninitiative lag es: Sie wurde die Zeitgeschenk(t)-Patin einer vierköpfigen Familie und ermöglichte den ganzwöchig in der familieneigenen Reinigung eingebundenen Eltern einmal pro Woche eine Auszeit. Das Verhältnis beschreibt Maria Berg-Holldack als sehr herzlich. Dennoch lief die Patenschaft mit dem Ende des Projekts aus. Vielleicht spielte das Finanzielle eine Rolle; vielleicht aber auch einfach sich verändernde Lebensumstände bei der Seniorin.

Zeitlich begrenzt und planbar

Viele Ältere, die das Mehrgenerationenhaus in Radebeul nutzen, wollen keine zeitintensive und verbindliche Verpflichtung eingehen, insbesondere nicht nach einem langen Berufsleben. „Sie kümmern sich – endlich einmal – um sich, pflegen ihre Kontakte und treiben Sport“, sagt Maria Berg-Holldack. Aber sie backen Kuchen für das Familienzentrum und sind bei Veranstaltungen und Festivitäten aktiv. So etwas ist zeitlich begrenzt und planbar – und vor allem Frauensache: Es bleibt eine stete Herausforderung, die Männer für das Familienzentrum zu interessieren. In den Kursen vergrößert sich mittlerweile der Anteil junger Väter und Männer kommen auch zu Themenabenden und Beratungen. Die größte Gruppe zieht allerdings vor allem eines regelmäßig ins MGH: „Ich sage nur: Skat! Jeden Montag kloppen es 15 bis 20 ältere Herren im Café, da brechen die Tische“, so Berg-Holldack lachend.

Um einem Missverständnis vorzubeugen: In einem Mehrgenerationenhaus aus dem Bundesprogramm wohnt niemand. Es ist vielmehr ein Ort, der Angebote zusammenführt, die anderenorts jeweils einzeln von Kindergärten, Jugendclubs oder Senioreneinrichtungen angeboten werden: von Klöppelrunden über den Alleinerziehendentreff, Ferienprogramme, Sport und Bewegungsangebote bis zu Spielkreisen und Krabbelgruppen. Dreh- und Angelpunkt des Bundesprogramms „Mehrgenerationenhäuser“ ist der „Offene Treff“. Im Familienzentrum in Radebeul ist dies die „Café-Stube“ mit einem sogenannten Gastgeber. Zu den meisten Zeiten ist es eine Gastgeberin: Aktuell sind 13 Damen aktiv, fast alle über 50 Jahre alt, die beiden ältesten sind 75. Sie geben Auskunft über die Kurse und die richtigen Ansprechpartner – und dem Haus ein Gesicht.

„Für einige Aktive, insbesondere aus den alten Bundesländern, ist es selbstverständlich, durch ehrenamtliche Aktivitäten etwas zurückzugeben und sinnvoll tätig zu sein“, sagt Maria Berg-Holldack. Andere müssen dazuverdienen, weil die Rente nicht reicht; die Familieninitiative zahlt ihnen eine Aufwandsentschädigung von vier Euro pro Stunde. Dass einigen zuhause die Decke auf dem Kopf fällt und die Kinder weit entfernt wohnen, sind weitere Motive. Und: sich mit Gleichaltrigen und Gleichgesinnten zu treffen. Die Gruppe der Gastgeberinnen veranstaltet Team-Events und nimmt an Fortbildungen teil. Einige von ihnen sind einmal in der Woche im MGH, andere öfter. Dabei agieren sie selbstständig, erstellen den gemeinsamen Dienstplan und gestalten die Café-Stube mit. Fast alle identifizieren sich mit dem

MGH und für viele ist es ein Anlaufpunkt. „Hier fühlen sie sich gebraucht“, so Berg-Holldack. „Sie haben einen Rhythmus und das Gefühl, einer Arbeit nachzugehen, deren Zeitaufwand sie selbst bestimmen können.“

Etwa 250 bis 300 Besucher kommen in der Woche ins Mehrgenerationenhaus in Radebeul. In der Café-Stube gibt es ein Familienfrühstück sowie ein Mittagessen, das das Familienzentrum zudem als Essen auf Rädern anbietet. Es lockt auch viele Arbeitnehmer aus den umliegenden Geschäften und Büros ins Haus. „Einige Gastgeberinnen agieren gelassen und souverän, andere werden angesichts des Trubels auch schon einmal hektisch“, sagt Maria Berg-Holldack.

Zuhören und loben

Eine der wichtigsten Aufgaben in der Zusammenarbeit mit Familien sei es, zuzuhören, sagt Maria Berg-Holldack. Das ist auf den Umgang mit den aktiven Senioren übertragbar. „Es war und ist eine meiner Hauptaufgaben, die Aktiven wertzuschätzen und immer wieder deutlich zu machen, wie wichtig ihr Engagement im Haus ist.“ Dazu gehören Geburtstagsständchen und Weihnachtsfeiern, aber auch, die Menschen nach ihrer Meinung zu fragen und die Anregungen umzusetzen. Für die hauptamtlichen Mitarbeiter des Familienzentrums gelten die Gastgeberinnen als Expertinnen des „Offenen Treffs“. Zum Selbstverständnis des Hauses gehört zudem, für sämtliche Belange der Aktiven und der Besucher offen zu sein. Neben selbst konzipierten Angeboten bietet die Einrichtung beispielsweise wegen vieler Anfragen nun auch eine Rentenberatung an. „Der Vorteil ist, dass wir ein Multiprojekt-Haus sind – von Angeboten für Familien in besonderen Lebenslagen über die Tagesmüttervermittlung bis zu Demenzhilfe. Einer kennt immer jemanden, der weiterhelfen kann“, sagt Berg-Holldack. Und viele verschiedene Ansprechpartner sind gleich vor Ort. So berät das MGH Menschen mit Demenz und deren Angehörige und bietet Gesprächskreise. Und es bildet ehrenamtliche Seniorenbegleiter, insbesondere Menschen ab 50 Jahren, aus: Sie erhalten eine Aufwandsentschädigung von zehn Euro je Stunde.

SERVICE:

Zum Weiterlesen

Das umfangreiche Handbuch zum Pilotprojekt „Familien profitieren von Generationen“ gibt es online unter: www.familien-profitieren-von-generationen.de



KONTAKT:

Maria Berg-Holldack
Familieninitiative Radebeul
Telefon: 0351 83973-22
mbh@familieninitiative.de
www.familieninitiative.de

*Name von der Redaktion geändert

Sich helfen lassen



Altersarmut ist eine besondere Form von Armut. Während jüngere Menschen über die Perspektive verfügen, sich aus einer Einkommensarmut herauszuarbeiten, verharren davon betroffene ältere Menschen und Rentner meist dauerhaft in ihrer prekären Situation. Wie kann man sie unterstützen?

Debrah Nesper leitet die Tafel St. Vitus in der Verwaltungsgemeinschaft Burgebrach im Landkreis Bamberg.

”

Viele haben das Gefühl, durch Armut ein großes Stück ihrer Würde zu verlieren.“

Frau Nesper, was bedeutet es, im Alter in Armut zu leben?

Rentner, die in Armut leben, sind total eingeschränkt, manche können sich kein Auto oder keinen Sprit mehr leisten. Vor allem haben sie das Gefühl, durch die Armut ein sehr großes Stück ihrer Würde zu verlieren. Von Rentnern, die zur Tafel kommen, höre ich oft: „Ich habe das ganze Leben gearbeitet, meine Steuern gezahlt und dann reicht's im Alter nicht. Ich hab' zum Leben zu wenig Geld, zum Sterben zu viel.“ Hilfe, wie von den Tafeln, anzunehmen, ist für viele ein wahnsinnig großer Schritt. Denn wenn sie sich bei uns für Lebensmittel anstellen, gehören sie für Vorbeikommende zur Gruppe der Harz-IV-Empfänger, die in unserer Gesellschaft oft als Schmarotzer bezeichnet werden. So gesehen zu werden, ist für viele, die ein Leben lang gearbeitet haben, das Allerschlimmste.

Offensichtlich bedürftigen Menschen, etwa Obdachlosen, begegnet man auf dem Land eher selten. Bleibt Armut in ländlichen Regionen oft versteckt und unentdeckt?
Ja und nein. Die Menschen schämen sich. Anderen die eigene Hilfsbe-

dürftigkeit zu gestehen, ist für sie sehr schwierig. Da muss schon sehr viel Vertrauen da sein. Von sich aus geben die meisten nicht zu, dass sie Unterstützung benötigen. Oft höre ich erst im Gespräch heraus, dass jemand kaum über die Runden kommt. Der familiäre Zusammenhalt und Nachbarschaftshilfe sind aber auf dem Land immer noch ausgeprägter als in der Stadt. Es sind meist Nachbarn, Bekannte oder die Familie vor Ort, die von der Lage erfahren haben und zusehen, dass der Betroffene nicht in die Obdachlosigkeit fällt. Die Gemeinden selbst wissen allerdings überhaupt nicht mehr, wer und wie viele Rentner im Ort eine Grund-sicherung erhalten, sie haben nur die Zahlen für die Erwerbsgemin-derten. Früher wurde die Sozialhilfe von der Gemeinde geregelt, jetzt läuft alles über das Jobcenter beim Landkreis. Es würde den Betroffen-en helfen, wenn das Jobcenter sie auf die Tafel hinweist.

Wie sprechen Sie von Armut betroffene ältere Menschen an?

Bei uns im Landkreis erscheint jede Woche ein Mitteilungsblatt und da steht drin, dass es in Burgebrach eine Tafel gibt, welche Öffnungszeiten wir haben und welche Unterlagen die Kunden mitbringen müssen. Auch durch Mundpropaganda erfahren die Menschen von uns oder vom Seniorenbeauftragten

der Gemeinde – sofern er um die Finanzlage seines Kunden weiß. Eine Anzeige in der Tageszeitung nützt wenig, weil die Zeitung als erstes gekündigt wird, wenn die Leute kein Geld mehr übrig haben. Wenn ein Bedürftiger von der Tafel weiß, heißt das aber noch lange nicht, dass er sich durchringen kann, bei mir anzurufen. Wenn es soweit ist, stockt am Telefon oft die Stimme oder es fließen Tränen. Es fällt den Rentnern wahnsinnig schwer, zur Tafel zu gehen.

Was können Kommunen tun, damit Altersarmut kein Tabuthema bleibt?

Sie können ein Bewusstsein für Armut schaffen und helfen, das Klischee des Schmarotzers abzubauen. Bei der Tafel mache ich viele Projekte mit Achtklässlern und Firmlingen, die kommen, um zu sehen, wie das hier abläuft. Sie helfen morgens beim Sortieren der Lebensmittel und nachmittags bei der Ausgabe. Manche sammeln dann später Lebensmittel für uns, das ist ein großer Erfolg. Mir geht es darum, dass ich die Jungen zum Umdenken bewege und ihnen vor Augen halte, dass Armut auch sie treffen kann, ob nun als Aufstocker, Harz-IV-Empfänger oder Rentner in Altersarmut.

Frau Nesper, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Isabella Mahler.

Foto: privat

Ein Ansprechpartner
für jeden Teilnehmer:
Die Eins-zu-Eins-Betreuung
ist ein wichtiger
Erfolgsfaktor für HICS.



Neue digitale Welt

In der osthessischen Gemeinde Hauneck lernen Senioren den Umgang mit dem Internet und digitalen Geräten. Sie können dadurch einfacher mit der Familie kommunizieren – und womöglich eines Tages im Bedarfsfall digitale Assistenzsysteme nutzen.

[VON FRANK SCHEERER, HARALD PRESSMANN UND SIGRID WETTERAU]

Wie geht das mit der SMS? Welche Taste muss ich drücken? Fragen, die Frank Scheerer und seine Kollegen öfter hören. Der Diplom-Psychologe in Rente und vier weitere Ehrenamtliche betreuen das Haunecker Internet Café für Senioren (HICS), das im Sommer 2015 gegründet wurde. Das Café ist ein kostenloses Angebot für Senioren, um den Umgang mit Tablet, Notebook, Digicam und Handy zu erlernen. Am Dienstag- und Mittwochvormittag öffnet es im Schulungsraum der Gemeinde für jeweils eine Stunde. Bis zu fünf Senioren können an den vorhandenen Geräten oder am eigenen Notebook, Smartphone oder Tablet üben, wie sie eine Mailadresse einrichten, eine App installieren oder Fotos von der Kamera auf den Laptop laden und bearbeiten. Für individuelle Anforderungen, etwa bei Handtremor eines Teilnehmers, werden Lösungen wie die Spracheingabe statt Maus vorgestellt. Bei Sehschwäche lernen die Teilnehmer, wie sie die Bildschirmanzeige vergrößern.

Erfolgsfaktoren „Eins-zu-Eins-Betreuung“ und „sich kennenlernen“

Mehr als 50 Senioren haben das HICS bisher besucht, die Nachfrage ist groß, auch aus der Region. „Einer unserer Erfolgsfaktoren ist die Eins-zu-Eins-Betreuung, also die persönliche Betreuung für jeden Teilnehmer“, sagt Frank Scheerer. Einige Senioren kommen nur einmal, dann ist eine ihnen wichtige Frage beantwortet, andere sind regelmäßig dabei. Ein weiterer Erfolgsfaktor ist, dass die Teilnehmer im Kurs neue Freundschaften schließen.

Digital am Ball bleiben

Die Gemeinde will den Senioren durch HICS die Teilhabe am täglichen Leben und die Kommunikation mit der Familie, die teils weit weg wohnt, über neue Medien ermöglichen. „Ich habe heute mit meiner Enkelin am Bodensee geskyped, das machen wir jetzt jeden Sonntag“, sagt die 75 Jahre alte Annemarie. Auch kann mit den Schulungen Neugier geweckt werden. „Ich möchte den Durchblick behalten und sehen, was die Jugend so im Internet macht“, sagt Harald (72). Für die Freizeitgestaltung der Senioren spielt das Internet eine ebenso wichtige Rolle, denn dort können sie nach Angeboten recherchieren. Für Annemarie und Harald ist es außerdem eine große Motivation, die Koordination der Sinne zu trainieren, um sich ihre mentale Gesundheit zu erhalten. „Ich will mich geistig nicht zur Ruhe setzen“, sagt Annemarie.

Den Organisatoren ist zudem wichtig, dass die Senioren so gut mit dem Internet umgehen können, dass sie im Bedarfsfall digital mit Arzt und Apotheke oder der Seniorenbetreuung kommunizieren und auch altersgerechte Hilfesysteme nutzen können, die auf digitale Kommunikation ausgelegt sind. An dieser Stelle setzt das Projekt „Zuhause gut vernetzt – altersgerechte Assistenz- und Kommunikationssysteme“ an, das zurzeit in der Region Hersfeld-Rotenburg entwickelt wird. Eine regionale Infoplattform soll dazu aufgebaut werden – die HICS-Senioren könnten dabei als Vorreiter mitmachen.

Starthilfe mit LEADER-Mitteln

Für die technische Einrichtung des Cafés mit EDV-Hardware, Tischen und Stühlen hat die Gemeinde Hauneck eine Förderung aus LEADER-Mitteln in Höhe von knapp 11000 Euro erhalten. Zusätzlich hat die Gemeinde selbst über 6000 Euro in HICS investiert und trägt die laufenden Projektkosten. Die gute Versorgung älterer Menschen im eigenen Zuhause ist Schwerpunkt der regionalen Entwicklungsstrategie der LEADER-Region Hersfeld-Rotenburg, in der die Gemeinde Hauneck liegt – rund ein Viertel der 3200 Haunecker sind über 65 Jahre alt.



KONTAKT:
Harald Preßmann
Gemeinde Hauneck
Telefon: 06621 5060-0
gemeinde@hauneck.de
Frank Scheerer
Haunecker Internet Café
für Senioren (HICS)
hics2015@web.de

Nicht allein

Ältere alleinstehende Menschen, die nach einem Krankenhausaufenthalt nach Hause kommen, benötigen oft Hilfe dabei, wieder selbstständig zu leben. Es gilt, Begleiter zu finden, die unterstützen können – und akzeptiert werden.



Hildegard Marx ist Krankenhausoberin im Marienkrankenhaus St. Wendel im Saarland. Es setzte im Rahmen eines Forschungsprojekts ein Patienten-Paten-Projekt um und führt den Ansatz nun, unterstützt durch das Programm Land(auf)Schwung, mit einem eigenen Projekt und einem Netzwerk von regionalen Partnern fort. www.wfg-wnd.de/projekte/landaufschwung/startprojekte.html

Patenschaft zu überzeugen. Viele haben argumentiert, ihr Angehöriger bräuchte das doch eigentlich gar nicht. Dabei waren die meisten Patienten froh und haben es bedauert, wenn die Begleitung zu Ende ging. Die Paten haben ihnen Sicherheit vermittelt und Hilfestellungen gegeben, sie zum Beispiel bei einem Arztbesuch begleitet oder beim Einkaufen unterstützt. Die begleiteten Patienten sind in ihrem Alltag sicherer geworden und haben teilweise wieder Kontakt zu ihrem Umfeld bekommen.

Deshalb haben Sie im Sommer 2016 das Projekt „Paten mit Herz“ gestartet.

Wir steuern das Projekt in Zusammenarbeit mit dem Landkreis. Es hat zwei Säulen: Die eine ist die Patientenbegleitung nach einem Krankenhausaufenthalt. Die andere ist, Senioren in den Gemeinden zu begleiten. Sie kennen ihre Paten in der Regel, da diese vor Ort ansässig sind. Wir bezahlen eine monatliche Aufwandsentschädigung und erstatten Fahrtkosten. Es machen viele regionale Partner mit – die wichtigsten sind der Pflegestützpunkt des Landkreises sowie die Ortsvorsteher in den Gemeinden. Außerdem wollen wir die Hausärzte vor Ort einbinden, damit sie bei ihren Patienten den Bedarf erkennen und eine Begleitung vermitteln können.

Können sich die Paten auch präventiv einbringen?

Die Paten geben keinen medizinischen Rat, aber sie können auf Gefahren hinweisen, beispielsweise die bei Senioren beliebte Stolperfalle Teppich. Indem sie die Senioren zum Spaziergehen ermutigen, steigern sie deren Mobilität. Außerdem können sie Themen, wie die Patientenverfügung, zur Sprache bringen oder ob es sinnvoll ist, eine Betreuung einzuleiten. Dazu beraten die Paten nicht selbst, aber sie stellen auf Wunsch eine Verbindung zu geeigneten Stellen her. Im Moment schulen wir unsere zukünftigen Paten für ihre zukünftigen Aufgaben durch eine Mitarbeiterin der Hochschule für Wirtschaft und Technik des Saarlandes. Dabei vermitteln wir, was zu beachten ist und trainieren Kompetenzen, vor allem in der Kommunikation.

Frau Marx, vielen Dank für das Gespräch.
Das Interview führte Anja Rath.

Frau Marx, finden sich ältere Menschen nach einer Erkrankung schwerer allein zurecht als jüngere?

Ältere Menschen kommen oft nach einem Akutereignis ins Krankenhaus. Danach kann sich der Hilfebedarf bei alltäglichen Dingen erhöhen. Damit verbundene Sorgen und Nöte können viele nicht alleine bewältigen. Jüngere Menschen lösen mögliche Probleme nach einem Krankenhausaufenthalt hingegen in der Regel selbstständig. Wir stellen fest, dass immer mehr ältere Menschen alleine leben und Familienangehörige weit weg sind. Wenn sie dann keine direkte Hilfe vor Ort haben, sich möglicherweise zudem einsam fühlen, verstärkt das das Gefühl von Angst und Unsicherheit. Dabei genügt es oft schon, wenn jemand da ist, der zuhört.

Das Marienkrankenhaus hat am Forschungsprojekt „Poststationäre Laienunterstützung für Patienten“ teilgenommen und Paten vermittelt. Wie kamen sie an?

Wir hatten einen Pool von sieben, acht ehrenamtlich aktiven Paten, die Patienten nach einem stationären Aufenthalt jeweils drei Monate lang begleitet haben. Wir haben unsere Paten offiziell vorgestellt und damit deutlich gemacht, dass wir sie persönlich kennen. Bei vielen Senioren gab es dennoch eine Hemmschwelle, einen Fremden in ihre Wohnung zu lassen. Bei manchen ist die Patenschaft daran gescheitert. Die Patienten, die sich dafür öffnen konnten, waren unendlich dankbar. Der Pate war oft ihr einziger Kontakt nach dem stationären Aufenthalt und die einzige Möglichkeit, sich auszutauschen und Ängste zu artikulieren. Besonders schwierig war es übrigens, die Angehörigen von einer

„
Es genügt oft schon, wenn jemand da ist, der zuhört.“

Per App bei Tante Emma einkaufen

Das Projekt „Dorfgemeinschaft 2.0“ erforscht und entwickelt innovative Lösungsansätze für die Versorgung Älterer. Vernetzte altersgerechte Assistenzsysteme spielen dabei die Hauptrolle. [VON FRIEDHILD FÜSER]



Hier wird der neue Dorfladen eingerichtet – und dann in das virtuelle Dorfgemeinschaftsnetz eingebunden.

Ludwig M. ist 78 Jahre alt und Witwer. Er lebt allein in seinem Einfamilienhaus in einem Dorf auf dem Land. Eines Morgens stürzt er eine Treppe herunter: Komplizierte Knochenbrüche erfordern einige Wochen stationäre Behandlungen. Schon während dieser Zeit wird deutlich, dass seine Wohnsituation nicht bedarfsgerecht ist und Autofahren nicht mehr möglich sein wird. Ludwig M. macht sich große Sorgen: Wie soll er seine Versorgung in Zukunft sicherstellen?

Technische Unterstützung

Diese fiktive Szene ist durchaus charakteristisch für die Versorgungssituation der älteren Generation in ländlichen Regionen. Das Projekt Dorfgemeinschaft 2.0 erforscht deshalb von 2015 bis 2020 die besonderen Lebensumstände im Nordwesten der Republik, in der ländlichen Region Grafschaft Bentheim und dem südlichen Emsland. Ziel dabei ist, bedarfsgerechte technische, digitale und persönliche Lösungen zu entwickeln. Diese Ansätze umfassen neben dem Bereich „Versorgung“ auch die Bereiche „Gesundheit und Pflege“, „Wohnen“ und „Mobilität“. Die Schwerpunkte liegen auf innovativen Ansätzen aus der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) und auf dem Feld der altersgerechten Assistenzsysteme (AAL). Darunter versteht man Methoden und Konzepte, die körperlich und geistig beeinträchtigte Menschen in ihrem alltäglichen Leben unterstützen.

Die Dorfgemeinschaft 2.0 betrachtet im Teilprojekt „Dorfladen und Genossenschaft“ den Bereich „Versorgung“. So drohte in der 600-Seelen-Gemeinde Ohne mittel-fristig der Dorfladen zu schließen, die nächste Einkaufsmöglichkeit befindet sich in acht Kilometern Entfernung. Um die Versorgung auch für wenig mobile Menschen zu sichern, hat die Gemeinde Ohne einen geeigneten Gebäudekomplex für einen neuen Laden gekauft. Dass die Ohner daran großes Interesse haben, zeigte sich bei zwei Bürgerinformationsveranstaltungen 2016. An der darauffolgenden Befragung nahmen 56 Prozent teil. Das die Umfrage leitende Team von Prof. Frank Teuteberg, Universität Osnabrück, Fachgebiet Unternehmensrechnung und Wirtschaftsinformatik, fragte dabei auch, inwieweit technische und digitale Angebote beim Einkauf gewünscht werden.

Altes Thema, neuer Weg

Die Auswertung wird in Kürze veröffentlicht. Die Akteure vor Ort wollen darauf aufbauend, zusammen mit dem Team der Dorfgemeinschaft 2.0, die Dorfladenerneuerung mit innovativen digitalen Aspekten verbinden: Sie denken dabei an Online-Bestellungen im Dorfladen, Buchungen von Einkaufsfahrdiensten, Lieferdiensten oder sonstigen Dienstleistungen wie Besuchen von Friseuren und Fußpflegern per App. Ähnliche Gedanken macht sich die Dorfgemeinschaft 2.0 auch für die anderen Bereiche: Der Plan ist, wichtige Dienste für Ältere über ein virtuelles Dorfgemeinschaftszentrum zu koordinieren. Vielleicht erinnert dann das Smartphone an den nächsten Arzttermin?

Eine Vision? Noch!

Ludwig M. lebt 83-jährig gut versorgt im vertrauten Umfeld. Sein Wohnhaus ist mit AAL-Systemen zur Verbesserung des Wohnkomforts und seiner persönlichen Sicherheit ausgestattet. Er nutzt die übersichtlich gestalteten bedarfsgerechten Angebote des virtuellen Dorfmarktplatzes der Dorfgemeinschaft 2.0. Über ein marktübliches Tablet kann er schnell und unkompliziert Einkäufe im Tante-Emma-Laden und Fahrdienste organisieren, engen Kontakt mit Familie und Freunden halten und im Notfall schnelle Hilfe anfordern.

SERVICE:

Ein Kurzfilm macht die Zukunftsvision der Dorfgemeinschaft anschaulich: www.projekt.dorfgemeinschaft20.de



KONTAKT:

Thomas Nerlinger
Projektleiter Dorfgemeinschaft 2.0
Telefon 05921-841011
info@dorfgemeinschaft20.de
www.dorfgemeinschaft20.de



Effizienter bewässern

Demonstrationsbetriebe erproben technische Neuerungen für Freilandgemüse – und geben ihre Erfahrungen weiter.

[VON BERNHARD GROSS]

Andreas Ewald ist Gemüsebauer in Trebur im Hessischen Ried, bis nach Mainz, Frankfurt und Wiesbaden sind es etwa 20 bis 30 Kilometer. Auf rund 75 Hektar baut er vor allem Salat, Kohlrabi und Möhren an – sowie Zucchini. Bis 2013 arbeitete er mit einer veralteten Bewässerungstechnik, die sich zunehmend negativ auf seine Produktion auswirkte: Neben der Zerstörung der Bodenstruktur stieg durch die hohe Feuchtigkeit nach Überkopfberegnung der Unkraut- und Krankheitsdruck in so großem Maße, dass die Marktfähigkeit und Qualität der Ernte darunter litten. Deshalb bewarb er sich als „Demonstrationsbetrieb zur Effizienzsteigerung der Bewässerungstechnik und des Bewässerungsmanagements im Freilandgemüsebau“.

Innovativ werden

Das vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) geförderte Vorhaben will durch eine optimal eingesetzte Bewässerung hohe Erträge und gute Qualität

beim Freilandgemüse sichern. Außerdem soll der Einsatz von Ressourcen, also Wasser, Energie und Arbeit, effizienter werden und dabei der Umwelt- und Wasserschutz gewährleistet sein.

Die ausgewählten Demonstrationsbetriebe werden von 2012 bis 2016 mit neuen Bewässerungstechniken und Sensoren ausgestattet; die Bewässerungsgaben nach objektiven Kriterien, beispielsweise der klimatischen Wasserbilanz, gesteuert. Bundesmittel deckten einen Teil der Ausgaben ab, den größeren Teil steuern die Betriebe selbst bei und bringen damit ihr Interesse zum Ausdruck, neue innovative Wege zu beschreiten.

Neues Konzept greift

Für den Demonstrationsbetrieb von Andreas Ewald wurde ein Konzept zur Installation einer modernen und effizienten Bewässerung erstellt. Ewald stellte dafür das Anbauverfahren von seinen Zucchini um: von

einer Erzeugung im unbedeckten Boden auf die Produktion auf biologisch abbaubarer Mulchfolie. Die veralteten Kreisregner wurden ausgesondert und dafür eine Tropfbewässerungsanlage installiert. Darüber wird nun auch Flüssigdünger eingespeist. Um den Bewässerungserfolg zu kontrollieren und den Bedarf der Bewässerungsgaben einschätzen zu können, wurde die Anlage mit einem Tensiometersystem versehen, das kontinuierlich die Bodenfeuchtigkeit misst. Eine Schaltbox schickt Andreas Ewald nun in von ihm individuell eingestellten Intervallen eine Mail mit aktuellen Daten. Dadurch kann er seine Anlage online überwachen, Aussagen über den Verlauf der Bewässerungsmaßnahmen treffen und Prognosen machen. „Ich kann jetzt den Boden gut befahren ohne die Bodenstruktur zu zerstören, habe einen deutlich verringerten Unkraut- und Krankheitsdruck und spare nebenbei Wasser, Energie und Zeit“, sagt Andreas Ewald.



2

Bewässerungstechnik und Stromverbrauch gehen immer Hand in Hand. Deshalb machte die alte dreistufige und unregelmäßige Unterwasserpumpe einer neuen frequenz-gesteuerten mit Zeitschaltuhr Platz: Bewässert wird jetzt zeit- und bedarfs-gerecht. „Mit dem neuen Pumpenkonzept stimmt endlich auch der Stromverbrauch“, so Ewald. Die alte Pumpe hat nach ersten Schätzungen etwa 60 Prozent zu viel Energie verbraucht. Die Gründe lagen in der falschen Dimensionierung, einem ineffizienten Antriebsmotor und dem altersbedingten Verschleiß. Die neue Pumpentechnik hat rund 34 000 Euro gekostet – die Umstellung insgesamt rund 62 000 Euro. Etwa 24 000 Euro davon hat Andreas Ewald aus Eigenmitteln finanziert.

Tropfbewässerung: ein nachhaltiges Bewässerungsverfahren?

Ein weiterer Demonstrationsbetrieb aus der Region ist der von Peter Ludwig in Griesheim. Er bewirtschaftet rund 30 Hektar mit Salat, Kohl und Kräutern – im Rahmen des Modellvorhabens setzt er seit 2014 auf den Anbau von Zucchini mit Tropfbewässerung unter Folie. Die Betriebsleiter erhalten als Demonstrationsbetrieb eine jährliche Pauschale für ihren mit 100 Stunden kalkulierten Arbeitsaufwand. Doch insbesondere in der Startphase war er oft deutlich höher. „Im ersten Jahr haben wir Lehrgeld bezahlt“, sagt Ludwig. Denn die Zucchini bauten die vor der Pflanzung unterirdisch verlegten Tropfschläuche in ihr Wurzelgeflecht ein.

- 1 Die Feuchtigkeitssensoren des Tensiometersystems von Andreas Ewald sind mit einer Schaltbox vernetzt. Sie liefert regelmäßig aktuelle Daten über den Bewässerungszustand.
- 2 Peter Ludwig hat sich gemeinsam mit weiteren Betriebsleitern ein Anbaugerät (im Vordergrund) angeschafft. Nach der Vorbereitung durch eine Dammfräse kann er damit Tropfschläuche und Mulchfolie in einem Arbeitsgang verlegen.

„Die am Saisonende wieder rauszuholen, das war wirklich eine Heidenarbeit.“ Als Förderung hat Peter Ludwig über die vier Jahre Demonstrationsvorhaben rund 28 000 Euro erhalten. Die darin enthaltenen 12 000 Euro für den Betriebsleiter haben seinen Aufwand bei Weitem nicht gedeckt. Aber er ist sicher, dass sich die Tropfbewässerung in den kommenden Jahren in der Praxis etablieren wird – für bestimmte Kulturen und wenn die betrieblichen Voraussetzungen gegeben sind. Ludwigs Empfehlung: „Tropfschläuche oberirdisch verlegen und mit einer biologisch abbaubaren Mulchfolie bedecken. Die Folie verrottet in etwa sechs Monaten, die verbleibenden Reste werden gemeinsam mit den Zucchini-Blättern untergefräst.“ Die Tropfschläuche müssen nach einjähriger Nutzung raus und entsorgt werden, denn aufgrund des hohen Eisengehaltes im Wasser kann mit der Zeit die Leistung durch Verstopfung der Tropfer gemindert werden.

Peter Ludwig bezieht sein Wasser gemeinsam mit anderen aus einer Ringleitung. Obwohl ihm die Energieeinsparung nicht direkt zugutekommt, ist er von dem System überzeugt. Da an der Ringleitung bei paralleler Nutzung durch mehrere Landwirte der Druck für herkömmliche Beregnungssysteme oftmals nicht ausreicht, hat er durch den Einsatz von Niederdrucktechnik einen klaren Vorteil. Weitere Vorteile seiner Tropfbewässerung unter Mulchfolie sieht Ludwig im phytosanitären Bereich, also bei der Pflanzengesundheit, und in der Möglichkeit, zeitgleich zu ernten und zu bewässern. Die sauberen und trockenen Früchte erleichtern die Vermarktung. Allerdings hat das System auch Nachteile: Der Arbeitsaufwand ist sehr hoch; die Kopfstation, Tropfschläuche und Folie zu verlegen und zu bergen, ist kostenintensiv.

Kleines Vorhaben, große Strahlkraft

Die Demonstrationsbetriebe Ewald und Ludwig haben über Hofstage und Feldbegehungen ihre Erfahrungen an Berufskollegen und Vertreter von kommunalen sowie Landes-einrichtungen weitergegeben. „Natürlich kann auch die beste Steuerungstechnik die Fachkenntnis des Landwirts und den gärtnerischen grünen Daumen zurzeit noch nicht ersetzen“, sagt Ralph Scheyer vom Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen (LLH),

der im Rahmen des Modellvorhabens sechs Betriebe betreut, „aber technische und rechnerische Hilfsmittel zur Optimierung der Bewässerungssteuerung sowie auch die Einführung neuer Bewässerungstechniken auf den Betrieben zeigen eindrucksvolle Ergebnisse, die es gilt, in der Praxis dauerhaft zu etablieren.“ Dabei gibt es kein Patentrezept, sondern es muss immer nach betriebs-individuellen Lösungen gesucht werden. Für Ralph Scheyer ist die Officialberatung von zentraler Bedeutung für die Einführung neuer Managementgedanken und innovativer Techniken. Allerdings wurde sie von vielen Bundesländern schon deutlich zurückgefahren. „Der LLH bietet Möglichkeiten, das im Modellvorhaben generierte Wissen über Feldtage, Workshops und andere Formate in die Praxis zu streuen und die Erkenntnisse mit Kollegen aus anderen Bundesländern zu diskutieren“, sagt Scheyer.

Aktuelles Thema

Mit dem Modellvorhaben ist die Bewässerung wieder mehr in den Blickpunkt der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Praxis gerückt. Was jedoch fehlt – da sind sich die Beteiligten des Modellprojekts einig – ist die Wahrnehmung der Arbeit in der Öffentlichkeit. Themen wie Tier- oder Pflanzenschutz sind in aller Munde und werden auch in den überregionalen Medien gern aufgegriffen. Um von den Verbrauchern wahrgenommen zu werden, müssten Fragen der Bewässerung stärkere Beachtung in den Medien finden – auch hinsichtlich ihrer Bedeutung für die sich ändernden klimatischen Bedingungen infolge des Klimawandels. Ein verantwortungsvoller Umgang mit der Ressource Wasser wird von Landwirtschaft und Gartenbau bereits jetzt und zukünftig noch stärker verlangt. ■



KONTAKT:
Bernhard Groß
Bundesanstalt für Landwirtschaft
und Ernährung
Telefon: 0228 6845-3649
bernhard.gross@ble.de

Karrierefibel bündelt Ausbildungsstellen

Junge Menschen zieht die Bildungsmigration in die urbanen Räume. Dabei suchen auch im ländlichen Raum viele – und vielfältige – Unternehmen nach Auszubildenden. Der Rhein-Hunsrück-Kreis wirbt deshalb in der Karrierefibel „Wildwuchs“ mit „starken Jobs“ um „starke Typen“. [VON ACHIM KISTNER UND ANJA RATH]

Der Arbeitsmarkt im ländlichen Raum hat in den vergangenen Jahren einen Paradigmenwechsel vollzogen, vom Arbeitgebermarkt zum Arbeitnehmermarkt. Das ist im Rhein-Hunsrück-Kreis in Rheinland-Pfalz nicht anders. „Schon seit mehreren Jahren berichteten immer mehr Betriebe in unserer Region von zunehmenden Schwierigkeiten bei der Suche nach Auszubildenden“, sagt Achim Kistner, Geschäftsführer des Regionalrats Wirtschaft Rhein-Hunsrück e. V. Wie lässt sich dieses Problem lösen?

Medium gesucht

Der Regionalrat, der seit 1996 auch die Geschäftsstelle der Lokalen Aktionsgruppe Hunsrück im Rahmen von LEADER betreibt, reagierte 2012 auf diese Herausforderung. Um die Thematik zielgerichtet anzugehen, wurde kurzerhand ein Arbeitskreis gegründet: Mit Vertretern von Institutionen an der Schnittstelle Schule und Beruf, der regional tätigen und verwurzelten Werbeagentur etcetera sowie mit Unternehmern aus dem Rhein-Hunsrück-Kreis. In der Region dominieren kleine und mittlere Unternehmen, darunter viele handwerkliche Betriebe und Bauunternehmen. Auch einige Automobilzulieferer sind im Hunsrück ansässig und es gibt ein breit aufgestelltes Dienstleistungsgewerbe – also eigentlich ein vielfältiges Spektrum potenzieller Ausbildungsbetriebe.

Die Agentur etcetera hat 2012 junge Menschen zu ihren Zukunftsplänen befragt: Viele Jugendliche wissen entweder noch nicht recht, was sie einmal beruflich machen möchten oder kommen gar nicht auf die Idee, dass ihre Berufswünsche auch in der näheren Umgebung realisierbar sind. Diese Aussage deckte sich mit Erfahrungen von Schulen und Berufsberatern. Zugleich stoßen Instrumente wie Stellenanzeigen in Lokalzeitungen oder die Werbung der Unternehmen auf Ausbildungsmessen an ihre Grenzen. „Gesucht haben wir nach einem Medium, das möglichst die gesamte Zielgruppe, also die Schüler in der Berufsorientierung, erreicht und dabei das breite regionale Spektrum an Stellen für Ausbildung, Praktikum, Ferienjobs, Duales Studium und die weiteren Karrierechancen auf spannende Weise abbildet“, so Kistner.

„Sowas von letztem Jahrhundert“?

Die Lösung des Regionalrats Wirtschaft Rhein-Hunsrück war eine „Karrierefibel“ für Jugendliche, in der sich regionale Arbeitgeber ihrer Zielgruppe präsentieren. Sie sollte eingebettet sein in die Kampagne „Wildwuchs“. Und das Leitmedium sollte ein Buch werden – so die überraschende Idee der beiden Geschäftsführer von etcetera –, flankiert von einer Website, einer Facebook-Präsenz und einer mobilen App. Diese Idee stieß auch auf Skepsis: Jugendliche würden in heutiger Zeit ein Buch als „für sowas von letztem Jahrhundert“ halten und ablehnen. Aber man wagte den Versuch. Die Stiftung der örtlichen Kreissparkasse Rhein-Hunsrück konnte als Partner gewonnen werden, der mit einer Anschubfinanzierung half. Ansonsten, das war von Beginn an der Plan, sollte sich das Projekt selbst tragen. Es gelang, über 60 Arbeitgeber aus der Region zu gewinnen, die mitmachten und sich finanziell beteiligten.

Wichtig ist den Initiatoren, dass alle Inserenten gleichwertig präsentiert werden. So hat jedes Unternehmen, ganz gleich ob groß oder klein, bekannt oder weniger bekannt, eine Doppelseite im Buch erhalten. Dort werden der Betrieb, die gesuchten Berufsbilder und die erforderlichen Schulabschlüsse kurz vorgestellt. Stets gehören authentische Aussagen von Lehrlingen oder Mitarbeitern dazu: Gezeigt werden Menschen, die in den Betrieben arbeiten und sie verkörpern. Die Redaktion mitsamt Gestaltung übernahm etcetera: zielgruppengerecht mit Fotos aus der Region, meist mit jungen Menschen bei Freizeitaktivitäten und sehr bunt gestaltet. 2013 erschien der über 200 Seiten starke Wildwuchs-Band als hochwertige Hardcover-Auflage mit rund 3700 Exemplaren und wurde in den 17 weiterführenden Schulen im Landkreis verteilt. Dann hieß es: abwarten.

„Mal schauen, wen ich kenne“

Die Effekte waren bei den meisten Inserenten bald spürbar. Einige Arbeitgeber berichteten von einem Drittel mehr Bewerbungen als im Vorjahr. „Mit Wildwuchs haben wir es endlich geschafft, wieder bei jungen Menschen ins Gespräch zu kommen und wieder positiv und als



möglicher Arbeitgeber wahrgenommen zu werden“, sagt Birgit Schmitt von der Johann Schmitt Bauunternehmung in Liebshausen. Auch die Lehrer sind begeistert: „Die Wildwuchs-Fibel ist mittlerweile ein fester Bestandteil der Berufsorientierung an unserer Schule“, sagt Eva Schneider. Sie ist Berufswahlkoordinatorin an der Kooperativen Gesamtschule in Kirchberg im Hunsrück und setzt die Karrierefibel ergänzend im Unterricht ein, wenn es darum geht, Praktikums- oder Ausbildungsplätze zu finden. „Ebenso sind die vielen weiteren Kontaktdaten von Ansprechpartnern im Rahmen der Berufswahl sehr hilfreich.“

Das Buch kommt bei den Jugendlichen gut an: „Den kenne ich doch; der hat auch darüber seine Lehrstelle gefunden.“ „Schau mal, wie viele Azubis die haben!“ Und: „Das Unternehmen ist aus unserem Ort. Dort hab ich schon ein Praktikum gemacht.“ Das sind Aussagen von Schülern beim Durchstöbern. Sowie: „Wir haben auch noch die erste Ausgabe Wildwuchs zuhause!“ Denn für die Mitglieder des Regionalrats war schnell klar, dass sie weitermachen wollten. Inzwischen ist die vierte Auflage der Fibel erschienen, nun mit 106 Betrieben, 131 Berufsbildern und 272 Seiten. „Wildwuchs ist auch ein Zeichen dafür, dass sich die Region aktiv und gemeinsam den Herausforderungen stellt und nicht einfach den Zustand beklagt. Wenn Schüler, Lehrer, Eltern und Betriebe zufrieden mit der Kampagne sind und Jahr für Jahr mitmachen, zeigt uns das, dass wir den richtigen Weg gewählt haben“, sagt Achim Kistner. Betriebe und Schulen warten mittlerweile jedes Jahr nach den Sommerferien darauf, dass die neue Wildwuchs-Ausgabe erscheint.

Erfolgsrezept: gut gemischt

Die Kampagne finanziert sich längst ausschließlich aus den Beiträgen der Arbeitgeber, jährlich etwa 70 000 bis 75 000 Euro. Davon bezahlt der Regionalrat die Agenturkosten für Redaktion, Layout und Satz, den Druck in einer regional ansässigen Druckerei sowie einen Mini-Jobber, der sich um die Akquise von Arbeitgebern, die Mitarbeiter suchen, und das Verteilen der Bücher

kümmert. Das Projektbudget reicht zudem für kleine begleitende Marketingmaßnahmen. So sponsert der Regionalrat Fußballtrikots für regionale Jugendmannschaften und Sportshirts für Schulen. Auch durch Werbeartikel wie Schreibblöcke und Multifunktionstücher konnte die Marke „Wildwuchs“ weiter bekannt gemacht werden. Inzwischen gibt es erste Nachahmer in Nachbarkreisen. Und das Projekt wurde 2014 von Bundespräsident Joachim Gauck im Rahmen des Wettbewerbes „Land der Ideen“ als „Ausgezeichneter Ort“ gekürt.

„Entscheidende Erfolgsfaktoren waren die Einbindung von Unternehmern und der Werbeagentur in die Projektentwicklung. Dennoch waren wir von der großen Akzeptanz des vermeintlich altmodischen Mediums Buch überrascht“, sagt Achim Kistner. Der Einband mit Hardcover und die bunte Aufmachung geben dem Buch eine hochwertige Optik – und machen Lust aufs Durchblättern. „Die digitalen Medien treten deutlich hinter die Bedeutung der Fibel zurück.“ Von Vorteil für das Projekt war zudem die Struktur des Regionalrats Wirtschaft: Dort haben sich vor mehr als 20 Jahren Kommunen, Unternehmen und Institutionen zu einem Netzwerk zusammengefunden, das rasch und flexibel agiert und um die Bedarfslage der regionalen Wirtschaft weiß. ■

- 1 Durchblättern macht Spaß: Rund 4 000 Jugendliche erhalten jedes Jahr eine Wildwuchs-Fibel, frei Haus an den weiterführenden Schulen.
- 2 Marketing verstärkt die regionale Identifikation mit der Marke „Wildwuchs“: das Fußball-Regionalligateam der U17-Juniorinnen des Jugendfördervereins Rhein-Hunsrück, in Trikots mit Wildwuchs-Logo.



KONTAKT:
Achim Kistner
Regionalrat Wirtschaft Rhein-Hunsrück e.V.
Telefon: 06761 96442-0
info@rhein-hunsrueck.de
www.rhein-hunsrueck.de
www.wir-sind-wildwuchs.de



Vom Grenz- zum Begegnungsraum

Die Grenzdörfer im äußersten Nordosten Deutschlands haben in den vergangenen Jahren einen regen Zuzug an polnischen Familien erfahren. Doch bisher behinderten Sprachbarrieren, Vorurteile und das Gefühl fehlender Mitgestaltungsmöglichkeiten das Miteinander von Neu- und Altbürgern. Das Projekt „perspektywa“ will das ändern.

[VON NIELS GATZKE]

An der nördlichen deutsch-polnischen Grenze in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg wird das europäische Zusammenwachsen sichtbar: In der Region siedelt sich immer mehr polnischsprachige Bevölkerung an, denn das dünn besiedelte Gebiet liegt am westlichen Rand des Umlandes der polnischen Großstadt Szczecin (Stettin). Aufgrund erschwinglicher Immobilien ist es für Polen zu einem attraktiven Wohnstandort geworden. Sie kaufen und renovieren Häuser in den deutschen Grenzgemeinden, schicken ihre Kinder dort zur Schule und tragen somit dazu bei, dass der demografische Wandel, über den zahlreiche ländliche Gebiete klagen, in dieser Region kaum zu spüren ist. Mit einem polnischen Bevölkerungsanteil von 15 bis 20 Prozent hat die Region heute einen für ländliche Räume, insbesondere in Ostdeutschland, ungewöhnlich hohen Anteil ausländischer Bevölkerung. Die Veränderungen in den Dörfern, die der Einwohnerzuwachs mit sich bringt, sind jedoch für einige

deutsche Bewohner ein schwieriger Prozess und führen zu Verunsicherungen. Viele ihrer polnischen Nachbarn können kaum Deutsch, arbeiten in Stettin, haben dort auch ihren Freundeskreis und sehen das Dorf, in dem sie wohnen, mehr als Schlafstätte und weniger als sozialen Lebensmittelpunkt. Rechts-extreme Parteien wie die NPD und die rechtspopulistische AfD finden in der Region großen Zuspruch und können sehr hohe Wahlerfolge verbuchen.

Nicht einfach

Das 2015 gestartete, auf fünf Jahre ausgelegte Projekt „perspektywa“ (deutsch: Perspektive) versucht, diesen Herausforderungen zu begegnen, indem es neue Möglichkeiten des deutsch-polnischen Zusammenlebens erprobt und Strukturen demokratischer Kultur in den Dörfern entwickelt.

Der größte Teil der Projektfinanzierung erfolgt durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BFSFJ). Eine Schwierigkeit stellt die Kofinanzierung in Höhe von 20 Prozent dar. Da die Kommunen vor Ort finanzschwach sind, können und dürfen sie sich die Investition nicht leisten. Das Projekt wird daher auch vom Land Mecklenburg-Vorpommern aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und aus Mitteln der Staatskanzlei gefördert. Dennoch ist die Kofinanzierung noch nicht bis zum Projektende gesichert.

Das Projekt wird in zwei Verwaltungsregionen, den Ämtern Löcknitz-Penkun im Landkreis Vorpommern-Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) und Gartz (Oder) im Landkreis Uckermark (Brandenburg) durchgeführt. In diesen leben rund 17 000 Menschen in 18 Gemeinden. Die Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e.V., die sich seit über 15 Jahren für die Stärkung des demokratischen Gemeinwesens sowie gegen Rechtsextremismus und polenfeindliche Ressentiments in der Region engagiert, trägt und leitet das Projekt mit einem zweiköpfigen deutsch-polnischen Team. Sie wird von den Ämtern und den Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus organisatorisch und inhaltlich unterstützt.

Der Projektfokus von „perspektywa“ liegt derzeit auf drei Gemeinden. Ziel ist es, die Dorfbewohner über Sprachbarrieren hinweg miteinander ins Gespräch zu bringen und zu vernetzen, damit sie gemeinsam handlungsfähig werden und sich für das eigene Dorf engagieren können. Die Dorfbewohner sollen erfahren, dass sie ihre Umgebung wirksam mitgestalten können und dadurch zu mündigen Bürgern werden. Radikalen Einstellungen und einem politischen Ohnmachtsgefühl soll damit der Nährboden entzogen werden.

Begegnungen offenbaren Wünsche

Die Ausgangssituationen in den beteiligten Gemeinden sind unterschiedlich. In einer der Gemeinden gibt es einen starken Einfluss Rechtsextremer, was dazu geführt hat, dass viele Bürger ihr Engagement für die Dorfgemeinschaft beendet haben und öffentliche

Veranstaltungen meiden. Hier versucht „perspektywa“, bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen, damit es von den Bewohnern wieder als Normalität angesehen wird. In einem anderen Dorf gibt es viele Engagierte in mehreren Vereinen, die aber nicht immer zusammenarbeiten. In der dritten Gemeinde kämpfen Engagierte um weitere Mitstreiter und gleichzeitig fühlen sich Beteiligungswillige von den Aktiven nicht immer ausreichend informiert oder mitgenommen.

Die RAA hat daher als ersten Schritt in zwei Dörfern Begegnungsmomente zwischen Deutschen und Polen initiiert oder unterstützt, etwa einen deutsch-polnischen Bürgertreff, bei dem alteingesessene Deutsche und polnische Zuzügler bei „deutscher und polnischer Bratwurst“ miteinander ins Gespräch kommen, sowie gemeinsame Ernte- und Weihnachtsfeste. Bei diesen Treffen wurden die Bewohner beispielsweise in offenen Interviews durch deutsch-polnische Sprachmittler oder an einem moderierten Marktstand danach befragt, was ihnen besonders gut in ihrem Dorf gefällt, worüber sie gern Gästen erzählen, aber auch, was ihnen weniger gut gefällt und in welchen Bereichen sie sich Veränderungen wünschen. Viele Deutsche und Polen wünschen sich beispielsweise mehr Nahversorgungsmöglichkeiten und eine bessere Infrastruktur.

Die Ergebnisse zeigen, dass bei den Alteingesessenen die Notwendigkeit, etwas im Dorf zu verändern, durchaus erkannt wird. Mit den polnischen Zuzüglern will man nicht nur Tür an Tür leben, sondern das Gemeinwesen gemeinsam gestalten. Dennoch tun sich auch diejenigen, die sich bereits auf die eine oder andere Weise im Dorf engagieren, schwer damit, künftig etwas anders zu machen. Häufig heißt es: „Bei uns soll alles so bleiben, wie es ist.“ Oder: „Uns fehlt eigentlich nur Geld.“ Engagierte wünschen sich zwar Unterstützung für ihre Projekte, etwa das alljährliche Osterfeuer, öffnen sich aber ungern für neue Ideen, an deren Entwicklung auch polnische Bürger von Anfang an teilhaben können.

Anregungen von außen

Einen großen Teil der Arbeit von „perspektywa“ nehmen daher

klassische Beratungsgespräche ein, in denen versucht wird, die Skepsis der Bürger gegenüber neuen Vorgehensweisen abzubauen und die die Dorfbewohner darin bestärken, neue, eigene Projekte zu initiieren. Der RAA ist es bisher gelungen, den Vorteil, ein Akteur ohne Vorbelastungen von außerhalb des Dorfes zu sein, zu nutzen und alle Akteure eines Dorfes an einen Tisch zu holen. Ebendieser Status des „Außenseiters“ ist für die Projektverantwortlichen aber auch immer wieder eine Herausforderung, weil sie etablierte Strukturen und dörfliche informelle Hierarchien erst verstehen und erfahren müssen. Dafür ist eine zeitintensive Beziehungsarbeit nötig. Die Erfahrungen haben zudem gezeigt, dass die Projekte im dörflichen Gemeinwesen nicht so geradlinig und direkt wie mit Multiplikatoren, etwa Lehrern und Verwaltungsangestellten, verlaufen. Es kann passieren, dass beispielsweise ein Vorstand eines Vereins zunächst nicht mit dem Projektteam sprechen will. Das Projektteam musste daher lernen, dass es sich von solchen Situationen nicht einschüchtern lassen darf.

In den nächsten Monaten, wenn die Ergebnisse der Treffen ausgewertet sind, werden weitere Veranstaltungen stattfinden. Zukünftig sollen die Ergebnisse auch in andere Gemeinden übertragen werden. Dabei sollen die Bürger auch mit Verantwortungsträgern und Politikern ins Gespräch kommen, um das Gefühl, von der Politik gehört zu werden, möglichst zu stärken. ■

- 1 perspektywa – Perspektiven: Welche Wünsche gibt es in der Grenzregion?
- 2 Nahe der Grenze wächst in den deutschen Dörfern der Anteil der polnischen Bevölkerung.
- 3 Akteure in Gartz (Oder) setzen ein klares Zeichen.



KONTAKT:
Niels Gatzke
Regionale Arbeitsstelle für Bildung,
Integration und Demokratie (RAA)
Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Telefon: 039754 513676
niels.gatzke@raa-mv.de
www.perspektywa.de

Botschafter für den Wandel

Um dem demografischen Wandel zu begegnen, haben viele Gemeindeverwaltungen inzwischen eine Entwicklungsstrategie auf Papier gebracht. Doch wie trägt man die Strategie zu den Menschen? Die Verbandsgemeinde Daun in Rheinland-Pfalz setzt auf zwei WEGE-Botschafter. [VON VERENA WELTER]



Kommunikation auf vielen Kanälen. Neben verschiedenen Veranstaltungsformaten und Informationen in Printmedien ist eine persönliche Ansprache der Menschen wichtig, um einen Wandel in den Köpfen und Herzen der Menschen – sowohl bei lokalen Entscheidungsträgern als auch bei den Bürgern – zu erreichen. Zur Entlastung der hauptamtlich Aktiven setzt die VG Daun seit dem Jahr 2011 hierbei erfolgreich auf die ehrenamtlichen „WEGE-Botschafter“.

Informieren und aktivieren

Aufgabe der WEGE-Botschafter ist es, die Bürger über die Auswirkungen des demografischen Wandels zu informieren und dafür zu sensibilisieren. Vor allem in den ersten Jahren hielten sie Vorträge in Ortsgemeinderäten, Bürgerversammlungen sowie im Rahmen von Seniorennachmittagen. Auch Kirchen und Vereine, die nicht zwangsläufig auf eine Gemeinde beschränkt sind, nahmen das Informationsangebot in Anspruch. Ergänzend zu den Veranstaltungen stehen die WEGE-Botschafter auch für persönliche Gespräche mit Ortsbürgermeistern und anderen Multiplikatoren zur Verfügung. Dabei sind sie oftmals Ansprechpartner bei ersten Projektideen, unterstützen aber auch bei der Konkretisierung von Ideen und bei der Vermittlung von Kontakten.

Wir werden weniger, wir werden älter, unsere Lebensstile und familiären Strukturen werden vielfältiger. Die Folgen des demografischen Wandels sind in vielen ländlichen Kommunen zu sehen. Und auch die Wirtschaftsbeziehungen ändern sich, die Welt ist mittlerweile in jedem Dorf zu Hause.

Die Auswirkungen erfordern eine ganzheitliche Strukturentwicklung im ländlichen Raum. So auch in der Verbandsgemeinde (VG) Daun: Sie wagte sich deshalb im Jahr 2010 an ein neues Instrument der Strukturentwicklung und leitete mit ihren 38 Ortsgemeinden den sogenannten WEGE-Prozess ein, den sie in ihrer Entwicklungsstrategie festgeschrieben hat. „WEGE“ steht für „Wandel erfolgreich gestalten!“ und ist ein breit angelegter Bewusstseinsbildungsprozess, mit dem Ziel, die VG Daun zukunftsfähig zu gestalten. Komplexe Vorhaben wie dieses erfordern eine authentische

Die Kontaktaufnahme der Botschafter mit den Gemeinden, Vereinen oder Initiativen erfolgt auf unterschiedliche Art und Weise. Zunächst wird in der lokalen Presse, insbesondere im Amtsblatt der VG Daun, über das Informationsangebot berichtet. Ergänzend dazu sprechen die WEGE-Botschafter die kommunal Verantwortlichen persönlich an. Durch diese Herangehensweise ist es bisher in nahezu allen Ortsgemeinden gelungen, Bewusstseinsbildung zu betreiben und Impulse zu setzen. In zahlreichen Orten haben sich Aktivitäten entwickelt, die darauf abzielen, das Dorf zukunftsfähig zu gestalten und lebenswert zu erhalten. Hierbei reicht die Spanne von Ortsbegehungen zur Prüfung der Barrierefreiheit von Gemeindestraßen, über die Ernennung von ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten, bis hin zu einer Visionsentwicklung für die Ortsgemeinde. Oft ist es ein kleiner Denkanstoß, der eine große Wirkung entfaltet und vieles möglich macht.

Fachlich und sozial kompetent

Um das komplexe Thema demografischer Wandel und den umfangreichen WEGE-Prozess in der VG Daun auf Augenhöhe und verständlich kommunizieren zu können, wurden die WEGE-Botschafter vom Institut für Regionalmanagement (IfR), einem Beratungsunternehmen, gecoacht. Zudem erhielten sie vom IfR vorbereitete Vorträge, die sie für ihre Termine nutzen können. Darüber hinaus wurden sie darin geschult, Beteiligungsformate wie das World Café selbst anzuleiten.

Neben dem fachlichen Know-how sind soziale Kompetenzen unersetzlich: Die aktuellen WEGE-Botschafter Gerd Becker und Marlene Wierz-Herrig sind kommunikativ, können andere für den Prozess begeistern und auch überzeugen. Dabei ist es besonders bedeutsam, dass sie sich selbst in hohem Maße mit dem Prozess identifizieren und auch mit Widerständen zurechtkommen. Zudem kennen sie sich in der Region gut aus und sind aufgrund weiterer Ehrenämter, die sie nach dem Eintritt in den Ruhestand bekleiden, sehr gut vernetzt. So ist Gerd Becker auch Vorsitzender des Vereins Bürger für Bürger e.V., der die Versorgung insbesondere älterer Menschen durch die Vermittlung von niedrigschwelligen Hilfeleistungen sichert und verbessert. Marlene Wierz-Herrig ist ebenfalls im Vorstand des Vereins aktiv und darüber hinaus als Koordinatorin für die ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten in der VG Daun tätig. Die Kontakte der Botschafter können so manche Tür öffnen.

Für ihr Ehrenamt müssen die WEGE-Botschafter zeitlich flexibel sein, da Termine häufig in den Abendstunden und gelegentlich am Wochenende stattfinden. Bei Urlaub oder anderweitiger Abwesenheit vertreten sie sich gegenseitig. Nach Paragraph 18 der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz sind die WEGE-Botschafter der VG Daun per Urkunde bestellt und genießen somit bei ihren Einsätzen im Rahmen des Ehrenamtes Versicherungsschutz. Sie erhalten monatlich eine geringe Aufwandsentschädigung und können darüber hinaus Reisekosten bei der Verbandsgemeinde geltend machen.

Gut eingebunden

Da es sich bei den WEGE-Botschaftern um Ehrenamtliche handelt, hat es sich bewährt, diese an eine bestehende Struktur anzubinden. Die Botschafter arbeiten zwar in der Regel selbstständig, können aber bei der Projektumsetzung Unterstützung durch das WEGE-Büro der Verbandsgemeindeverwaltung erhalten. Für die Netzwerkarbeit ist ein regelmäßiger Austausch erforderlich, deshalb nehmen die WEGE-Botschafter beispielsweise an den vierteljährlichen Sitzungen der Steuerungsgruppe im Rahmen des WEGE-Prozesses teil und sind somit sowohl in inhaltliche als auch strategische Fragestellungen unmittelbar eingebunden. Auch fördert die VG Daun die Weiterbildung der Botschafter und lädt



sie zu Qualifizierungsmaßnahmen, etwa im Bereich Kommunikation ein. Im Bereich der Siedlungs- und Ortskernentwicklung unterstützen die ebenfalls ehrenamtlichen „DIE-Botschafter“, die sich für die Dorfinnenentwicklung (DIE = DorInnenEntwicklung) in der Vulkaneifel einsetzen, die WEGE-Botschafter.

WEGE-Botschafter wirken

Durch die Mitarbeit der Botschafter im WEGE-Prozess ist es in den meisten Ortsgemeinden der VG Daun gelungen, einen Wandel in den Köpfen der Bürger zu erreichen. Viele Einwohner wurden wachgerüttelt und beschäftigen sich nun in zahlreichen Initiativen und Projekten mit den Fragen des demografischen Wandels und der eigenen Zukunftsgestaltung. So haben sich drei Ortsgemeinden seit Beginn des Jahres 2015 in sogenannten Zukunftskonferenzen – unterstützt durch das WEGE-Team – jeweils ein Wochenende lang sowohl mit den eigenen dörflichen Herausforderungen auseinandergesetzt als auch ihre Potenziale bewusst gemacht, um daraus konkrete Handlungsansätze abzuleiten. Gillenfeld, eine von derzeit zehn sich zu einer sogenannten „Sorgenden Gemeinschaft“ entwickelnden Gemeinden, realisiert aktuell den Florinshof: eine barrierefreie Wohnanlage, die den Verbleib in der gewohnten Umgebung ermöglichen soll. Die Ortsgemeinde Sarmersbach und der Bürger für Bürger e.V. stehen kurz vor dem Startschuss für die Umsetzung ihres Bürgerbusprojektes.

Auch überregional sind die WEGE-Botschafter inzwischen gefragte Berater: Als Experten haben sie die Akademie Ländlicher Raum Rheinland-Pfalz beraten, die eine Ausbildung zum Demografieberater einführen möchte. Allerdings konnten trotz des breiten Angebotes noch nicht alle Gemeinden im WEGE-Prozess erreicht werden. Dieser Aufgabe werden sich die Botschafter künftig widmen, um mit Beharrlichkeit den Wandel zu gestalten. ■

- 1 Auf dörfliche Herausforderungen wie Leerstand aufmerksam zu machen, ist Aufgabe der WEGE-Botschafter. In der Dauner Ortsgemeinde Brockscheid wird ein altes Haus im Rahmen der Dorferneuerung saniert.
- 2 Das Konzept der WEGE-Botschafter hat in Rheinland-Pfalz Vorbildfunktion: Gerd Becker und Marlene Wierz-Herrig informieren Interessierte aus anderen Regionen über ihr Ehrenamt als Demografieberater.



KONTAKT:
Verena Welter
Verbandsgemeindeverwaltung Daun
Telefon: 06592 939227
verena.welter@vgv.daun.de
www.vgv-daun.de

Ländlich, touristisch, elektromobil



Wie gelingt es, ein zukunftsfähiges Mobilitätsangebot für eine touristisch beliebte, aber auch ökologisch sensible Region aufzubauen? Die Antwort darauf lautet: Modellkommune Elektromobilität Garmisch-Partenkirchen. [VON CHRISTOPH EBERT]

Die Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen hat etwa 25 000 Einwohner. Die Talregion zieht zudem rund fünf Millionen Tagesgäste an und verzeichnet etwa 1,2 Millionen Übernachtungen im Jahr. Der Grund für die touristische Attraktivität der Region ist, dass sie inmitten in einer malerischen Alpenlandschaft liegt – und dass sie eine gute Mobilitätsinfrastruktur besitzt. Im Jahr 2010 wählte die bayerische Staatsregierung die Region deshalb als „Modellkommune Elektromobilität“ aus: Sie sollte mit einem Forschungs- und Entwicklungsprojekt innovative, umwelt- und klimaschonende Wege für Mobilität im ländlichen Raum aufzeigen.

Vom intelligenten Netz ...

Basis für die elektromobile Zukunft ist eine sinnvoll ausgebaute und angepasste Infrastruktur. Sie zu entwickeln, wirft in Zeiten der Energiewende auch Probleme auf. Durch den Umbau der Energieerzeugungsstruktur von einer verbrauchsorientierten hin zu einer von einer fluktuierenden Einspeisung bestimmten Struktur, steigt die Belastung der Netze bereits heute. Die Masseneinführung von Elektroautos im Niederspannungsnetz bietet daher eine gute Puffermöglichkeit für überschüssigen regenerativen Strom. Sie kann aber durch kurzzeitig kontrollierte Einspeisungen auch auf regionale Netze stabilisierend wirken. Auf kommunaler Ebene bedeutet der Umbau, vielfältige Stromerzeugungsanlagen und neue Abnehmer wie

Elektrofahrzeuge miteinander zu vernetzen. Die Modellkommune Elektromobilität Garmisch-Partenkirchen, kurz e-GAP, ist deshalb auf vielen verschiedenen Ebenen aktiv (siehe Grafik).

Die gesamte Kommune machte 2013 mit dem Projekt „Smart Grid“ erstmals den Schritt in Richtung eines ganzheitlichen, intelligenten Netzes, das e-Infrastruktur einbindet. Dazu analysierten das Unternehmen General Electric (GE), die Gemeindewerke Garmisch-Partenkirchen und die Forschungsstelle für Energiewirtschaft das in kommunaler Hand befindliche Stromnetz: Es bot für die Ausbauszenarien der e-Mobilität sehr gute Voraussetzungen. Parallel dazu wurde ein sogenannter Längsregler für Niederspannungsnetze entwickelt. Diese intelligente Technologie für die Trafostationen macht es möglich, die Netzausbaukosten zu reduzieren.

Dabei war für e-GAP klar: Die Versorgung von Elektrofahrzeugen sollte mit Strom aus regenerativen Energien erfolgen. Für die Zukunft wird erwartet, dass der Markt für Elektrofahrzeuge steigt. Insbesondere im ländlich-touristischen Raum bedarf es dann einer entsprechend ausgebauten Ladeinfrastruktur. Das e-GAP Projekt „Intelligente Ladeinfrastruktur“ setzte sich deshalb mit Innovationen zur Kommunikation von Ladeinfrastruktur auseinander, damit Nutzer die Ladesäulen beispielsweise im Voraus

reservieren können. Insgesamt acht Ladestationen wurden im öffentlichen Raum eingerichtet, während der Projektlaufzeit standen sie kostenfrei zur Verfügung. Projektpartner war das Institut für Rundfunktechnik (IRT). Es hat den bestehenden Standard von Reise-Informationen zu Elektromobilität weiterentwickelt: Der sogenannte TPEG EMI übermittelt nun Daten zu den Ladestationen, die auf europäischer Ebene über den Rundfunk übertragen werden und außerdem über digitales Radio abrufbar sind.

... zum Elektromobil für Bürger, Besucher und Unternehmen

Für Bürger und Besucher sind konkrete Fahrzeuge und neue Angebote oft attraktiver als Infrastrukturvorhaben. Mit verschiedenen Partnern erforschte e-GAP in einzelnen Projekten deshalb die verschiedenen elektromobilen Angebote – Miete, Kauf und Sharing-Modelle – in der Region.

So zeigte das Projekt „MINI E“ Barrieren und Motivatoren bei der Vermietung von e-Fahrzeugen im Tourismus auf. Dabei sind der Preis und der Inhalt des Angebots nur zwei Faktoren für den Erfolg. Vielmehr ist die Vermietung von Fahrzeugen als ein Baustein im Urlaubserlebnis des Gastes zu verstehen. Insbesondere Bürger und Besucher, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln reisen, sind offen für diese Erfahrung. Autofahrende Touristen bringen hingegen Lärm und Abgase



in die Orte, die sie wegen der Stille und frischer Luft aufsuchen. Elektromobilität und Carsharing bieten Ansätze, um diese Probleme zu bewältigen – wenn die Angebote attraktiv sind.

So will das e-GAP Projekt „intermodal“ die Ausflugsziele in und um Garmisch-Partenkirchen erschließen: Es soll ein Gesamtsystem entstehen, in dem elektromobile Angebote, öffentlicher Verkehr und lokale touristische Angebote nahtlos ineinandergreifen. Die Nutzer – Bewohner, Gewerbetreibende und insbesondere Touristen – nehmen die Integration nur insofern wahr, dass sie via Smartphone oder Mobilitätskarte zu allen Angeboten Zugang haben. Die Einbindung von einfach zugänglichen Mobilitätsangeboten vor Ort tritt stets in Konkurrenz mit den bereits bestehenden. Es gilt, sie so zu verknüpfen, dass sich die Nutzung von selbst ergibt. Zudem ist es möglich, regionale Anbieter wie den ÖPNV, Autohäuser und Fahrradhändler einzubinden. Ähnlich verhält es sich beim Kauf von Elektrofahrzeugen, der beim e-GAP Projekt „Audi sun2car“ im Fokus stand. Ziel war es, Daten zu Betrieb, Nutzung und Betreuung von Elektrofahrzeugen im privaten Nutzungsbereich zu erhalten: und zwar im ländlichen Raum und von Fahrzeugen, die mit einem möglichst hohen Anteil an erneuerbaren Energien geladen wurden. Ein Ergebnis: Vor allem die Nutzung eines Zweitfahrzeugs auf elektrischer Basis wird für den ländlichen Raum aktuell als sinnvoll bewertet.

Umsetzung und Auswertung

Das geförderte Forschungs- und Entwicklungsvorhaben ist Mitte 2016 zu Ende gegangen. Nun beginnt für alle Partner aus dem Projekt e-GAP die Verwertung der Ergebnisse. Die Koordination des Gesamtprojekts muss die Ansätze aus der Einzelkommune Garmisch-Partenkirchen auf einen größeren Raum

übertragen. Besondere Bedeutung hat hierbei die Rollenverteilung zwischen öffentlichen und privaten Akteuren: Landratsämter, Tourismusorganisationen, Wirtschaftsförderungseinrichtungen, Kommunen, Unternehmen, Bürger und Energieversorger. Insbesondere die regionalen Energieversorger können als Anbieter in Zukunft neue Geschäftsfelder im ländlichen Raum erschließen. Die öffentlichen Beteiligten sollten vor allem als Vorreiter im Sinne der Verkehrs- und Energiewende die neue Technologie, aber auch und vor allem das neue Mobilitätsverhalten in der Verwaltung unterstützen und fordern. Mit dem nach der Förderzeit gestarteten Projekt „Mobile Region Oberland 2020“ (MORE) entwickelt sich auf Grundlage und Erfahrung aus dem Projekt e-GAP in der Region Oberland ein Netzwerk für Elektromobilität, in dem die Rollenaufteilung zwischen den Beteiligten von einer zentralen Stelle beim Energieversorger für die Region gemeinsam mit den Fachleuten aus dem e-GAP Projekt koordiniert wird. Ein wichtiger Mehrwert Schritt ist, dass gemeinsam mit einem überregionalen Energieversorger ein Standard für Lade-Technologie und Preisgestaltung gesetzt wird. Dadurch wird das Angebot für den Verbraucher transparenter und attraktiver. Für die Gestaltung eines neuen Angebots entwickeln die Partner in MORE ein multimodales Portfolio, das den beteiligten Kommunen oder Unternehmen den Aufbau von neuen Mobilitätspunkten ermöglicht, an denen Fahrzeuge zur Verfügung stehen und geladen werden können. Diese Strategie schafft parallel zur Entwicklung dezentraler Energieerzeugung auch ein dezentrales Mobilitätsangebot. Ein solches multimodales Mobility Point System sorgt für die notwendigen Voraussetzungen, damit zukünftige Technologien für Bürger und Besucher sinnvoll weiterentwickelt werden können. ■

- 1 Diese Elektroflitzer bewegen Bewohner und Touristen geräuschlos und emissionsarm durch Garmisch-Partenkirchen.
- 2 Das Gesamtprojekt e-GAP ist auf vielen Ebenen mit Einzelprojekten aktiv. (Darstellung: Kompetenzzentrum Elektromobilität)



KONTAKT:
Dr. Christoph Ebert
Kompetenzzentrum
Elektromobilität
Telefon: 08821 966977-10
c.ebert@e-gap.de
www.e-gap.de

Wo ist was? Bei einer Begehung lernt die Forschungsgruppe die Untersuchungsregion kennen.



Regionalentwicklung durch eine junge Brille sehen

Wo liegen Stärken und Schwächen einer Region? Was sind Aspekte regionaler Identität? Wie ist es um Freizeitmöglichkeiten, Beruf und Dorfgemeinschaft bestellt? Eine Regionalanalyse erforschte unterschiedliche Aspekte der Lebenswelten insbesondere junger Menschen und zeigt: Der Blick von außen eröffnet auch den Bürgern vor Ort neue Blickwinkel.

[VON FLORIAN GRÜNHÄUSER]

Die genannten Fragen lassen sich erweitern: Welche Wünsche, welche Potenziale gibt es für die regionale Entwicklung? Wie ist es um das Engagement vor Ort bestellt? Was muss in der Region gegeben sein, damit sie in Zukunft attraktiv bleibt und strukturellen Entwicklungen wie Abwanderung begegnet werden kann?

Antworten auf solche Fragen liefert die Regionalanalyse der Akademie Junges Land e. V. Sie ist konzipiert als aktivierende Sozialraumanalyse, die die Situation vor Ort erfasst, Zukunftsperspektiven entwickelt und Anstöße für Entwicklungen gibt. Dabei kommt eine Untersuchungsgruppe aus Studierenden einer Hochschule von außen in eine zuvor

definierte Region und nimmt mittels Untersuchungsmethoden der qualitativen Sozialforschung – insbesondere Bürgerbefragungen – verschiedene Fragestellungen in den Blick. Untersucht wurden in den vergangenen Jahren beispielsweise der Wandel ländlicher Lebenswelten anhand von Nahversorgung, Gewerbe oder Öffentlichem Personennahverkehr. Außerdem wurden die Faktoren regionaler Identität wie Vereinsleben, Kirche oder Tourismus betrachtet sowie die Situation junger Menschen anhand von Bildungsmöglichkeiten, Familienfreundlichkeit, Bleibe- und Rückkehrperspektiven. Stärken und Schwächen wurden herausgearbeitet und Handlungsempfehlungen abgeleitet.

Neue Blickwinkel

In den vergangenen 14 Jahren haben sich für die Akademie Junges Land Sozialraumanalysen als wirkungsvolles Instrument ländlicher Entwicklung und politischer Jugendbildung etabliert. Sie verbinden Bildung und Forschung und bringen sowohl Vorteile für die Studierenden in der Forscherrolle als auch für die (jungen) Menschen der untersuchten Regionen. So fördert die Analyse bei den Studenten die Methodenkompetenz und das Verständnis struktureller, sozialer Veränderungen in ländlichen Räumen. Zudem bringt sie Informationen in die Orte – das motiviert, aktiviert und kann das bürgerschaftliche Engagement steigern. Auch fungiert die Regional-

analyse als objektivierte Basis für kommunalpolitische Entscheidungen, denn in ihr lassen sich Potenziale für die Weiterentwicklung der dörflichen Gemeinden erkennen. Von besonderer Bedeutung ist die Außenperspektive der Untersuchungsgruppe. Sie bringt Themen und Meinungen der Bürger vor Ort auf den Tisch, die für diese – obwohl sie meinen, ihre Region gut zu kennen – oftmals neu sind.

Jugendliche als zukünftige Gestalter ländlicher Räume

Das ursprünglich als Dorfanalyse entwickelte Konzept wurde zur Regionalanalyse weiterentwickelt – und trägt damit den sich ändernden Lebensrealitäten insbesondere junger Menschen Rechnung. Dörfer haben längst ihren geschlossenen Raum verloren, Kinder verlassen für die Schule schon früh den Wohnort und Jugendliche sind aufgrund ihrer Freunde und Freizeitangebote oft überörtlich orientiert. Der Trend setzt sich im Arbeitsleben fort. Ländliche Ortsgemeinden stehen dadurch vor der Herausforderung, gerade auf junge Menschen einzugehen, ihre Wünsche und Bedürfnisse ernst zu nehmen und so ihren Bezug zu den Gemeinden zu festigen. Wer in jungen Jahren merkt, dass er ein Mitspracherecht hat und dass es nachhaltig wirksame Möglichkeiten der Gestaltung von Freiräumen vor Ort gibt, der entwickelt eine größere Identifikation, bleibt eher oder kehrt häufiger zurück.

Zwischen Heimatverbundenheit und Abwanderung

Die Regionalanalysen der vergangenen drei Jahre im Raum Sauerland, in Marsberg, Rüthen und im Pastoralverbund Bigge-Olsberg – in Zusammenarbeit mit der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen (KatHo NRW) – zeigen jeweils lokale und regionale Besonderheiten und Unterschiede in den Profilen der untersuchten Ortsteile auf. Anhand der Untersuchungsergebnisse aus den Bereichen regionale Identität, Bildung/Beruf sowie Engagement lassen sich regional übergreifende Wünsche und Ideen Jugendlicher identifizieren.

Auch junge Menschen bewerten die „schöne Landschaft“ als Vorteil

ländlicher Räume und verbinden damit einen Naherholungswert. Gerade Kinder können hier ihre eigenen Räume erobern. Gemeinschaft und Nachbarschaftshilfe werden großgeschrieben, das zumeist dörfliche Umfeld wird als wichtige soziale Stütze empfunden. Insgesamt ist die Heimatverbundenheit der Befragten als sehr hoch einzustufen. In besonderem Maße wird sie gestützt durch ein zumeist reges Vereinsleben. Das Motto des Engagements junger Menschen in Vereinen lässt sich am besten so umschreiben: So viel lokal wie möglich, so viel regional wie nötig. Außerhalb der Vereine bieten sich allerdings aus Sicht der meisten jungen Menschen nur wenige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Insgesamt engagieren sich Jugendliche nicht mehr so stark – zeitliche Beschränkungen durch Ganztagschule spielen hier unter anderem eine Rolle –, würden es aber unter geänderten Rahmenbedingungen durchaus gerne tun. Die Jugendlichen erwarten eine ideelle und finanzielle Unterstützung ihres Einsatzes. Sie wollen ernst genommen werden – daher sind Anerkennung, Wertschätzung und Mitspracherecht Grundlagen für ihr Engagement.

Es zeigt sich eine durchaus hohe Bleibeorientierung junger Menschen – vorausgesetzt, Ausbildung- und Erwerbsmöglichkeiten sind gegeben. Die Möglichkeiten der Berufsausbildung im Bereich Handwerk werden, insbesondere von jungen Männern, durchweg als gut eingestuft: „Man muss immer ein bisschen fahren, es ist aber alles machbar.“ Als Gegentrend zeigt sich allerdings, dass vor allem junge Frauen ihre berufliche Zukunft nicht in der Herkunftsregion sehen, auch wenn sie sich dort wohlfühlen. Die Arbeitsplatzpotenziale in den Regionen sind für Jugendliche insgesamt nicht präsent genug.

Partizipation und neue Formen des Engagements fördern

Aus den Untersuchungsergebnissen lassen sich für jede Region im Abgleich mit wissenschaftlichen Erkenntnissen anderer Untersuchungen Handlungsempfehlungen ableiten. Im Querschnitt der Regionen zeigt sich, dass Kommunen, Verantwortliche, Vereine oder auch

die Kirche stärker auf die Bedürfnisse junger Menschen eingehen müssen, um ihnen langfristig eine Bleibe- oder Rückkehrperspektive zu bieten. In Hinblick auf die Korrelation zwischen Mitsprache und Identifikation gilt es, Räume zur Mitbestimmung und eigenverantwortliche Erfahrungsräume für Jugendliche zu schaffen oder auszubauen. Partizipation muss etabliert und die Rahmenbedingungen für Engagement müssen verbessert werden. Dabei liegt die Betonung auf zeitgemäßem Engagement – das heißt stärker projektbezogene als dauerhafte Verpflichtungen. Ehrenamt insgesamt will gesehen, ernst genommen und begleitet werden. Viele gut gemeinte Ansätze von Verantwortlichen treffen die Wünsche und Bedürfnisse von Jugendlichen nicht. Zudem müssen berufliche Perspektiven, insbesondere für junge Frauen, stärker transparent gemacht werden. Hier sind kreative und ansprechende Herangehensweisen gefragt, sei es über Berufsbörsen, örtliche Medien oder Zeitungskolumnen, die über erfolgreiche Berufseinsteiger berichten. Junge Menschen wünschen sich zudem Ansprechpartner, denen sie vertrauen, die auf sie eingehen und sie unterstützen. So können auch in stärkerem Maße verschiedene Akteure zusammengebracht werden – was dem Ansatz eigenständiger Regionalentwicklung entspricht. ■

SERVICE:

Zum Weiterlesen

Wie nehmen Jugendliche das Aufwachsen in strukturschwachen ländlichen Regionen wahr? Welche Zukunftsperspektiven haben sie und wie reagiert die Politik auf ihre Bedürfnisse? Diesen Fragen widmete sich das Deutsche Jugendinstitut e.V. in dem Projekt „Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen“. Der Abschlussbericht ist online abrufbar: www.dji.de/jugendimblick



KONTAKT:
Florian Grünhäuser
Akademie Junges Land e.V.
Telefon: 02224 9465-41
f.gruenhaeuser@jungesland.de
www.jungesland.de

Neustart für den ELER

Für viele ist die zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU zu einem unüberschaubaren Regelungsdschungel geworden. Es ist Zeit für einen Reset, sagt der Freistaat Sachsen und wird dabei ganz konkret. [VON THOMAS KANNEGIESSER UND THOMAS TREPMANN]

Vereinfachung stand als prominentes Schlagwort am Beginn der aktuellen Förderperiode. Stattdessen sprechen die Tatsachen sozusagen Bände: 24 Verordnungen sind nunmehr beim Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), der sogenannten zweiten Säule der europäischen Agrarpolitik (GAP), zu beachten sowie etwa 60 Leitlinien; und die Programmumsetzungsdokumente umfassen über 1000 Seiten Regelwerk. Sowohl Antragsteller als auch regionale Verwaltungen sind verunsichert und unzufrieden. Das komplizierte System ist für viele zu einem Symbol für eine realitätsferne europäische Förderbürokratie geworden. Zudem, und das ist schlimmer, verbaut es den Blick auf die wirklichen Ziele und führt dazu, dass europäische Interventionen weiter an Akzeptanz verlieren.

Nicht mehr reformierbar

Der Rechnungshof Baden-Württembergs hat bei der Überprüfung der vorangegangenen Förderperiode festgestellt, dass die bürokratische Kostenlast bis zu 30 Cent je Förder-Euro betrug. Nun hat das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL) aus Sicht einer programmverwaltenden Region den Ist-Zustand des ELER analysiert. Das Fazit: Die zweite Säule steckt in einer bürokratischen Sackgasse, ein „Weiter so“ ist nicht mehr möglich.

Spätestens mit seiner Einbettung in die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI) mit ihrem verschachtelten Rechtsrahmen ist ein undurchschaubares Regelungsdschungel entstanden. Inzwischen muss ein ganzer Kanon an übergeordneten Strategien auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene bei der Erstellung, Umsetzung, Berichterstattung und Bewertung der ländlichen Entwicklungsprogramme in Einklang gebracht werden. Neben dem Umfang hat so die inhaltliche Tiefe und Komplexität der Programme stark zugenommen: Nur noch Experten sind in der Lage, sie zu verstehen.

So weist denn auch der Europäische Rechnungshof regelmäßig auf eine hohe Fehlerquote hin. Die Antworten auf Probleme wie Ungenauigkeiten bei Flächenangaben,

Form- oder Verfahrensfehlern hießen stets: mehr Regeln, mehr Kontrollen, mehr Instanzen. Aktuell überprüfen bis zu elf meist unabhängig voneinander agierende Instanzen regelmäßig die ordnungsgemäße Verausgabung der EU-Mittel – und deren Kontrolle. Gefunden werden dabei selten zweckwidrige Mittelverwendung oder Bereicherung, sondern meist Fehler bei der Anwendung der unzähligen Verfahrensvorgaben. Es mangelt an einer geeigneten Gewichtung der Fehlerqualität und an dem Mut, Bagatelldfehler, die keinen oder nur einen geringfügigen monetären Schaden nach sich ziehen, zu tolerieren. Tatsächlich ist der komplexe Regulierungsrahmen in großem Maße selbst dafür verantwortlich, dass Unregelmäßigkeiten entstehen, denn mit der Komplexität steigt die Fehleranfälligkeit. Hinzu kommt, dass – soweit Verordnungsregelungen noch eine gewisse Flexibilität zulassen – diese durch Leitlinien und Auslegungen von der EU eingeschränkt werden.

Infolgedessen sind inzwischen unverhältnismäßig große Ressourcen dafür gebunden, das Regelwerk zu verstehen und richtig auszulegen. Der Versuch, das perfekte, fehlerfreie, bürokratische System zu kreieren, welches zur völligen Fehlervermeidung führt, ist gescheitert. Hinzu kommt: Wenn das Programm erst für die Öffentlichkeit dechiffriert werden muss, verliert es seine eigene Zielgruppe aus den Augen, nämlich eben jene Aktiven, die die ländliche Entwicklung voranbringen wollen. Bei den jetzt anlaufenden Vorbereitungen für die Förderperiode 2021 bis 2027 sollte deshalb die Chance für einen echten Neuanfang genutzt werden.

Verantwortung übertragen und übernehmen

Der neue ELER muss den Erfolg der europäischen Strategien und ihre Ziele wieder in den Fokus rücken. Um die Programmplanung und -steuerung zu vereinfachen, sollte sich der Strategische Rahmen des ELER auf wenige Kernziele konzentrieren. Nur noch Rahmenvorgaben und Vorschriften, die für die Erfüllung der europäischen Verträge erforderlich sind, sollten zentral geregelt werden. Das Wie der Ausführung und die Kontrolle vor Ort sollten nach dem Subsidiaritätsprinzip weitestgehend in den Regionen festgelegt werden.



Damit Antragsteller und Verwaltungen nicht im ELER untergehen, hat das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft einen Gegenentwurf erarbeitet.

So würden die Eigenverantwortung für die Mittelverwendung und die Chancen für innovative Entwicklungen vor Ort gestärkt. Dafür ist ein grundlegender Paradigmenwechsel notwendig: Statt mit immer tieferen und detaillierteren Kontrollen auf Misstrauen zu setzen, gilt es Vertrauen auszusprechen.

Wie könnte das aussehen? Als Förderrahmen legt die europäische Kommission lediglich Mindeststandards fest und überzeugt sich einmalig davon, dass das System in dem betreffenden Staat oder der Region funktioniert. Danach sind weitere Kontrollen nicht mehr erforderlich. Dieses sogenannte Single-Audit-Prinzip sollte an die Stelle des derzeitigen vielschichtigen Prüf- und Kontrollsystems treten.

Als Vorbild für den Programmrahmen kann LEADER dienen: Auf der Basis einer Analyse der regionalen Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken (SWOT-Analyse) legen Behörden und nichtbehördliche Partner – wie bisher – in den ländlichen Entwicklungsprogrammen (EPLR) Entwicklungsziele fest. Die Fördermittel werden dann nicht einzelnen Maßnahmen oder gar Fördergegenständen, sondern in Budgets den Programmzielen zugeordnet. Passend dazu werden die geplanten Maßnahmen und Verfahren beschrieben sowie deren Zuordnung zu den Programmzielen: Konkrete Kriterien und ein Projektauswahlverfahren gewährleisten bei investiven Maßnahmen, dass die wirksamsten und wirtschaftlichsten Fördervorhaben unterstützt werden. Flächenbezogene Maßnahmen werden auf der Basis eines Identifizierungssystems entsprechenden Fachkulissen und Flächenumfängen zugeordnet.

Weniger ist mehr!

Es ist möglich und sinnvoll, alle erforderlichen Regelungen für die Planung und Umsetzung der zweiten Säule in maximal zehn Prozent der derzeit geltenden einschlägigen EU-Normen zu fassen. Subventionsbetrug und Fehlverwendung dürfen natürlich weiterhin nicht toleriert werden. Das Umwelt- und Agrarressort des SMUL hat einen konkreten Verordnungsentwurf ausgearbeitet. Er umfasst in 38 Seiten sieben Teile mit 52 Artikeln, inklusive vorangehenden Erwägungen und Anhängen. Dazu muss man die ländlichen Entwicklungsprogramme allerdings auch entschlacken. Sie sollten nicht mit Zielen aus anderen Politikbereichen der Europäischen Union belastet werden. Beispielsweise müssen momentan für Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen zusätzlich

die aus der ersten Säule der GAP stammenden Cross-Compliance-Auflagen eingehalten und geprüft werden, obgleich sie eine andere Zielsetzung haben. Auch gesellschaftliche Themenfelder wie Gender Mainstreaming sollten mit gesonderten Instrumenten verfolgt werden.

Der richtige Zeitpunkt

Der sächsische Vorschlag zur Neuausrichtung der ELER-Förderung hat regional und EU-weit ein positives Echo hervorgerufen, insbesondere die Beschreibung und Bewertung der Ausgangssituation. So hat das Umwelt- und Agrarressort seinen „ELER-Reset“ unter anderem an alle europäischen ELER-Verwaltungsbehörden und -Zahlstellen gesandt. Auch ist er Gegenstand vieler Gespräche mit Vertretern der Verwaltung wie auch der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartner. Und natürlich hat auch die europäische Kommission das Papier erhalten, denn die Vorbereitungen auf die neue Förderperiode 2021 bis 2027 haben bereits begonnen. So hat sich Sachsens Agrarminister Thomas Schmidt persönlich in Brüssel bei Agrarkommissar Phil Hogan für deutliche Vereinfachungen der europäischen Förderbürokratie eingesetzt. Das Umwelt- und Agrarressort freut sich über Feedback und Unterstützung zu seinem Vorstoß. ■

SERVICE:

Zum Weiterlesen

Das ELER-Reset-Papier sowie den Verordnungsentwurf für einen neuen ELER gibt es online unter www.smul.sachsen.de/eler-reset



KONTAKT:

Thomas Kannegießer
Sächsisches Staatsministerium
für Umwelt und Landwirtschaft
Telefon: 0351 564-2238
eafrd@smul.sachsen.de
www.smul.sachsen.de

Windkraft zu Gemeinwohl

Wenn eine Windkraftanlage entstehen soll, stellt sich zwangsläufig die Frage nach deren Akzeptanz in der Region. Wie wäre es, mit einem Teil der Einspeisevergütung eine Gemeindeschwester zu finanzieren?



Christian Weitzberg ist Fachanwalt für Gesellschaftsrecht. Er hat für die Eigentümergemeinschaft einer Windparkfläche im mecklenburgischen Landkreis Parchim-Ludwigslust mit dem zukünftigen Betreiber den Vertrag verhandelt.

„
Es könnten
wesentlich
mehr
Menschen
profitieren
als bisher.“

Herr Weitzberg, wenn man Bürger-Energiegenossenschaften einmal ausen vor lässt, wie gut gelingt es, Gewinne aus Windkraft in die Region zu bringen?

Bislang werden oft Sachmittel gesponsert, also das Feuerwehrauto oder die Dachsanierung für das Gemeindehaus. Das sind Einmal-Effekte. Aber Windkraftanlagen haben eine lange Laufzeit. Es könnten wesentlich mehr Menschen profitieren als bisher. Im Moment sind dies vor allem die Anlagenbetreiber und die Eigentümer der Grundstücke. Ich werbe dafür, dass man versucht, möglichst langfristig vor Ort etwas zu schaffen, das allen nützt.

Wie?

In der Region, für die ich aktuell verhandle, wollen wir gemeinsam mit der Kirche einen Sozialarbeiter engagieren. Wenn das Genehmigungsverfahren abgeschlossen ist, soll er dort für fünf Jahre Sozialarbeit leisten – für die Jugend oder mit Alten. Darüber sprechen wir noch mit Vertretern der Gemeinde.

Welche Rolle hat die Gemeinde dabei?

Die Kommune muss die neutrale politische Instanz sein. Sie kann nicht mit einem Betreiber verhandeln, denn sonst könnte sie in den Verdacht der Vorteilsnahme oder der Bestechlichkeit geraten. Aber die Eigentümer der Fläche, auf der die Anlage gebaut wird, können entsprechende Verträge schließen, in denen sie klare Wünsche formulieren. Darin verpflichten sich die Betreiber, einem bestimmten Träger für einen konkreten Zweck einen definierten Betrag zur Verfügung zu stellen. Bei Betreibern großer Windparks ist es üblich, ein bis zwei Prozent der Einspeisevergütung für solche Projekte zurückzustellen. Die Wünsche der Menschen vor Ort zusammenzubringen, das ist die Kunst.

Wie gelingt das?

Ich finde es sinnvoll, das Gespräch mit den Bürgerinitiativen, die fast in jedem Ort vertreten sind, zu suchen und zu fragen: Welchen Gewinn möchtet ihr haben? Dabei ist natürlich auch ein niedriger Strompreis möglich. Aber viele ziehen soziale Projekte vor. Wir haben mit den Initiativen vor Ort einen Katalog mit Maßnahmen erarbeitet, wie eine Gemeindeschwester und einen Gemeindesozialarbeiter. Das funktioniert nicht für kommunale Pflichtaufgaben, sondern eignet sich für zusätzliche Angebote, die eine gemeinnützige Organisation nicht alleine gegenfinanzieren kann. Die Bürgerinitiativen sind diejenigen, die die Interessen der Bürger vor Ort bündeln. Sie können klar artiku-

lieren, was eine Kompensation sein könnte und müssen damit einverstanden sein.

Wann muss man das Thema Kompensation zur Sprache bringen?

Das Genehmigungsverfahren ist lang und bietet viele Beteiligungsmöglichkeiten. Das ist der richtige Zeitpunkt, um darüber nachzudenken, was später, wenn es soweit ist, stattfinden soll. Man kann erste Verträge machen und beispielsweise festlegen, dass für die ersten fünf Jahre eine Seniorenfreizeitstätte aufgebaut wird. Auch wenn er auf die Genehmigung selber keine Auswirkung hat, sorgt ein konkreter Nutzen für alle, der schon während des Genehmigungsverfahrens und der Bauphase erkennbar ist, für eine größere Akzeptanz. Es muss einen Aktiven geben, der sich die Arbeit macht, die Bürger, Grundstückseigentümer und Betreiber zusammenzubringen, damit sie versuchen auszuhandeln, wie eine vernünftige Kompensation aussehen könnte.

Ab wann wird es juristisch?

Zuwendungsverträge bei gemeinnützigen Trägern gehören im Gesellschaftsrecht zum Standardrepertoire eines Juristen. Darin kann man auch festlegen, dass man sich beispielsweise in fünf Jahren erneut zusammensetzt, um zu erörtern, welches Folgeprojekt gefördert werden soll. Dass Bürger sich dabei einen juristischen Beistand holen, ist eine Frage der Chancen- und Waffengleichheit mit den Unternehmen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Anja Rath.

Beschaulich mit Innovationspotenzial: Das Südniedersachsenprogramm möchte in den ländlichen Regionen für Aufschwung sorgen.



Kooperation macht stark

Das Südniedersachsenprogramm will Entwicklungsimpulse setzen. Dafür unterstützt ein Projektbüro die Zusammenarbeit in der Region. [VON THOMAS SCHLEIFNECKER]

Das südliche Niedersachsen ist ein überwiegend ländlich geprägter Raum, den seine periphere Lage, geringes wirtschaftliches Wachstum, Bevölkerungsschrumpfung und eine immer älter werdende Bevölkerung vor große Herausforderungen stellt. Um ungenutzte Potenziale zu aktivieren, haben das Land Niedersachsen und die Region eine besondere Initiative zur Unterstützung der Region ins Leben gerufen. Dazu wurde ein gemeinsam getragenes Projektbüro gegründet, das als „Regionale Entwicklungsagentur“ fungiert. Ein fünfköpfiges Team, bestehend aus Mitarbeitern der beteiligten Landkreise, der Stadt Göttingen sowie einer Mitarbeiterin des Landes als Leitung, hat die Aufgabe, Projekte von besonderer – das heißt vor allem kreisübergreifender – Bedeutung bis zur Antragsreife zu begleiten. Unterstützt wird das Team durch einen Steuerungsausschuss, in dem Vertreter von Landkreisen und Kommunen eingehende Projektvorschläge erörtern und letztlich beschließen, welche Vorhaben weiterentwickelt werden sollen. Zielsetzung ist, über eine intensivere Zusammenarbeit der regionalen Akteure mehr Fördermittel zur Stärkung der ganzen Region einzuwerben.

Mehr Kooperation schafft Mehrwert

Das Südniedersachsenprogramm wurde vom Land und vom Projektbüro entwickelt und sowohl vom Kabinett als auch vom Steuerungsausschuss beschlossen. Es beinhaltet sechs operative Handlungsfelder, in denen konkrete Projekte zur Stärkung der Wirtschafts- und Innovationskraft der Region sowie zum Erhalt zukunftsfähiger Städte und Dörfer entwickelt werden. Das Büro bewertet Projektvorschläge und sucht Fördermöglichkeiten. Besteht Aussicht auf Erfolg, wird das Projekt nach Zustimmung des Steuerungsausschusses weiterentwickelt.

Bisher wurden Anträge mit einem Gesamtvolumen von 85 Millionen Euro gestellt, für rund 68 Millionen Euro liegen Bewilligungen vor. Die Gelder stammen sowohl aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds – dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) – als auch aus Bundes- und Landestöpfen.

Das Programm wird vor Ort, gut eineinhalb Jahre nach seinem Start, zunehmend als Chance gesehen, nachhaltige Entwicklungsimpulse zu setzen. Weil auch weitere Stakeholder und die Wirtschaft immer mehr Interesse am Programm zeigen, werden sie mittlerweile über einen Fach- und Wirtschaftsbeirat in die Umsetzung eingebunden.

Beispiel Breitbandausbau

Die ersten Bewilligungen zum Breitbandausbau in Niedersachsen wurden im südlichen Teil des Bundeslands erteilt – ein Erfolg, für den das gemeinsame, abgestimmte Vorgehen aller Landkreise in Südniedersachsen eine zentrale Rolle spielte. Neben der Bundesförderung und Mitteln aus dem ELER wurden für den Breitbandausbau auch Kofinanzierungshilfen des Landes für strukturschwache Kommunen in die Finanzierung mit eingebracht.

Auch für die fünf LEADER-Regionen in Südniedersachsen ist das Projektbüro Ansprechpartner für übergeordnete Fragestellungen, die in gemeinsamen Vernetzungstreffen bearbeitet werden. So widmet sich das Büro beispielsweise dem Thema Mobilität und nimmt sich Projekten an, die den LEADER-Regionen helfen, ihre Ziele, etwa zur Sicherung der Daseinsvorsorge, umzusetzen.

Ermöglicht wurde das Südniedersachsenprogramm erst durch den Ansatz der Landesregierung, EU-Fördermittel stärker mit den Bedürfnissen der Menschen in den Regionen zu verzahnen und allen Regionen Entwicklungsperspektiven zu eröffnen. Für Südniedersachsen mit seinen besonderen Herausforderungen beginnt sich dieser integrierte und regionalisierte Ansatz – so scheint es heute – bereits auszuzahlen. ■



KONTAKT:
Dr. Ulrike Witt
Projektbüro Südniedersachsen
Telefon: 0551 5074-113
ulrike.witt@arl-bs.niedersachsen.de
www.suedniedersachsenprogramm.de



DIE POSITION

Zeit für die Kultur-Abrissbirne?

Barbara Bissbort ist stellvertretende Vorsitzende des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL) e.V.

„

Das Kulturangebot auf dem Land steht und fällt mit Menschen, die (mit)machen.“

Anders als in der Stadt gibt es in Dörfern häufig mehr Vereinsmitglieder als Einwohner. Eine heile ländliche Welt, in der Kultur zwischen Trachtentanzgruppe und Kirchenchor gelebt wird? Fakt ist: Das Kulturangebot auf dem Land steht und fällt mit Menschen, die (mit)machen. Denn das kulturelle Leben wird überwiegend von Vereinen getragen und auch nur dann, wenn Mitglieder da sind, die sich auch über den Mitgliedsbeitrag hinaus engagieren. Sind diese festgefahrenen Strukturen, dieses Festhalten an Traditionen für junge und zugezogene Menschen attraktiv?

„Mitgliedsein“ verpflichtet: auf dem Schützen- oder Dorffest Schichten schieben, beim Aufbau helfen, Kuchen über Kuchen backen ... Oder die wöchentlich stattfindende Chorprobe am Montagabend: Ganz ehrlich, wer da gefehlt hat, will am nächsten Tag keinem anderen Chormitglied beim Einkaufen begegnen oder hat zumindest eine gute Rechtfertigung parat. Die Kultur auf dem Land mitgestalten zu wollen, ist anstrengender und bindender als in der Stadt. Für viele Menschen im städtischen Umfeld ist die Ungebundenheit Programm. Montags vielleicht ins Kino oder in den Klub. Doch wenn ich keine Lust habe, laufen Film oder der coole Gig auch ohne mich. Mal den neuen Yoga-Kurs im Fitnessstudio ausprobieren oder ins Theater, am Wochenende in die Ausstellung oder zum Tanz-Frühstück – die Vielzahl der Angebote und die räumliche Nähe machen den Unterschied. Außerdem sind professionelle Kultur-Anbieter gezwungen, viel schneller auf neue Trends zu reagieren. Konkurrenz belebt das Geschäft.

Schützenvereine und Volkstanzgruppen gelten heute eher als typisches Beispiel für das verstaubte und verschlafene Image des ländlichen Raumes. Damit lässt sich keiner mehr hinter dem Ofen hervorlocken und schon gar kein abgewanderter Städter mehr zurück ins Dorf holen. Pflege von Traditionen und Brauchtum sind nicht „In“ und wirken für Zugezogene vielleicht sogar befremdlich. Kein Wunder, dass der Nachwuchs oft fehlt. Warum lassen wir sie nicht einfach – langsam, aber sicher – von der Bildfläche verschwinden? Warum schwingen wir nicht direkt die Kultur-Abrissbirne, um Platz zu machen für neue moderne Kulturangebote, die wirkliche Bleibeperspektiven schaffen? Weil diese Momentaufnahmen nur an der Oberfläche bleiben. Denn die Vereine bieten mehr als jedes Theater, mehr als Kino oder Galerie, in denen die Besucher anonym bleiben. Sie bieten Gemeinschaft, die sie einzigartig machen und die Dörfer mit ihrem kulturellen Leben unverwechselbar. Etwas gemeinsam auf die Beine stellen, und das können wir von der Landjugend nicht laut genug sagen, ist erfüllend und sinnstiftend. Es ist anders als es ein Besuch eines Profitheaters sein kann – und keinesfalls schlechter.

Natürlich ist das kein Selbstläufer. Nichts ist – auch für Vereine – schlimmer, als das viel kolportierte „Das haben wir schon immer so gemacht“. Vielmehr müssen die Aktiven ihre Strukturen aufbrechen, um den Bedürfnissen nach mehr Freiraum nachzukommen und als Verein attraktiver zu werden. Warum nicht ein Projektchor, freie Angebote oder gelegentliche Events, für die man sich vorübergehend engagieren kann? So werden Vereine zeitgemäßer und ziehen mehr Menschen an. Wer auf diesem Weg Gemeinschaft, Kultur und Sinn erfährt, wird eines Tages auch Vereinsmitglied. Denn er hat festgestellt: Traditionen pflegen und sie mit Leben erfüllen kann genauso spannend sein wie ein Musicalbesuch oder Zumba lernen.

Ich denke, die Mischung macht's. Der ländliche Raum muss, was das kulturelle Leben angeht, seine Stärken stärken. Und er muss neue Wege finden, um langfristig kulturelles Leben zu verankern. Denn Wege entstehen bekanntlich, in dem man sie geht.

LESERBRIEF**Zu: „Die Position: Können wir auf dem Land alt werden?“, LandInForm 3.16, Seite 52**

Meine Antwort auf die Frage „Können wir auf dem Land alt werden?“ lautet: Ja, das können wir, wenn wir rechtzeitig aktiv werden. Wir sollten uns nicht darauf verlassen, dass der Staat Lösungswege schafft und Möglichkeiten anbietet, die uns genehm sind – wir müssen selbst die Verantwortung für den letzten Lebensabschnitt übernehmen. Wir sollten (dürfen!) begreifen, dass das Alter noch einmal einen immensen Gestaltungsspielraum bietet, der uns umso zufriedener macht, je stärker wir uns und unsere Vorstellungen und Bedürfnisse wahrnehmen, artikulieren und in die Tat umsetzen. Der Einzelne sollte sich frühzeitig Gedanken machen, wie das eigene Alter aussehen soll. Wohnsituation, Bedürfnisse sozialer oder kultureller Art, Betreuungsmöglichkeiten, Vollmachten – all dies sollte durchdacht und den

eigenen Wünschen und Möglichkeiten entsprechend organisiert werden. Wenn die Hilfsbedürftigkeit erst eintritt, ist es dafür oft zu spät und die Angehörigen müssen Entscheidungen treffen, die sie überfordern und zu Unzufriedenheit auf beiden Seiten führen. Also, noch vor Eintritt in das Rentenalter anfangen zu planen und zu überlegen: Brauche ich dieses große Haus im Alter? Wenn nicht, weg damit; oder eine Alten-WG gründen, eine junge Familie aufnehmen oder Sonstiges unternehmen. Es empfiehlt sich, nicht krampfhaft an den Verhältnissen festzuhalten, sondern mit einer gewissen Lockerheit (und ein bisschen Mut!) die eigenen Bedürfnisse an allererste Stelle zu rücken – und entsprechend zu handeln.
» Elisabeth von Randow, Krankenschwester in der Häuslichen Pflege, 19205 Pokrent OT Neuendorf

LESERBRIEF**Zu: „Energiewende im Wald“, LandInForm 3.16, Seite 19**

Für mich ist der Beitrag über den Harthäuser Wald ein Zeugnis brutalster Landschaftszerstörung, speziell des Waldes. Dass für Herrn Brunnet der aufflammende Widerstand „unerwartet“ gekommen ist, wirft ein erschreckendes Bild auf Abstumpfung und selektive Wahrnehmung der Windkraftenthusiasten. Und dass man die Bürger durch kräftiges Schmieren schließlich doch zu einer Akzeptanz dieser Wald- und Landschaftszerstörung bringen kann, ist für mich noch erschütternder! Als entschiedener Befürworter der Energiewende schlage ich vor, entlang des Autobahnnetzes abertausende Windenergieanlagen aufzustellen, also in ohnehin vorbelastete, sprich „versaute Landschaften“. Stattdessen drängen Herr Brunnet und Seinesgleichen derzeit selbst in heikelste Schutzgebiete ein. Was für eine gnadenlose Barbarei!

» Wolf Hockenjos, Region Schwarzwald**LESERBRIEF****Zu: „Im Fokus: Multitalent Wald“, LandInForm 3.16, Seiten 10–31**

Unser Multitalent Wald/Holz bewirkt bei nachhaltiger Nutzung auch bedeutsamen Klimaschutz. Klimaschädliches CO₂ wird durch Fotosynthese als klimaneutraler Kohlenstoff (C) im Holz gespeichert, Sauerstoff (O₂) wird in die Atmosphäre freigesetzt. Allerdings hören Naturschutzfanatiker nicht gerne das Faktum, dass dieser Klimaschutz gerade erst durch Holznutzung bewirkt wird, während Natur- und Urwald klimaneutral sind. Auch wird nicht erwähnt, dass wir bei 80 Millionen Menschen und dem Verzicht auf fossile Brennstoffe nicht auch noch den Verbrauch umweltfreundlicher, nachwachsender Rohstoffe, insbesondere Holz, einschränken können. Klimagebot muss doch sein: größtmögliche, nachhaltige Holznutzung! Der Klimaschaden durch Holzeinsparung aus Naturschutzgründen wird völlig verkannt. Wir brauchen Holz, um Öl zu ersetzen.

» Jürgen Gaebeler, Diplom-Holzwirt, 79848 Bonndorf-Gündelwangen**Stimmen Sie dem zu?****Oder sehen Sie es anders?**

An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an landinform@ble.de, per Fax oder auch gerne per Post. Ihre LandInForm-Redaktion

angelesen



Naturschutz mit nachwachsenden Rohstoffen

Beeinträchtigungen, die in Natur und Landschaft durch Baumaßnahmen entstehen, müssen laut Gesetz kompensiert werden. Kompensationsmaßnahmen nehmen meist landwirtschaftliche Flächen in Anspruch und entziehen sie der weiteren Nutzung. Das lässt sich umgehen, wenn Naturschutz und die Erzeugung nachwachsender Rohstoffe – im Rahmen der naturschutzfachlichen Eingriffsregelung – verbunden werden. Wie das gelingen kann, untersuchte das Projekt ELKE (Entwicklung extensiver Landnutzungskonzepte für die Produktion nachwachsender Rohstoffe als mögliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen). Die Projektergebnisse sind nun in einem Praxis-Leitfaden nachzulesen. Darin gehen die Autoren zunächst auf rechtliche Grundlagen und die Eingriffsregelung selbst ein. In einem weiteren Kapitel beschreiben sie die bereits erprobten Maßnahmen. Anschließend erfolgen Empfehlungen für eine strukturierte Umsetzung. Die Projektbeteiligten legten viel Wert darauf, dass die Gestaltung der Maßnahmen und die Verwertung der Rohstoffe regional – etwa zur Strom- und Wärmeversorgung eines Dorfes – erfolgten, um die Wertschöpfung in den ländlichen Räumen zu stärken. Zudem machen die Autoren deutlich, dass nachwachsende Rohstoffe dem Naturschutz dienen, etwa durch die Stärkung von Biotopverbünden, zur Aufwertung des Landschaftsbildes oder als Gewässerrandstreifen. Somit können sie eine sinnvolle Ergänzung zu den gewöhnlichen produktionsintegrierten Naturschutzmaßnahmen, wie Grünland- und Ackerextensivierung, sein. Der Leitfaden kann Hilfestellung dabei leisten, Eingriffe mit Maßnahmen zu kompensieren, von denen Naturschutz und Landwirtschaft gleichermaßen profitieren. Da nachwachsende Rohstoffe einen Baustein für die landwirtschaftliche Diversifizierung darstellen können, ist das Buch auch für Landwirte interessant, die sich breiter aufstellen wollen. [sik]

Frank Wagener, Jörg Böhmer, Peter Heck:
Produktionsintegrierter Naturschutz mit
nachwachsenden Rohstoffen.
Leitfaden für die Praxis, 2016, 112 Seiten, Verlag
Natur+Text, Rangsdorf, 14,90 Euro
ISBN: 978-3-942062-24-4



Rettet das Dorf!

„Stirbt das Dorf?“, „Lasst das Dorf sterben!“ – die Medien stellen die Perspektiven der Dorferwicklung in ihren Beiträgen oft zu negativ dar, findet Gerhard Henkel. Der in der Szene als „Dorfpapst“ bekannte Forscher ist davon überzeugt, dass das Dorf in Deutschland auch in Zukunft eine Chance hat und wählt mit „Rettet das Dorf“ einen von Tatendrang geradezu strotzenden Buchtitel. Was auf Dorfebene Bürger und Kommunalpolitik und an zentraler Stelle Politik und Gesellschaft ändern und dafür leisten sollen, stellt Henkel verständlich und kurzweilig dar. Er zeigt Schwachstellen in der Dorferwicklung der vergangenen Jahrzehnte auf, präsentiert aber gleichzeitig Strategien und konkrete Möglichkeiten für ein Umsteuern. Im ersten Teil des Buches setzt sich der Autor in neun Themenblöcken mit den wichtigsten Problembereichen auf lokaler Handlungsebene auseinander, beispielsweise Leerstand, Sicherung von Infrastruktur und Vereinsleben. Dabei geht Henkel zunächst auf die gegenwärtigen Entwicklungen in Dörfern ein und zeigt dann anhand konkreter Beispiele und Ideen, wie Dörfer mit kommunalen und bürgerschaftlichen Aktivitäten dem Abwärtstrend trotzen, wie sie Läden retten oder einen neuen Aufschwung durch innovative Bürgervereine anzetteln. Am Ende jedes Kapitels stellt Henkel die Frage: Was bleibt zu tun? Im zweiten Teil des Buchs analysiert Henkel, ob und wie zentrale Instrumente und Institutionen wie die Raumordnungspolitik von Bund und Ländern, die Kirchen, die Wissenschaft, die Medien und die Spitzenverbände mit ihren Entscheidungen dem Dorf und Land nutzen oder Schaden zufügen. Diese Institutionen können und müssen im Sinne des Autors einen Beitrag leisten, um das Dorf zu retten. Für alle, die sich für das Dorf interessieren, die dort leben, sich engagieren oder beruflich mit der Entwicklung von Dörfern zu tun haben, lohnt sich die Lektüre dieses Buchs mit seinen vielfältigen Ansätzen und Beispielen. Wer eine wissenschaftliche Abhandlung erwartet, wird enttäuscht. [mok]

Gerhard Henkel:
Rettet das Dorf! Was jetzt zu tun ist,
2016, 303 Seiten, dtv Verlagsgesellschaft, München,
22,00 Euro
ISBN 978-3-423-28102-7

angekündigt

LINC: Von LEADER-Akteuren für LEADER-Akteure

Die europäische Konferenz LINC (von LEADER Inspired Network Community) kombiniert Erfahrungsaustausch mit sportlichen Aktivitäten und Kulinarik. Sie ist eine Initiative von Lokalen Aktionsgruppen (LAG) sowie nationalen Netzwerkstellen für die ländliche Entwicklung – und gleichzeitig ein transnationales LEADER-Projekt. Am **9. und 11. Mai 2017** findet LINC in der Region der LAG Atert-Wark in Luxemburg statt.

Die Grundidee ist: Vernetzung in entspannter und trotzdem arbeitsintensiver Atmosphäre. Die Teilnehmer finden sich in Teams zusammen und treten in verschiedenen Sportarten gegeneinander an. Im Jahr 2010 ist LINC in Tirol (Österreich) gestartet und wurde in Deutschland, Estland, Finnland, Österreich, Italien und Ungarn fortgesetzt. Seitdem wissen LINC-Teilnehmer, was es mit europäischen Sportarten wie Sesseltragen, Kiiking, Frauentragen, Luftakrobatik und den PustaOlimpicGames auf sich hat – und wer einmal dabei war, kommt meist wieder. [awr]

Anmeldung ab Januar 2017 unter www.info-linc.eu

Kommunalrichtlinie erweitert

Seit 2008 fördert das Bundesumweltministerium mit der sogenannten Kommunalrichtlinie kommunale Klimaschutzmaßnahmen. Es unterstützt die Erstellung von Klimaschutzkonzepten, fördert eine Einstiegsberatung sowie Investitionen, zum Beispiel in LED-Lichtsysteme und verkehrsmittelübergreifende Mobilitätsstationen. Im Juli 2016 wurde das Programm erweitert. Erstmalig werden Klimaschutzmaßnahmen in Rechenzentren bezuschusst sowie der Austausch von Elektrogeräten in Kitas, Schul- und Lehrküchen. Für gemeinnützige Sportvereine ist es möglich, eine Förderung von Energiesparmaßnahmen zu beantragen. Außerdem können sich nun mehrheitlich kommunale Unternehmen für viele Maßnahmen bewerben. Daneben sind auch Kommunen und an andere Institutionen antragsberechtigt, wie Bildungseinrichtungen und Religionsgemeinschaften mit Körperschaftsstatus sowie deren Stiftungen. Anträge können vom **1. Januar bis 31. März 2017** sowie vom **1. Juli bis zum 30. September 2017** gestellt werden. Maßnahmen im Bereich Klimaschutzmanagement und Energiesparmodelle in Schulen und Kitas können ganzjährig beantragt werden. [arh]

www.klimaschutz.de/kommunalrichtlinie

„500 LandInitiativen“ zur Flüchtlingsintegration

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) stärkt im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE) mit einer neuen Fördermaßnahme das bürgerschaftliche Engagement für ländliche Flüchtlingsintegration. Ehrenamtliche Initiativen investieren in erheblichem Umfang Zeit und persönliches Engagement in die Integrationsarbeit für Geflüchtete. Oft fehlen allerdings die Sachmittel, um wichtige Maßnahmen optimal umsetzen zu können. Auch mangelt es häufig an Geld, um externe Unterstützung zu gewinnen, die die Ehrenamtlichen entlastet und gleichzeitig die Qualität ihrer Arbeit erhöht. Die Fördermaßnahme möchte diese Finanzierungslücken durch Zuschüsse von bis zu 10 000 Euro verkleinern. Sie können beispielsweise für Anschaffungen oder die Beauftragung von Leistungen zur Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit eingesetzt werden. Anträge können im Zeitraum vom **25. Januar bis 31. März 2017** gestellt werden. [abb]

www.ble.de/500landinitiativen

LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe Exemplare.

Institution

Vorname/Nachname

Straße/Hausnr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum

Unterschrift

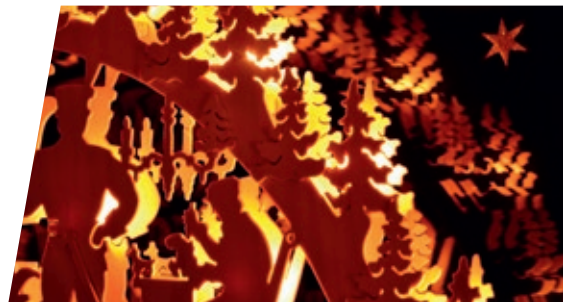
☐ Ich möchte den kostenlosen DVS-Newsletter landaktuell abonnieren. (Bitte geben Sie Ihre E-Mail-Adresse an.)

Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen.

bitte
freimachen

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn

Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:
Kultur: Lebensqualität für den ländlichen Raum

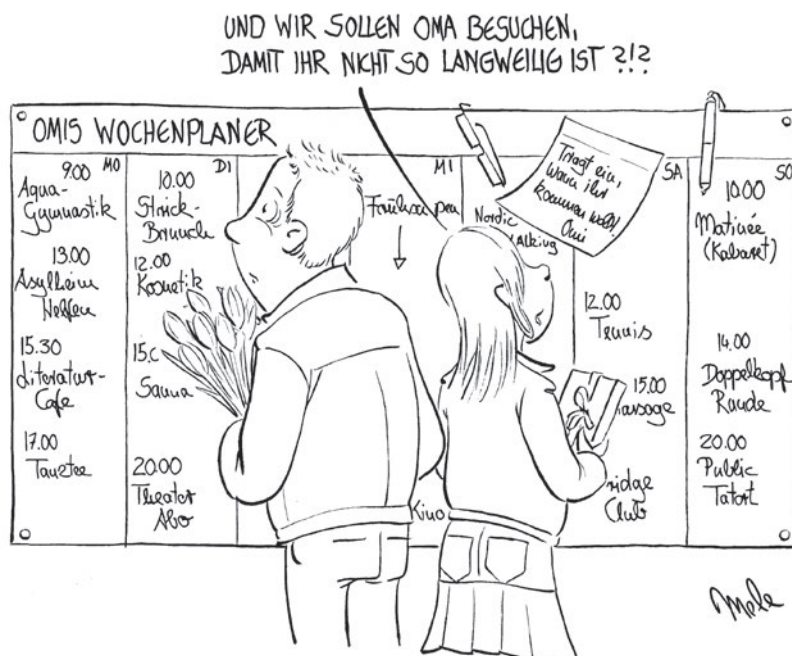


Termine

20. bis 29. Januar	Internationale Grüne Woche Messe in Berlin	Messe Berlin www.gruenewoche.de
25. Januar	DVS-Wettbewerb „Gemeinsam stark sein“ * Preisverleihung in Berlin Infos auf Seite 5	DVS www.netzwerk-laendlicher-raum.de/wettbewerb
26. Januar	Vollbremsung für Bürgerprojekte – ausufernde Bürokratie lähmt ländliche Entwicklung. Plädoyer für einen ELER-Neustart * DVS-Veranstaltung in Berlin Infos auf Seite 10	DVS www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum
7. bis 10. Februar	Handwerkszeug für die Regionalentwicklung * DVS-Schulung in Leipzig Infos auf Seite 11	DVS www.netzwerk-laendlicher-raum.de/schulungen
14. und 15. März	Berater beraten Berater * DVS-Workshop Infos auf Seite 11	DVS www.netzwerk-laendlicher-raum.de/beratung

Weitere Termine finden Sie in unserem Terminkalender auf: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine

Unser Fokuscartoon von Mele





Selbstbestimmt zu Hause alt werden